



ORDEN POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE

REDEN UND GEDENKWORTE

VIERUNDVIERZIGSTER BAND
2017 – 2019

WALLSTEIN VERLAG

INHALT

ERSTER TEIL

DIE HERBSTTAGUNG IN BREMEN VOM 29. SEPTEMBER BIS 2. OKTOBER 2017

Vorträge im Rathaus

Stig Strömholm

Die geschichtlichen Beziehungen zwischen Bremen-Verden
und Schweden. Kurze Bemerkungen 15

Michael Stolleis

Der Roland als Rechtsfigur 19

ZWEITER TEIL

DIE FRÜHJAHRSTAGUNG IN BERLIN VOM 1. BIS 4. JUNI 2018

Abendessen der Staatsministerin im Bode-Museum

Staatsministerin Monika Grütters

Begrüßung 41

Öffentliche Sitzung des Ordens am 3. Juni 2018 im Konzerthaus

Ordenskanzlerin Christiane Nüsslein-Volhard

Begrüßung 51

Gedenkworte

Rolf Zinkernagel

Hans Georg Zachau 59

Robert Weinberg

Günter Blobel 67

Festvortrag

Svante Pääbo

Die Neandertaler in uns Oder

Wie unsere Vorgänger in uns weiterleben.

Eine Zusammenfassung 77

Aufnahme neuer Mitglieder:
Laudationes und Dankesworte

Bernard Andreae

Rebecca Horn 89

Hermann Parzinger

Jürgen Osterhammel 94

Michael Stolleis

Karl Schlögel 101

Erwin Neher

Emmanuelle Charpentier 106

Tischrede beim Abendessen
im Schloß Bellevue am 3. Juni 2018

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 113

DIE HERBSTTAGUNG IN LEIPZIG
VOM 28. SEPTEMBER BIS 1. OKTOBER 2018

Vorträge im Tagungshotel

Podiumsdiskussion

»Erster Weltkrieg und Revolutionen 1917-1919«

Christian Tomuschat

Die Revolution von 1918 121

Jürgen Osterhammel

1917 bis 1919 – Umbruch in Asien 131

Karl Schlögel

Erster Weltkrieg, Revolution in Russland und
Nachkriegsordnung – Was bedeutet das Jahr 1918
für das östliche Europa? 143

DRITTER TEIL

DIE FRÜHJAHRSTAGUNG IN BERLIN
VOM 31. MAI BIS 3. JUNI 2019

Vortrag im Festsaal des
veterinärmedizinischen Instituts
der Humboldt Universität zu Berlin
1. Juni 2019

Gerhard Casper

Der amerikanische Präsident im Verfassungsrecht
und in der Verfassungswirklichkeit 161

Abendessen der Staatsministerin im Bode-Museum

Staatsministerin Monika Grütters

Begrüßung 173

Öffentliche Sitzung des Ordens
am 2. Juni 2019 im Konzerthaus

Ordenskanzlerin Christiane Nüsslein-Volhard

Begrüßung 181

Gedenkworte

Erwin Neher

Manfred Eigen 191

Aufnahme neuer Mitglieder
Laudationes und Dankesworte

Peter von Matt

Andrea Breth 201

Tischrede beim Abendessen
im Schloß Bellevue am 2. Juni 2019

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 207

DIE HERBSTTAGUNG IN BAMBERG
VOM 20. BIS 23. SEPTEMBER 2019

Vorträge im Tagungshotel

Michael Stolleis

Bambergische Halsgerichts-Ordnung 215

BILDER

Bilder der Herbsttagung 2017 in Bremen 235

Bilder der Frühjahrstagung 2018 in Berlin 239

Bilder der Herbsttagung 2018 in Leipzig 255

Bilder der Frühjahrstagung 2019 in Berlin 261

Bilder der Herbsttagung 2019 in Bamberg 281

ANHANG

Satzung des Ordens 287

Verzeichnis der derzeitigen Mitglieder des
Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste 293

ERSTER TEIL

DIE HERBSTTAGUNG IN BREMEN
VOM 29. SEPTEMBER BIS 2. OKTOBER 2017

VORTRÄGE IM RATHAUS

STIG STRÖMHOLM

DIE GESCHICHTLICHEN BEZIEHUNGEN
ZWISCHEN BREMEN-VERDEN UND SCHWEDEN.
KURZE BEMERKUNGEN

Während zweier Perioden haben bedeutende religiöse und politisch-militärische Beziehungen zwischen einerseits den niedersächsischen Gebieten Bremen und Verden, andererseits dem Königreich Schweden bestanden: Die erste, und zwar in einer breiteren historischen Perspektive die wichtigste, fällt in das Hochmittelalter; die spätere umspannte ein halbes Jahrhundert in der Frühmoderne. Diese zweite Periode ist zwar nicht ohne Bedeutung, stellt aber eher ein besonders reizvolles Stück klassischer europäischer Kabinettpolitik der höheren Schule dar.

Es sei daran erinnert, daß Bremen schon i. J. 787 als Bistum mit besonderen Aufgaben im Bereich der Christianisierung Nordwesteuropas begründet wurde. Fünfzig Jahre später entstand das Erzbistum Hamburg, das als Ausgangspunkt für die Arbeit der Missionare Ansgarius und Rimbert in Schweden geplant war. Die Zerstörung der Stadt Hamburg i. J. 847 hatte aber zur Folge, daß Bremen Sitz der Erzbischöfe wurde. Bald wurde das Erzbistum Hamburg-Bremen in die Komplikationen und Streitigkeiten des Hochmittelalters mit einbezogen. Es handelte sich darum, die richtige Wahl zwischen Papst und deutschem König zu treffen, die Mission in Konkurrenz

mit angelsächsischen Verkündigern, insbesondere in Nordwestskandinavien, zu betreiben, den Ambitionen der nordischen Könige, am Anfang in erster Linie des Dänenkönigs, mit diplomatischem Takt, aber auch mit Festigkeit entgegenzutreten. Bald wurden Hamburg und Bremen Konkurrenten, und von der Mitte des 12. Jahrhunderts an erhob der von der dänischen Krone begünstigte Erzbischof von Lund Ansprüche auf eine Stellung, die um so stärker wurde oder werden konnte, weil Lund einen stärkeren Einfluß in den baltischen Provinzen ausübte. Durch die Gründung des Erzbistums Riga i. J. 1255 wurde eine klare Ostgrenze für die Tätigkeit der Bischöfe von Hamburg-Bremen wie auch für die Pläne der Diözese von Lund gezogen. Etwa zu derselben Zeit wurde nach langen und heftigen Streitigkeiten die erzbischöfliche Würde endgültig von Hamburg nach Bremen gegeben.

Die obigen stenographischen Notate über Konflikte und Elend aller Art sollten die Tatsache nicht verbergen, daß in den 400 bis 500 hier skizzierten Jahren eine gewaltige zivilisatorische Arbeit geleistet wurde, von der noch vieles bleibt, wenigstens was die äußeren Gegenstände betrifft. In jedem armseligen Dorf in Dänemark und Skandinavien bis zum nördlichsten Finnland widersprechen noch Gebäude von nobler Simplizität oder flamboyantem Reichtum Leconte de Lilles Banalitäten über *hideux siècles de lèpre, de foi et de famine*.

Mit der Reformation wurden das Erzbistum Bremen und das Bistum Verden 1566 reichsunmittelbare weltliche Fürstbistümer, dem niedersächsischen Kreise des Reiches angehörig. Ein kaum vernehmbarer Duft von Weihwasser umgibt noch die Herren, meistens aus dem Hause Holstein-Gottorp, welche vom zuständigen Kapitel als bischöfliche Landesherren gewählt werden. Aber auch diese bescheidene Heuchelei findet in der brutalen Schlußphase des 30-jährigen Krieges ihr Ende. Der Osnabrücker Frieden verwandelte die beiden Fürstbistümer in ganz gewöhnliche, weltliche Herzogtümer, die erblich dem schwedischen Königshaus zugeschlagen wurden. Die beiden Herzogtümer blieben aber reichsunmittelbar, und der König von Schweden, der übrigens schon durch seine Besitztümer

in Pommern deutscher Reichsfürst war, erhielt dadurch neue Möglichkeiten, sich mit den Geschäften des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zu befassen – eine Tätigkeit, die er übrigens schon durch seine Stellung als Friedensgarant neben seinem französischen Waffenbruder ausüben konnte.

Die Geschichte der Jahre 1648-1715 ist noch verworrener als die mittelalterlichen Jahre, die eben skizziert wurden, und fand ihr ehrloses Ende i. J. 1715, als König Friedrich IV. von Dänemark, der die schwedischen Herzogtümer Bremen-Verden schon seit drei Jahren besetzt hielt, diese Herzogtümer an seinen Alliierten König Georg I. von Großbritannien (zugleich Kurfürst von Hannover) einfach verkaufte. Schweden, durch den großen nordischen Krieg völlig ruiniert, erhielt i. J. 1719 eine Million Reichstaler als Entgelt.

Die Jahre 1648-1715 würden eigentlich eine viel eingehendere Erörterung verdienen, u. a. weil sie ein Problem aktualisieren, das zu dieser Zeit überall in Europa gestellt wurde: Wie hält ein Staat mit einer Menge von rechtlichen und politischen Traditionen – ein *Konglomeratstaat*, d. h. ein Bündel von Verträgen verschiedenen Ursprungs und Alters – überhaupt zusammen? Ein Beispiel ist das Frankreich *der ancien régime*. Ein anderes ist Schweden, mit einer schon alten freiheitlichen Tradition und einem Reichstag, auf dem die Bauern als *quatrième état* schon vertreten waren. Wie ging dieser Staat mit den deutschen oder sogar den in jeder Hinsicht noch fremderen östlichen Gebieten um? Was hielt ihn zusammen? Es verdient die Frage gestellt zu werden. Die Antworten sind, wie immer, nuanciert.

MICHAEL STOLLEIS

DER ROLAND ALS RECHTSFIGUR

Die meisten von Ihnen werden wissen, wer der Ritter Roland war, nämlich ein Gefährte Karls des Großen, der im Jahr 778 auf dem Rückweg vom Feldzug gegen die Sarazenen in den Pyrenäen überfallen wurde, der mit seinem unzerbrechlichen Schwert Durendal kämpfte und mit dem legendären Horn aus Elfenbein »Olifant« um Hilfe rief, aber zuletzt starb, bevor Kaiser Karl zu Hilfe kommen konnte. Begraben soll er sein in dem Pilgerort Blay an der Gironde, einer Station auf dem Weg nach Santiago de Compostela. Die Kirche des hl. Romanus existiert heute nicht mehr; ihre Stätte liegt unter der Zitadelle von Blay, erbaut ab 1680 von Vauban und de Ferri.

Woher haben Sie dieses Wissen über Roland? Vermutlich aus den auch für Kinder zusammengestellten Sagenbüchern, den »Volksbüchern«, in denen auch die Geschichten der »Vier Haimonskinder« mit dem Wunderpferd Bayard zu lesen waren, ebenso die Geschichte der von dem bösen Golo verleumdeten »Genoveva von Brabant« aus dem karolingischen Sagenkreis. Aus diesem Genre las man die Geschichten des König Artus mit dem Schwert Excalibur, des Fortunatus, des Herzog Ernst, des Tristan, der Nibelungen, von Robert dem Teufel oder von dem Erzzauberer »Doktor Faustus«, den der Teufel holte.

Die Sammlungen von Karl Joseph Simrock waren im 19. Jahrhundert ebenso populär wie die »Deutschen Heldensagen« von Gustav Schwab. Es ging bunt durcheinander, mit Siegfried und Krimhild, Hermann dem Cherusker, Reineke Fuchs, Eulenspiegel und den Schildbürgern. Es war sozusagen der in der Kindheit gebildete Humus von »Geschichten«, dem erst viel später die eigentlichen Literaturerfahrungen folgten. Daß Goethe seine Mutter »Frau Aja« nannte, kam zum Beispiel von den vier Haimonskindern, deren Mutter Aja die Kinder vor den Zumutungen des strengen Vaters schützte.

Die karolingische Überlieferung und die damit unausweichlich verbundene Umformung der Figur des »Roland« ist also mehr als 1200 Jahre alt. Rittermärlein, Helden- und Heiligengeschichten samt Rechtsgeschichte mischen sich, stets durchwirkt von politischen Konflikten und Absichten. Auf sehr unterschiedlichen Wegen kommt es zur Verbreitung von Roland-Statuen, meistens Standbildern an Rathäusern oder Marktplätzen im norddeutschen Raum, aber auch in Frankreich und Italien. Zuerst zum historischen Kern:

1. Eine historisch bezeugte Figur und ihre Mythisierung

Ein silberner Denar (vor 790) zeigt auf der einen Seite die Buchstaben CAROLUS, auf der anderen RODLAN,¹ Markgraf der Bretagne. Eine Urkunde, ausgestellt von Abt Fulrad von Saint Denis, dem Gründer des dortigen Klosters (774), bezeugt eine Schenkung an die Priorei von Lièpvre (Vogesen). Sie trägt das Zeichen Karls d. Gr., und unter den Zeugen erscheint ein Graf »Rotlan« (Rodlandus). Eine weitere vertrauenswürdige Quelle, die von einem Hruodland berichtet, ist Einhards »Vita Caroli Magni«, geschrieben um 830 bis 833, verbreitet in über 100 Handschriften. Dort heißt es, Karl habe nach seinem (erfolglosen) Feldzug in Spanien die Pyrenäen überquert, und zwar zunächst ohne Verlust seines Heeres. Aber die »treulosen« christlichen Basken (*Wascones*) griffen am 15. August 778 die Gepäckkolonne und die von Hruodland geführte Nachhut an und vernichteten diesen Teil des fränkischen Heeres bis zum letz-

ten Mann. Mit jenem Hruodlandus, *britannici limitis praefectus*, also dem Markgrafen der Bretagne, seien gefallen Kaiser Karls Truchseß Eggihard und der Pfalzgraf Anselmus.² Weil die Basken sich sofort wieder im Gebirge versteckten, sagt Einhard, sei der Überfall niemals gerächt worden. Vermutlich war der Überfall ein Racheakt für die Zerstörung von Pamplona durch die fränkischen Truppen. Der Ort dieses Geschehens von 778 ist unbekannt, wurde aber in der späteren Sage nach Roncesvalles (baskisch Orreaga) in der Region Navarra verlegt, an den Fuß des Ibañeta-Passes am Fluß Urrobi, an dem sich tatsächlich drei von vier Pilgerwegen nach Santiago vereinigen. Dieser Jakobsweg wurde seit 813 beschritten.

Aus diesem vergleichsweise winzigen Material entstand mit der altfranzösischen »Chanson de Roland«³ um 1100 bis 1180 die wichtigste Quelle für die Folgezeit. Der Text ist anglonormannisch, die einzige Handschrift befindet sich in Oxford (Bodleian Library). Weitere französische Versionen folgen im 13. und 14. Jahrhundert. Nun festigte sich der karolingische Sagenkranz. Erst jetzt wird behauptet, Roland habe zwölf Waffengefährten gehabt (Olivier, Bertran, Ogier, Wilhelm, Turpin u. a.). Nun gibt es auch den berühmten Hilferuf Rolands auf seinem Horn Olifant (Hifthorn = hiofan = wehklagen, laut rufen, aus Elfenbein), der zu seinem Tod führte. Aber auch die andere Version entsteht, er habe das Horn gerade im Vertrauen auf Gottes Hilfe zunächst nicht benutzt und deshalb sei Karl mit dem Heer zu spät gekommen. Sein Wunderschwert Durndarte habe er zerbrechen wollen, aber mit dem Schlag nur den Fels gespalten. Die noch heute zu sehende Rolandsbresche auf der Paßhöhe Cirque de Garvarnie in 2807 m Höhe, 40 Meter breit und 100 Meter tief, zeuge davon! Erst im 12. Jahrhundert wird auch die Geschichte des neidischen Verräters Ganelon, des Stiefvaters von Roland, hinzugefügt, in der es eine Gerichtsverhandlung unter Karl d. Gr. gibt, einen Zweikampf und ein Todesurteil gegen Ganelon und seine Verwandten.

Die Modifikationen des Textes setzen sich fort im mittelhochdeutschen »Rolandslied« des Regensburger Pfaffen Konrad, das der französischen Vorlage folgte und um 1170 auf Geheiß Heinrichs d. Löwen geschrieben wurde (h. M.). Es »modernisierte« und »ver-

christliche« den Stoff nochmals, auch im Hinblick auf den Strafprozeß gegen den bösen Ganelon. Die nächste und sehr erfolgreiche Stufe der Umarbeitung ist dann die Karlsdichtung des bürgerlichen Dichters Stricker um 1215, die den Roland-Stoff einschloß.

Die Christlichkeit Rolands wird seit der »Historia Karoli Magni et Rotholandi« des sog. Pseudo-Turpin vollendet.⁴ Dieser lateinische Text, entstanden um 1130-40, wurde dem Erzbischof Turpin von Reims, einem Zeitgenossen und Mitkämpfer Rolands aus dem späten 8. Jahrhundert, zugeschrieben. Er gehört in die Vorbereitungsphase der Kanonisation Karls d. Gr. Nun wurde Roland Glaubenskämpfer mit Hilfe seines von Gott an Karl d. Gr. verliehenen Schwerts »Durendal« oder »Durendart«, das dieser gleich an seinen treuesten Vasallen Roland weiterreicht. Pseudo-Turpin preist Roland als »rechten Arm des Kaisers, als Schwert der Gerechtigkeit, als Verteidiger des Christentums, als Stab und Stütze der Witwen und Waisen«. Damit wird Roland zum »sanctissimus Roland«, er erhält den 16. Juli als Heiligkeitag und wird seit dem späten 15. Jahrhundert in Frankreich, Italien und etwa Köln, Utrecht und Löwen als Märtyrer des Glaubens verehrt. Sein Grab auf dem Pilgerweg nach Santiago de Compostela steigerte die Verehrung. Bildliche Darstellungen setzen um 1100 ein, etwa auf Kapitellen von Conques, auch einer Station auf dem Pilgerweg. Es folgen Abbildungen in der Kathedrale von Angoulême, in der Kirche Santa Maria in Cosmedin und am Portal des Doms von Verona. In den Glasfenstern in Chartres und Reims trägt Roland schon einen Heiligenschein. In Dantes »Inferno« (I, 31, 12-18) übertrifft der »Höllenslärm« sogar den mächtigen Schall von Rolands Horn, und es heißt im fünften Ring des Paradieses, man sehe dort jene »seligen Berühmtheiten, deren Taten jeder Muse reichsten Stoff gewährten«, hier also Karl und Roland sowie große Kreuzritter (I, 18, 43-45).

Der Aufstieg Rolands und seiner Gefährten hängt, wie gesagt, mit der Sakralisierung des Bildes von Karl d. Gr. zusammen. Im Jahr 1000 besuchte Otto III. Karls Grab. Salier und Staufer betrieben die Verehrung und Sakralisierung Karls d. Gr. weiter. Sich an Karl zu orientieren bedeutete für die Kirche, den ersten fränkischen Beschützer des Papsttums und den Kämpfer gegen die Sarazenen zu verehren. So ge-

Brandenburger Roland

wann man einen Heiligen als Beschützer der Kreuzzüge. Indem man Ritter Roland einbezog, hatte man eine zweite Figur, die den Adel motivieren konnte, nach seinem Vorbild gegen den Islam zu kämpfen. Auf der weltlichen Linie gab es ein Interesse des Kaisertums, in der Nachfolge Karls die erste Stelle in Europa zu behaupten – vor allem gegen Frankreich. Der Gedanke der *translatio imperii* wurde so für den deutschen König zum Vorrangtitel, »geheiligt« durch die Kirche und bezeugt durch Übernahme des Titels eines Cäsars/Kaisers. 1165 wurde Karl d. Große durch Papst Paschalis III. heiliggesprochen, ein innerkirchlich zwar umstrittener, aber letztlich akzeptierter Vorgang. Sein Gedenktag ist der 28. Januar, der übrigens seit einigen Jahrzehnten wieder in Frankfurt mit der sog. Karlsmesse gefeiert wird. Das Reich nahm ab 1157 den Titel »Sacrum Imperium« an. 1215 wurden Karls Gebeine in Anwesenheit Friedrichs II. von Hohenstaufen in den Karlsschrein gelegt. Im 14. Jahrhundert wurde der »Karlskult« dann nochmals systematisch durch den in Frankreich aufgewachsenen Lu-



Roland in Cluny

xemburger Kaiser Karl IV. gefördert. Die neueren Biographien von Rudolf Schieffer, Jean Favier, Roger Collins, Rosamon McKitterick und Johannes Fried haben nicht nur Karls Leben und Herrschertum, sondern auch den von vielen Seiten genutzten Karlskult beschrieben – bis hin zur Stilisierung als Gründervater der Europäischen Union, symbolisiert durch den Aachener Karlspreis.

Dies alles führt hier zu weit, ist aber doch als Hintergrund für die zahlreichen »Rolande«, vor allem in Norddeutschland und speziell im Gebiet des Sachsenrechts, von Bedeutung. Denn Roland war nun nicht nur der »Paladin« Karls im Sarazenenfeldzug, sondern mutierte auch noch zum Besieger und Bekehrer der Sachsen sowie zum »Pfalzgrafen am Rhein«! So heißt es im sog. *Promptuarium iuris*, Karl »betwand die sachsen vnd machte sie cristen. Yme halff dorczu roland, der was eyn pfalz graue bie dem ryne.« Dieser sächsische Bezug Rolands spielte in der Folge noch eine wichtige Rolle.

2. Die europäischen Rolande

Der Bremer Roland ist zwar der berühmteste und früheste Roland in einem Stadtzentrum, aber war auch einer unter vielen Rolanden in ganz Europa. Die heutige Roland-Forschung, zusammengeschlossen in einem Arbeitskreis dieses Namens,⁵ hat sowohl die bestehenden

als auch die untergegangenen Rolande, von denen man weiß, kartographiert und lokalgeschichtlich untersucht. Durchweg sind es meist stehende Figuren von übermenschlicher Größe, mit Schild und Schwert Durendart, oft auch mit dem Horn Olifant.

Betrachtet man das Verbreitungsgebiet, dann finden sich erstaunliche Häufungen, so in Schleswig-Holstein, um Bremen und Hamburg, in Niedersachsen und Mitteldeutschland (Sachsen-Anhalt und Sachsen, Thüringen), aber auch im westlichen Polen, in Böhmen und in Österreich nördlich von Wien Richtung Slowakei. Sodann gibt es eine bedeutende Linie von Rolanden und Roland-Verehrung auf dem Pilgerweg, durch Frankreich in Richtung Blay an der Gironde, seinem Grab, nach Santiago de Compostela. Auch Norditalien weist einige christliche Rolande auf, wohl eher im Zusammenhang mit den Kreuzzügen.

Das deutsche Kerngebiet ist also das Gebiet des Sachsenrechts und des Magdeburger Stadtrechts. Der Zusammenhang mit der Ausbreitung des Sachsenrechts und des Magdeburger Rechts im Zuge der Städtegründungen bei der sog. Ostkolonisation des Mittelalters scheint auf der Hand zu liegen. Südlich des Limes sind Rolande ganz selten zu finden. Ich nenne für das nördliche Deutschland in Sachsen und Sachsen-Anhalt etwa das Städtchen Burg, Halberstadt, Zerbst und Haldensleben, Eisleben, Quedlinburg, Bad Bramstedt und Wedel, in Thüringen (Nordhausen, Neustadt am Harz), in Westfalen, etwa in Dortmund (dort eine vergleichbare Heldenfigur des Reinoldus) usw. Auffällig ist dann aber wieder eine Häufung nördlich von Wien in Richtung der Slowakei. Es gibt unzählige Abbildungen, städtische Siegel, Bismarck-Denkmäler als »Roland« (Hamburg), ein großer Roland auf dem Marktplatz von Riga, ein sehr alter in Ragusa/Dubrovnik, ja sogar im Botanischen Garten in Kalkutta steht seit 1991 ein Roland als Symbol für das Stadtrecht. Fast immer ist es ein aufrecht stehender gerüsteter Ritter, das Schwert hochgehoben, geschwenkt oder mittig vor dem Leib, mit Helm und Schild sowie mit dem Horn Olifant, entweder mitten auf dem Marktplatz, die Marktfreiheit, das Marktrecht schützend, an der Fassade des Rathauses, oder vor ihm wie in Bremen, zum Schutz der Stadtfreiheit. Gelegentlich wurden auch Reiterstatuen des Roland aufgestellt.

Roland in Dubrovnik

Ob die Rolande als markante Figuren in den Grenzgebieten der fränkischen Herrschaft gegen die heidnischen nordischen und westslawischen Stämme schon zu Zeiten Karls d. Gr. entstanden sind (so wenig überzeugend Hans Rempel), ob sie im Zuge der Städtegründungen des Hochmittelalters im Gebiet des sächsisch-magdeburgischen Rechts als Schutzfiguren der Stadtfreiheit und des Marktrechts entstanden sind (so heute wohl überwiegend), ist umstritten. Damit verbindet sich die Tradition des christlichen Glaubenskämpfers gegen die Sarazenen, ja des Heiligen, aus der Zeit der Kreuzzüge und

Bremer Roland

der Pilgerzüge nach Santiago de Compostela. Früh- und Hochmittelalter, Rechts- und Verfassungsgeschichte sowie Kirchengeschichte, Missionsgeschichte und Volksfrömmigkeit greifen also ineinander.

3. Der Bremer Roland

Der heutige Bremer Roland wurde 1404 aus Muschelkalk vom Elm (bei Wolfenbüttel, Königslutter) gehauen und errichtet.⁶ Eine 5,55 m

Innsbrucker Roland

hohe Figur, eine »Mantelfigur«, das angeblich älteste Rolandbild, Vorbild etwa für die kurz danach erstellten Rolande von Halberstadt und Zerbst. Wie zu erwarten, war der Roland Gegenstand mancher Restaurierungen, zuerst schon 1512, 1937/38, zuletzt 1983/84, als der Kopf ausgewechselt wurde (Original im Focke-Museum). Das Gitter war im Krieg abhanden gekommen, die bunte Bemalung des 17. und 18. Jahrhunderts wurde wieder reduziert usw.

Es war der Nachfolger eines hölzernen Roland, der 1366 im Auftrag des Erzbischofs Albert II. (1359/60-1395) verbrannt worden sein soll. »Dabei wurde auch die Kanzlei geplündert und Kleinodien, Pri-

Roland in Limoges

vilegien, Siegel und anderes Gut mitgenommen.«⁷ Der Rat wurde aus der Stadt vertrieben und bat um Hilfe von außen; denn der Erzbischof habe »der Stad vryheit« (Freiheit) angegriffen.⁸ Dieser Erzbischof war in mancherlei Hinsicht ein Skandal, der sein Stift finanziell und politisch zugrunde richtete und die Handwerker gegen die Stadt aufzuwiegeln suchte. Der Roland vor dem Rathaus, neun Jahre nach dem Tod des Erzbischofs errichtet, war also eine Geste des »nie wieder« von seiten der Stadt. Diese Positionierung verweist auf die politischen Spannungen zwischen der geistlichen Herrschaft des Erzbischofs und der weltlichen der Stadt.

Erfurter Roland

Deshalb stellte die Stadt den mit dem berühmten Schwert ausgestatteten Ritter und Heiligen zum Schutz ihrer Sphäre auf. Der von ihm ausgehende Schutz richtet sich gegen den Bremer Dom. Ausrichtung und Gestik sind ebenso eindeutig wie die Umschrift auf dem Schild:

Vryheit do ik ju openbar, de Karl und menich vorst vor war, desser stede ghegheven hat. Des danket got is mi ratd.

Freiheit tue ich Euch offenbar / die Karl und manche Fürsten fürwahr / dieser Stadt gegeben hat. / Des danket Gott, das ist mein Rat.

Die Figur zu seinen Füßen ist als Darstellung eines friesischen Seeräubers gedeutet worden, aber auch als ein von Roland getöteter Heidenkönig (der Sachsen oder der Wenden?), was der Legende entsprechen würde, daß Roland auch bei Karls Sachsenkrieg behilflich gewesen sein soll. Im einen Fall würde das Recht über die Kriminaltat triumphieren, im anderen das Christentum über das Heidentum. Auch andere Deutungen sind im Umlauf. Ich lasse diese Frage, die ich nicht entscheiden kann, hier beiseite.

Daß der Bremer Roland auch ein christlicher Held ist, zeigt der Schwertgürtel (Düsing), dessen Gürtelschnalle einen lauteschlagenden Engel zeigt und mit Rosen umrahmt ist, Zeichen eines christlichen Märtyrers, der ins Paradies gelangt. Auch ist der Schwertknauf als Reliquiar ausgestaltet. Das Rolandslied nennt »Blut von St. Peter, Reliquien von St. Blasius, Haar von St. Dionysius, ein Stück vom Kleid der Gottesmutter«. Über seinem Haupt schwebt ein Ziborium, das eigentlich Heiligen vorbehalten war.

Wichtig ist aber nicht nur die Positionierung gegenüber dem Herrschaftsanspruch des Erzbischofs, sondern auch die Stellung auf dem rechtlich geschützten Markt vor dem Dom. Das ist die wohl eingängigste Bedeutung der vielen städtischen Rolande in Nord- und Mitteldeutschland. Roland wird zum Beschützer von Stadtrechten und Stadtfreiheiten.¹⁰ In Bremen ist die Stadtfreiheit zugleich Reichsfreiheit, wie das in der genannten Inschrift sowie durch den doppelköpfigen Reichsadler auf dem Schild zum Ausdruck kommt.

4. Roland und Marktrecht

Roland evoziert, wie wir gerade in Bremen sehen können, die von Karl (der als Gesetzgeber neben Justinian gestellt wird) hergeleitete, von ihm und anderen Fürsten »gegebene« Stadtfreiheit. Roland wird Symbol des Rechts schlechthin, insbesondere des Kerns einer Stadt, des Marktrechts. In seinem »Schutz und Schirm« konnte sich die Freiheit entfalten, auch gegen den Erzbischof. Vom Umfang und

von der damit faktischen Garantie des Marktrechts hingen die Sicherheit des Warenverkehrs, der Wohlstand und das Ansehen einer Stadt ab. Kaufleute, die dort Waren stapelten (Stapelrecht),¹¹ als Kreditunterlage verpfändeten, übergaben und übernahmen, waren existentiell auf Rechtssicherheit angewiesen. Eine Stadt, die nicht in der Lage war, Räuber und Diebe, Betrüger und Taschendiebe, Händler mit falschem Gewicht oder mit verbotenen Waren zu bestrafen, hinzurichten, auszupeitschen, an den Pranger zu stellen oder der Stadt zu verweisen – eine solche Stadt war keine Stadt des Rechts. Das war die strafrechtliche Funktion der Marktaufsicht.

Ebenso wichtig, wirtschaftlich aber wichtiger war es, den Kaufleuten ein verlässliches Gericht für Prozesse um Handelswaren zu bieten. Im Gebiet der »Rolande« waren das lübische (Lübecker) und das magdeburgische Stadtrecht, zusammen mit dem von Eike von Repgow niedergeschriebenen »Sachsenrecht« (Landrecht und Lehenrecht) die maßgeblichen Rechtsgrundlagen – bis heute die am intensivsten erforschten Rechtsmaßen des deutschen Mittelalters.¹² Es ist gewiß nicht übertrieben zu behaupten, daß der gesamte nord- und osteuropäische Handelsverkehr im Netzwerk der Hanse und der Stadtgründungen bis an die Grenzen Rußlands und nach Kiew auf dem Vertrauen in die Verlässlichkeit dieser städtischen und auch landesherrlich anerkannten Rechtsgrundlagen abhing. Wie auch heute ruhen Investitionen mit wirtschaftlichem Risiko auf einer praktizierten und letztlich mit harter Hand bewehrten Rechtsordnung. Wo Betrug und Raub, Korruption und Rechtsunsicherheit herrschen, wird kein »ehrlicher Kaufmann« seine Waren feilbieten, auf ein Warenlager Kredit geben, ein Haus kaufen oder ein Testament machen. Insofern schützt das martialische Schwert das »heilige Recht«, heilig gewiß, aber eben auch in aller Nüchternheit eine Garantie des Rechts, auf die Verlaß sein muß. Als der Bremer Roland errichtet wurde, stand die nordeuropäische Großorganisation der Hanse in voller Blüte. Ihre Kontore in Novgorod, Bergen, London und Brügge zeigen schon geographisch das riesige Ausmaß dieser komplexen Handelsbeziehungen. Sie schlossen Island, Lissabon, Barcelona und Genua ebenso ein wie Venedig, La Rochelle, Breslau oder Krakau.

Dieses vornationale Gebilde funktionierte wie ein Weltkonzern mit Public-Private Partnership, also im Zusammenspiel mit den jeweiligen Obrigkeiten der Städte, die gerichtlichen Schutz garantierten, wenn die diplomatische und interne Konfliktlösung nicht ausreichte. Stadtrecht und hansisches Recht griffen funktional ineinander.

Die Roland-Standbilder oder »Rolandsäulen« sind von der rechts-historischen Forschung seit dem 18. Jahrhundert immer wieder behandelt und gedeutet worden. Die Germanistik des Nationalstaats und die der NS-Zeit nahm sich der Rolande besonders an, führten sie z. T. auf germanische Götterbilder, die Irminsul, zurück, sah aber auch Richter, Könige und Kaiser in ihnen. Die Ikonographie der Rolandsäulen ist in der Tat uneinheitlich und schwankt auch insofern, als sie im Zeitraum vom 12. bis zum 15. Jahrhundert sehr verschiedenen politischen Konjunkturen unterlag.

Man hat versucht, sie als sichtbare Marke der Hoch- oder Blutgerichtsbarkeit zu deuten. Dann wäre das Schwert ein Richtschwert, der Platz vor dem Roland eine Gerichtsstätte. Tatsächlich finden sich neben dem Roland gelegentlich auch sog. Schandpfähle oder Pranger zur öffentlichen Zurschaustellung von Straftätern, aber das mag auch damit zusammenhängen, daß die Marktplätze generell als die besten Plätze für die Ausübung der Gerechtigkeit durch die Obrigkeit angesehen wurden. Das Schwert des Roland war damit zugleich das Richtschwert.

Die größte Plausibilität hat allerdings die Deutung als Symbol für die freie Stadt, deren Freiheit sich vor allem in der Unabhängigkeit von Landesherrn, also als freie Reichsstadt manifestiert, oder eben als Stadt, die vom Landesherrn Freiheiten (Privilegien) bekommen hat, vor allem die Marktfreiheit. In diesen Fällen wacht der Roland über dem Markt. Die kleineren Marktstreitigkeiten, die zum Alltag des Markts gehören, werden vor den Marktmeister gebracht und dort umgehend geschlichtet und entschieden. Die größeren Fälle kamen vor den Rat. Dieser entschied in den freien Reichsstädten alleine, den Roland gewissermaßen als Schutzschild gegen externe Anmaßungen nutzend, auch gegen solche von Bischöfen und Erzbischöfen, wie hier in Bremen. Aber die rechtliche Selbstbehauptung der Stadt ist

nur die eine Seite des Roland. Die andere und letztlich wichtigere ist die symbolische Darstellung eines rechtlich geordneten Gemeinwesens im Netzwerk europäischer Handelsbeziehungen.¹⁵ Der Roland garantiert »Freiheit«, wie seine Inschrift sagt, und Freiheit ist nicht zu haben ohne Rechtssicherheit. Und Rechtssicherheit wiederum, so sagen seit Jahrhunderten Rechtsphilosophie und Geschichte, ruht auch auf Gewalt – so paradox und bedauerlich es klingen mag. Eine Rechtsordnung, die sich nicht durchsetzen kann, verliert ihre Schutzfunktion. Das Recht hat also auch notwendig eine, wenn auch rechtlich domestizierte, gewaltsame Seite. Das ist für den, der möglichst gewaltfrei leben möchte, ein Grund, Melancholiker zu werden.

Literatur

- Gathen, Antonius David, Rolande als Rechtssymbole. Der archäologische Bestand und seine rechtshistorische Deutung, Berlin 1960
- Görlitz, Theodor, Der Ursprung und die Bedeutung der Rolandsbilder, Weimar 1934
- Gryphiander, Johannes, De Weichbildis Saxonice seu Colossis Rolandinis urbium quaeerundam Saxoniarum commentarius historico-juridicus, Frankfurt a. M. 1625, 2. Aufl. Straßburg 1666
- Heldmann, Karl, Die Rolandbilder Deutschlands in dreihundertjähriger Forschung und nach den Quellen, Halle 1904; ders., Rolandspielfiguren, Richterbilder oder Königsbilder? Neue Untersuchungen über die Rolande Deutschlands, Halle 1905
- Lück, Heiner, Der Roland und das Burggrafengericht zu Halle, in: Europa in der Frühen Neuzeit, Festschrift für Günter Mühlpfordt, Bd. 1, 1997, 61-81
- Munzel-Everling, Dietlinde, Rolande. Die europäischen Rolandsdarstellungen und Rolandfiguren, o. O. 2005
- Pötschke, Dieter (Hg.), Rolande, Kaiser und Recht. Zur Rechtsgeschichte des Harzraums und seiner Umgebung, Berlin 1999
- Rempel, Hans, Die Rolandstatuen. Herkunft und geschichtliche Wandlung, Darmstadt 1989
- Sello, Georg, Der Roland zu Bremen, Bremen 1901
- Stappenbeck, Willy, Über die Rolandsäulen. Ein historisch-kritischer Versuch, in: Märkische Forschungen 4 (1850), 120-152

- Trusen, Wilfried, Der »Heilige« Roland und das Kaiserrecht, in: Festschrift Nikolaus Grass, Innsbruck 1986, 395-406
- Trusen, Winfried, Rolandsäulen, in: HRG IV (1990) 1102-1106.

Anmerkungen

- 1 Schatzfund von Ilanz, Graubünden, Rätisches Museum Chur sowie ein weiteres Exemplar im Berliner Münzkabinett. Alle Nachweise im Folgenden nach dem materialreichen, aber in der Kernthese anfechtbaren Buch von Hans Rempel, *Die Rolandstatuen. Herkunft und geschichtliche Wandlung*, Darmstadt 1989; den Forschungsstand zusammenfassend Dietlinde Munzel-Everling, *Rolande. Die europäischen Rolanddarstellungen und Rolandfiguren*, Magdeburg 2005.
- 2 »In quo proelio Eggihardus regiae mensae praepositus, Anshelmus comes palatii et Hruodlandus Britannici limitis praefectus cum aliis compluribus interficiuntur.«
- 3 Erste Fassung von einem Turolde als Autor (dargestellt auf dem Teppich von Bayeux). Das Rolandslied soll 1066 von dem Spielmann Tailefer zur Ermunterung der normannischen Krieger vor der Schlacht von Hastings gesungen worden sein.
- 4 Vierter Teil des »Liber Sancti Jacobi« aus Compostela. Rempel (Anm. 1) 26 verweist auf Th. Goerlitz, *Der Ursprung und die Bedeutung der Rolandsbilder*, Weimar 1934, 12, wo es heißt: »Ein Mönch in Santiago hat gegen 1050 die ersten fünf Kapitel und der Priester Geoffrey zu Saint André in Vienne zwischen 1109 und 1119 die übrigen Kapitel geschrieben. Und Papst Calixtus II., der als Guy von Burgund seit 1088 Erzbischof von Vienne war, hat 1122 die Chronik für ein echtes Werk von Karls d. Gr. Erzbischof Turpin erklärt.«
- 5 S. Munzel-Everling, *Rolande der Welt*. Interaktive CD-ROM, Wiesbaden 2004.
- 6 Dehio, *Bremen, Niedersachsen*, Neubearb. 1992, 22. Die Kosten betragen lt. Ratdenkelbuch 170 Mark (Munzel-Everling, 86).
- 7 Munzel-Everling, 90.
- 8 Munzel-Everling, 86-96 mit vielen weiteren Hinweisen.
- 9 Das Rolandslied des Pfaffen Konrad, Verse 6874-6879.
- 10 D. Sternberger, Rede über die Stadt, gehalten in Bremen, in: ders., *Die Stadt als Urbild*. Sieben politische Beiträge, Frankfurt 1985, 11-20 streift den Gesichtspunkt »Friedensgebot ... Stadt- und Marktfrieden« nur nebenbei, ohne den Roland zu erwähnen.

- 11 Die Stadt konnte verlangen, daß durchreisende Kaufleute ihre Waren »stapelten« und zum Verkauf anboten. Siehe F.-W. Henning, Niederlage (Stapel), in: HRG Bd. 3, 1984, 987-991; O. Gönnerwein, Das Stapel- und Niederlagsrecht (Quellen und Darstellungen zur Hansischen Geschichte NF 11), 1939.
- 12 Umfassend nun H. Lück, Der Sachsenspiegel. Das berühmteste deutsche Rechtsbuch des Mittelalters, Darmstadt 2017.
- 13 Johannes Paulmann, Die »freie Welt« in den internationalen Beziehungen, in: Gotthilf Hempel – Hans Kloft (Hg.), Der Roland und die Freiheit, Bremen 2004, 161-182. – Zu lokalen bremischen Debatten nach 1945 siehe Bernhard Rieger, Was Roland a Nazi? Victims, Perpetrators and Silences during Restoration of Civic Identity in Postwar Bremen, in: Indiana University Press vol. 19 (2007), 75-112. Beide Hinweise verdanke ich Prof. Till van Rahden (Montreal).

ZWEITER TEIL

DIE FRÜHJAHRSTAGUNG IN BERLIN
VOM 1. BIS 4. JUNI 2018

ABENDESSEN DER STAATSMINISTERIN
IM BODE-MUSEUM

STAATSMINISTERIN
PROF. MONIKA GRÜTTERS MDB
BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG
FÜR KULTUR UND MEDIEN ANLÄSSLICH DES
ABENDESSENS ZU EHREN DES ORDENS POUR LE
MÉRITE AM 2. JUNI 2018 IN BERLIN

Verehrte / liebe Frau Prof. Nüsslein-Volhard,
verehrte Mitglieder des Ordens Pour le mérite,
lieber Herr Chapuis,
sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlich willkommen zu einem Abendessen vor unvergleichlicher Kulisse – mit rund 1.500 Jahren Kunstgeschichte im Rücken, von Kostbarkeiten aus den Schatzkammern preußischer Könige umgeben und in Gesellschaft wahrer Meisterwerke von zeitloser Strahlkraft, die sich hier mit der Architektur des Gebäudes und seiner 64 Säle zu einer »Symphonie der Schönheit« vereinen, um die treffende Formulierung eines Kulturmagazins aufzugreifen.

Im Vergleich dazu scheint ein Abendessen – ja, selbst ein wohlkomponiertes Menu, wie es auf unserer Speisekarte steht – vergleichsweise profan. Doch auch Kunstgenuß ist Sinnenfreude, und wie die Kunstgeschichte spiegelt die Geschichte der EBkultur Zeitgeist, Werte und Machtverhältnisse unterschiedlicher Epochen. So sind kulinarischer

und Kunstgenuß in mancherlei Hinsicht durchaus vergleichbar. Ich freue mich jedenfalls, Sie zum Abendessen in einer von meinem Haus geförderten Kultureinrichtung zu begrüßen und Ihnen auf diese Weise ganz nebenbei vor Augen zu führen, in welcher illustren Gesellschaft sich der Orden Pour le mérite bei der BKM befindet.

1. Ausblick auf die zweite Amtszeit als Kulturstaatsministerin

Daß Herr Chapuis Ihnen eben mit der Ausstellung »Unvergleichlich« – der Gegenüberstellung afrikanischer und europäischer Bilderwelten – ein neues, ein weiteres Glanzstück des Bode-Museums präsentiert hat, gibt mir außerdem Gelegenheit zu einem kurzen Ausblick auf meine zweite Amtszeit als Kulturstaatsministerin, genauer gesagt auf zwei Schwerpunkte meiner zweiten Amtszeit: den Umgang mit Kulturgütern aus kolonialen Kontexten und das Humboldt Forum.

Bestimmt erinnern Sie sich an das Figurenpar in der Basilika des Museums:

Da steht ein Putto von Donatello aus dem Jahr 1429 der 300 Jahre jüngeren Bronze-Statuette einer Prinzessin (oder Göttin) gegenüber, die sich einst auf einem Altar des Königs von Benin befand. Die Donatello-Bronze kam 1902 nach Berlin und trägt ihre Inventarnummer dezent auf der Unterseite; die Benin-Bronze dagegen, 1900 nach Berlin verbracht, bekam ihre Inventarnummer deutlich sichtbar – einer Brandmarkung gleich – auf den Rücken, weil man sie nicht als Kunst betrachtete, ja weil man Afrikaner für nicht in der Lage hielt, Kunst zu schaffen. So anschaulich hat man den Anspruch auf Deutungshoheit wohl selten zuvor gesehen: In der Definition, was Kunst ist und was »primitiv«, offenbart sich die Erhebung Europas gegenüber Afrika, die mittlerweile zunehmend kritisch reflektiert wird.

Viel zu lange allerdings war die Kolonialzeit ein blinder Fleck in unserer Erinnerungskultur. Viel zu lange war das in dieser Zeit ge-

schehene Unrecht vergessen und verdrängt. Es endlich ans Licht zu holen ist Teil der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber den ehemaligen Kolonien – und Voraussetzung für Versöhnung und Verständigung mit den dort lebenden Menschen.

Deshalb ist es mein Ziel, in dieser Legislaturperiode die Aufarbeitung von und den Umgang mit Beständen aus kolonialen Kontexten in Sammlungen und Museen voranzubringen. Der Ethnologe und Afrika-Experte Fritz Kramer hat kürzlich in einem Gastbeitrag unter Berufung auf Adolf Bastian, den Gründer des Ethnologischen Museums Berlin, skizziert, worum es dabei geht: Ethnographica kann man seiner Auffassung nach verstehen als – ich zitiere – »Ausdruck von ›Völkergedanken‹, die zu retten und aufzubewahren seien, um in Zukunft im ›Interesse der Wissenschaft vom Menschen‹ analysiert und ›hermeneutisch ausgedeutet‹ zu werden«.

Raubkunst – auch hier schließe ich mich Fritz Kramers Auffassung an – ist selbstverständlich zu restituieren. Unabhängig aber von diesen sehr komplexen und weit über die Kulturpolitik hinausgehenden Fragen ist meine Wahrnehmung – auch nach sehr vielen Gesprächen mit Experten – aber die, daß in unseren Museen ein hohes Ethos der Verantwortung für das Menschheitskulturerbe gilt. Internationale Museumsfachleute, auch und gerade bei uns, denken und arbeiten schon lang nicht mehr in Kategorien wie »Besitz« oder »Eigentum«, sondern unter der Maßgabe der Fürsorge für die ihnen anvertrauten Kulturgüter.

Um Museen dabei zu unterstützen, dieses Ethos der Fürsorge zur Grundlage der Museumsarbeit zu machen, hat der Deutsche Museumsbund, gefördert von meinem Haus, einen Leitfaden zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten erarbeitet: Er soll den Museen helfen, dem anspruchsvollen und vielschichtigen Thema gerecht zu werden, und, angepaßt an die Umstände des Einzelfalls, zu Lösungen für den Umgang mit den kolonialen Kulturgütern beitragen – und damit zum Fortschritt in der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Deutschlands und Europas.

Darüber hinaus stocke ich die Mittel für Provenienzforschung in meinem Haushalt in diesem Jahr und – so ist es geplant – auch im kommenden Jahr noch einmal deutlich auf.

2. Zum Humboldt Forum

Die Ausstellung »Unvergleichlich«, die Sie eben gesehen haben, schärft aber (mit der ausführlichen Darlegung der Objektgeschichte im Katalog) nicht nur den Blick für das Unrecht der Kolonialzeit. Mit experimentellen Gegenüberstellungen und Gruppierungen zu existentiellen Themen des Menschseins öffnet sie uns auch die Augen für das Vertraute im Fremden. Damit überwindet sie die klassische museale Sortierung nach Kontinenten und Kulturräumen und verweist auf ein zweites bedeutendes kulturpolitisches Projekt: auf das Humboldt Forum. 2019 soll dieses Museum der Weltkulturen seine Pforten öffnen – pünktlich zum 250. Geburtstag Alexander von Humboldts, des ersten Ordenskanzlers des Ordens Pour le mérite.

Ein Gedicht sei immer die Frage nach dem Ich, hat Gottfried Benn einmal gesagt – und man könnte ergänzen: Ein Museum ist immer die Frage nach dem Wir. Museen machen gemeinsame Erinnerungen, Werte, Perspektiven auf die Welt sichtbar und erfahrbar und stiften damit Identität. In diesem Sinne ist das Humboldt Forum eine ganz neue Art, die »Frage nach dem Wir« zu stellen und zu beantworten. Die außereuropäischen Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die wir hier präsentieren wollen, bieten in Verbindung mit der Museumsinsel und deren Kulturschätzen aus Europa und dem Nahen Osten einmalige Einblicke in das kulturelle Erbe der Menschheit. Sie vermitteln, was uns als Menschen ausmacht. Sie offenbaren, daß es ein »Wir« auch jenseits kultureller und nationaler Grenzen gibt.

Zukunftsweisend ist das Humboldt Forum aber vor allem als Ort der Verständigung: Wir wollen die Sammlungen in ihrer Bedeutung für die großen Fragen des 21. Jahrhunderts zum Sprechen bringen. Des-

halb soll beispielsweise das Thema Religion eigenständigen Raum bekommen – mit Blick auf die Krisen im Nahen und Mittleren Osten und auch mit Blick auf die Angst, die Terroristen im Namen des religiösen Fundamentalismus verbreiten. Auf diese Weise kann und soll im Humboldt Forum ein lebendiger Ort möglichst breiter öffentlicher Debatten entstehen: ein Museum, das die Gesellschaft nicht nur abbildet, sondern auch mitformt – ein Museum, das die »Frage nach dem Wir« auch als Aufgabe interpretiert, Verstehen, Verständnis und Verständigung zu fördern.

Ich denke, es sagt viel über das Selbstverständnis der Kulturnation Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts aus, daß wir im Herzen unserer deutschen Hauptstadt nicht uns selbst in den Mittelpunkt stellen, sondern der Welt in Berlin ein Zuhause geben. Statt in reiner Selbstbezüglichkeit zu verharren, empfiehlt sich Deutschland damit als Partner in der Welt, als im besten Sinne treibende Kraft einer Kultur der Verständigung der Völker. Das Humboldt Forum lädt dazu ein, Weltbürger zu sein. Ich freue mich, daß wir diese Einladung dank des Koalitionsvertrags mit freiem Eintritt für die Dauer Ausstellung bekräftigen – ganz im Sinne der Humboldtschen Vision, daß Museen und Bildungseinrichtungen für alle zugänglich sein sollten. Bei dieser Gelegenheit danke ich noch einmal ausdrücklich den Ordensmitgliedern Horst Bredekamp und Hermann Parzinger (*beide anwesend*), die bisher an der Seite Neil MacGregors den inhaltlichen Feinschliff vorgenommen haben. Das Humboldt Forum ist damit gut gerüstet für die Übergabe an den neuen Generalintendanten Hartmut Dorgerloh, der es nun auf die baldige Eröffnung als »Freistätte für Kunst und Wissenschaft« (wie er es formuliert hat) vorbereiten wird.

3. Würdigung des Ordens und der neuen Mitglieder

Eine »Freistätte für Kunst und Wissenschaft«, ein Forum interdisziplinärer und interkultureller Verständigung ist auch der Orden Pour

le mérite. Wie kaum eine andere Institution bezeugt diese traditionsreiche Vereinigung der geistigen Elite mit den herausragenden Verdiensten ihrer Mitglieder, daß Wissenschaft und Kunst vor allem in Freiheit und Weltoffenheit, im Austausch und in wechselseitiger Inspiration gedeihen. Es freut mich sehr, in diesem Jahr vier neue Mitglieder willkommen heißen zu dürfen, deren Perspektiven einen enormen Gewinn für diesen Austausch versprechen:

Jürgen Osterhammel und Karl Schlögel gehören zu den profiliertesten deutschen Historikern ihrer Generation: So bringt Jürgen Osterhammel uns in seinen Publikationen besonders eindringlich die Geschichte der weltweiten interkulturellen Beziehungen und des Kolonialismus nahe – als Kolonialgeschichte auch und besonders aus der Sicht der Beteiligten und Betroffenen vor Ort. Karl Schlögel wiederum zählt zu den prominentesten Autoren auf dem Gebiet der Osteuropaforschung und hat die ehemalige Sowjetunion mit seinen Arbeiten zur »Archäologie einer untergegangenen Welt« – so der Untertitel seines Buchs über das sowjetische Jahrhundert – aus der Peripherie unserer Wahrnehmung wieder in die Mitte Europas gerückt.

Da die Zuständigkeit sowohl für deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa als auch für den Umgang mit Kulturgütern aus kolonialen Kontexten bei der BKM liegt, verfolge ich beider publizistische Tätigkeit mit großem Interesse.

Rebecca Horn wiederum zählt zu den bedeutendsten Künstlerinnen der Gegenwart, die international für ihr vielgestaltiges Werk, vor allem für ihre raumgreifenden Installationen bekannt ist.

Mich persönlich fasziniert und begeistert immer wieder die äußerst suggestive Kraft, mit der ihre Arbeiten uns an die Extreme des Lebens und an die Grenzen des Körperlichen heranführen: Es gibt keinen Stillstand, auch die winzigste Bewegung verändert das Ganze.

Als viertes Neumitglied schließlich begrüße ich die französische, in Berlin lebende und arbeitende Mikrobiologin, Genetikerin und

Biochemikerin Emmanuelle Charpentier. Das von ihr entdeckte gentechnische Verfahren (»CRISPR / Cas9«) – laiensprachlich als »Genschere« bezeichnet – ermöglicht das gezielte Abändern des Erbguts und eröffnet damit völlig neue Möglichkeiten der genetischen Manipulation in der biologischen Grundlagenforschung, der Pflanzenzüchtung und der medizinischen Forschung.

Verehrte Madame Charpentier, verehrte Frau Horn, lieber Herr Schlögel, lieber Herr Osterhammel: herzlichen Glückwunsch zur Auszeichnung mit dem Orden Pour le mérite! Möge der Austausch in diesem exklusiven Kreise der klügsten und kreativsten Köpfe Sie in Ihrer Schaffenskraft beflügeln!

4. Ausblick auf den Abend

Diesem Austausch, meine Damen und Herren, soll auch der heutige Abend gewidmet sein. Regional und saisonal bleiben wir dabei nur in kulinarischer Hinsicht: mit Spargel und Erdbeeren auf der Speisekarte, so wie es sich in Deutschland für ein frühlingshaftes Menu gehört. Thematisch dagegen können wir alle heute abend über den eigenen Tellerrand hinausschauen: Wann hat man schon die Gelegenheit, mit Vor- und Querdenkern ganz unterschiedlicher fachlicher Provenienz ins Gespräch zu kommen?

Ich wünsche Ihnen, daß es Ihnen mit Ihren Tischnachbarn nicht so geht wie dem Sprachforscher Wilhelm von Humboldt bei einem Ritt auf den französischen Mont Salève in Begleitung eines Naturforschers, über den er schrieb, ich zitiere: »Unglücklicherweise treibt er Botanik und Mineralogie. Nun hatte ich mir einmal von ohngefähr verlauten lassen, dass ich etwas von den Linnéischen Klassen wüsste. Noch nie ist meine Eitelkeit so grausam bestraft worden. Denn nun blieb er auf dem fußtiefbeschneiten Salève viertelstundenlang stehen, kratzte mir unter dem Schnee Pflanzen hervor und zergliederte und klassifizierte sie mir in der grimmigen Kälte.« Zwischendurch,

so Wilhelm von Humboldt, habe sein Begleiter auch noch über griechische Grammatik diskutieren wollen. »Wahrscheinlich sind wir die ersten Menschen, die auf dem Salève im tiefen Schnee den griechischen Artikel dekliniert haben.«

Worüber auch immer Sie heute abend diskutieren, meine Damen und Herren: Wenigstens haben wir es warm und bequem! Ich wünsche Ihnen darüber hinaus trotzdem natürlich auch inspirierende Gespräche und interessante Diskussionen! Auf einen schönen und erkenntnisreichen Abend!

ÖFFENTLICHE SITZUNG DES ORDENS
AM 3. JUNI 2018 IM KONZERTHAUS

ORDENSKANZLERIN
CHRISTIANE NÜSSLEIN-VOLHARD

BEGRÜSSUNG

Meine Damen und Herren,

ich heiße Sie bei der Jahresversammlung des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste willkommen. Ganz besonders herzlich möchte ich den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier begrüßen, ebenso Prinz Georg Friedrich von Preußen und seine Mutter Prinzessin Sibylle von Preußen. Ich begrüße die Angehörigen und Freunde der Ordensmitglieder sowie auch alle Botschafter, Mitglieder des Bundestages, Gäste, Studenten und Schüler, die heute zu dieser Veranstaltung gefunden haben.

Wir trauern um zwei Ordensmitglieder, die im vergangenen Jahr verstorben sind: den Biochemiker Hans Georg Zachau, am 17. Dezember im 88. Lebensjahr in München, den Zellbiologen Günter Blobel, am 18. Februar im 83. Lebensjahr in New York.

Ich bitte Sie, sich zu Ehren der Toten zu erheben. Ich danke Ihnen.

Der Orden Pour le mérite ist eine freie Vereinigung von Männern

und Frauen, die sich »durch weit verbreitete Anerkennung ihrer Verdienste in Wissenschaft und Kunst einen ausgezeichneten Namen erworben haben«. Er ist die höchste deutsche Auszeichnung für Geisteswissenschaftler, Künstler und Naturwissenschaftler. Der Orden wurde vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. als ziviler Orden, der Verdienste um Wissenschaft und Künste anerkennt, im Jahre 1842 gegründet. Er beauftragte damals den großen Naturforscher Alexander von Humboldt als ersten Ordenskanzler, die Träger – die Ordensritter – vorzuschlagen. Der Orden steht heute unter dem Protektorat des Bundespräsidenten. Ich danke Ihnen, lieber Herr Steinmeier, für Ihre Verbundenheit mit dem Orden. Sie sind unser Gast bei dieser öffentlichen Veranstaltung des Ordens – wir freuen uns darauf, heute abend Gäste im schönen Schloß Bellevue zu sein. Im Kulturstatsministerium ist der Orden organisatorisch angesiedelt – für die großzügige und umsichtige Betreuung sind wir sehr dankbar.

Protektorat bedeutet Schutz, nicht Macht. Der Orden ist autonom: Kein Politiker mischt sich in seine Angelegenheiten ein. Im Gegensatz zu Verdienstkreuzen oder Abzeichen, die von Staatsoberhäuptern vergeben werden, erneuert sich der Orden aus sich selbst: Die Mitglieder haben das Privileg und die Pflicht, zur Ergänzung die neuen Träger des Ordens frei zu wählen, und das ist seit seiner Gründung durch den preußischen König so. Wie bei Akademien spielt dabei der Gedanke eine Rolle, daß die Mitglieder auf Grund ihrer breit gestreuten Expertise dazu besser in der Lage sind als Könige, Präsidenten, Politiker, oder Beamte.

Bereits im Gründungsstatut 1842 ist festgehalten, daß »zu erhöhter Ehre des Ordens« auch Wissenschaftler und Künstler aus anderen Ländern mit den Insignien des Ordens beliehen werden sollen. Internationalität ist ein Merkmal, das den Orden bis heute auszeichnet und prägt. Wir erinnern uns: Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, vor hundert Jahren, war die geistige Welt, in der Humboldt geplant und gewirkt hatte, gründlich in die Brüche gegangen. Mit

dem Wandel der Staatsform und der Abschaffung von Orden in der Weimarer Republik war natürlich auch das Weiterbestehen der Friedensklasse des *Pour le mérite* in Frage gestellt. Durch das Geschick des damaligen Kanzlers, des Theologen Adolf von Harnack, wurde die Ordensgemeinschaft als freie Vereinigung von Gelehrten und Künstlern weitergeführt. Die Weiterverleihung des Ordens an Ausländer fiel mit dieser Umgestaltung selbstverständlich fort. Im Dritten Reich erfolgten keine Nachwahlen, so daß der Orden fast ausstarb, bis er nach dem Zweiten Weltkrieg 1952 durch Theodor Heuss, den ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, wiederbelebt wurde.

Eine weitere Besonderheit des Ordens ist die Einschränkung der Zahl der im Inland oder Ausland wirkenden Mitglieder, die auf derzeit je 40 festgesetzt ist. Diese sollten zu »etwa gleichen Teilen« den Geisteswissenschaften, den Naturwissenschaften und den Künsten zugehören. Das Ordenszeichen und mit ihm die Mitgliedschaft im Orden wird auf Lebenszeit verliehen. Verliehen im wahren Sinne des Wortes: Die Ordenszeichen werden nach dem Tod des Trägers an ein neu hinzugewähltes Mitglied weitergegeben. Aber es ist wichtig, daß es innerhalb der Klassen keine weiteren Vorgaben hinsichtlich Fachgebiet oder Zunft gibt, und auch, daß keine direkte Beziehung des neuen Ordensträgers zu dem früheren besteht: Neue Ordensmitglieder werden in freier Entscheidung – oft eine andere Richtung vertretend – dazugewählt. So hat es bereits der preußische König gewollt.

Die Aufgabe, die Verdientesten in ihrem jeweiligen Fache zu finden, keine Unwürdigen aufzunehmen, aber auch keine Würdigen zu übergehen, ist schwierig. Denn jeder Wissenschaftler, jeder Künstler ist ein Original, dessen Werk nicht objektiv mit dem anderer Persönlichkeiten vergleichbar ist. Auch sind Zahl der Publikationen, Preise, Professuren oder Ehrendokorate kein gutes Maß für Verdienste bei Wissenschaftlern, die Werke von Schriftstellern lassen sich nicht einfach mit denen von Musikern oder Malern vergleichen. Und na-

türlich gibt es weit mehr als 80 Persönlichkeiten mit weitreichenden Verdiensten in allen Gebieten der Wissenschaften und Künste auf dieser Welt. Die Kanzler schlagen schließlich zur Wahl vor, nachdem Nominierungen und ausführliche Diskussionen unter den Ordensmitgliedern stattgefunden haben. Jetzt sind als Vizekanzler der Jurist Michael Stolleis für die Geisteswissenschaften und die Fotografin Barbara Klemm für die Künste zuständig, und ich, die Kanzlerin und Biologin, für die Naturwissenschaften. Die Wahlen sind geheim und demokratisch. Bei den Wahlvorschlägen achten die Kanzler auf ein breites Spektrum der Zünfte und erwarten von ausländischen Kandidaten eine Verbundenheit mit deutscher Kultur und Kenntnis der Sprache, um am Ordensgeschehen teilnehmen zu können.

Es mag sein, daß zu Zeiten der Gründung die Aufgabe der Erneuerung einfacher war, denn allein numerisch ist die Zahl der Wissenschaftler und Künstler seither um ein vielfaches gestiegen. Nicht immer herrscht Einigkeit unter den Ordensmitgliedern (viel Ehr – viel Feind), und in verschiedenen Gebieten erlebt man unterschiedliche Loyalitätskulturen. In dem Bestreben, ernsthafte Kontroversen zu vermeiden, zieht sich eine Wahl manchmal lange hin – oder sie bleibt ganz aus. Manch bedeutender Künstler oder Gelehrter, dessen Ruhm jetzt den vieler Ordensmitglieder überstrahlt, ist nie in den Orden aufgenommen worden, und unter den ehemaligen Trägern des Ordens finden sich Namen, die heute vollkommen vergessen sind; der Orden ist – ich zitiere Theodor Heuss – ein »zeitgenössischer Kommentar zur deutschen Geistesgeschichte«. Weitverbreitete Anerkennung unterliegt eben auch Zeitströmungen, kulturellen Moden, Strukturen der Gesellschaft und der Politik. So möchten sich viele Ordensmitglieder denn auch lieber als Repräsentanten ihrer Zunft verstehen, um der unbequemen Frage »warum denn ausgezeichnet ich« eine befriedigende Antwort geben zu können.

Außer der Pflicht der Findung neuer durch die Bundesrepublik Deutschland mit der Verleihung des Ordens zu Ehrender gibt es keine weiteren Aufgaben – der Orden ist keine Akademie, bearbei-

tet keine Projekte und verfaßt keine Resolutionen; diese Form der Außenwirkung ist jedem einzelnen Ordensmitglied vorbehalten. Von Theodor Heuss wurden die regelmäßigen Treffen der Ordensmitglieder eingeführt, die nun zweimal jährlich – einmal um den Tag der Gründung herum in Berlin und im Herbst (orientiert am Geburtstag des ersten Kanzlers, Alexander von Humboldt) an einem anderen Ort, in diesem Jahr wird es in Leipzig sein – stattfinden. Neben dem vornehmsten Geschäft, der Diskussion der Kandidaten und den Wahlen, finden interne kulturelle Veranstaltungen, Besichtigungen, Konzerte statt. Wir sind froh und stolz darauf, daß die meisten Ordensmitglieder, auch die aus dem Ausland, sich mehr oder weniger regelmäßig an diesen Zusammenkünften beteiligen, und schätzen sie als einmalige Begegnungen, die interdisziplinären intellektuellen Austausch und fruchtbare Zusammenarbeiten ermöglichen sowie persönliche Freundschaften begründen.

Diese öffentliche Veranstaltung – bei der Sie gerade anwesend sind – findet jährlich während der Tagung in Berlin statt, um dem Orden, der trotz seiner Bedeutung im kulturellen Gesicht Deutschlands wenig bekannt ist, eine Außenwirkung zu geben. In der heutigen Sitzung werden wir zweier Ordensmitglieder gedenken: Der Biochemiker und langjährige Kanzler des Ordens Hans Georg Zachau wird von Rolf Zinkernagel gewürdigt werden, und Robert Weinberg wird Gedenkworte für den Zellbiologen Günter Blobel sprechen. Den Festvortrag wird der Genetiker Svante Pääbo aus dem Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie in Leipzig halten. Pääbo, seit 10 Jahren Ordensmitglied, ist es als erstem gelungen, aus fossilen Knochen genetisches Material – DNA – zu isolieren und zu entziffern. Dadurch gelang es ihm, die jüngste Genealogie des Menschen aufzuklären. Heute wird er über die Verwandtschaft mit den Neandertalern, die vor 50.000 bis 100.000 Jahren gleichzeitig mit der modernen Menschenart *Homo sapiens* in Eurasien lebten, berichten. Ich werde die Ordenszeichen an zwei deutsche Historiker verleihen, Jürgen Osterhammel und Karl Schlögel. Sie werden von Hermann Parzinger und Michael Stolleis vorgestellt werden. Erwin

Neher wird die französische Mikrobiologin Emmanuelle Charpentier einführen. Die Objektkünstlerin Rebecca Horn, die bereits 2016 in den Orden gewählt wurde, kann leider auch an der diesjährigen Veranstaltung nicht teilnehmen, ihr wurde der Orden bereits im privaten Rahmen überreicht. Eine Laudatio für Frau Horn wird Bernard Andreae sprechen.

Jetzt wünsche ich uns allen ein gutes Gelingen und eine interessante Veranstaltung.

GEDENKWORTE

HANS GEORG ZACHAU

16. MAI 1930 – 17. DEZEMBER 2017

Gedenkworte für
HANS GEORG ZACHAU

von
Rolf Zinkernagel

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Kanzlerin des Ordens, meine verehrten Damen und Herren,

Hans Georg Zachau, Biochemiker, Molekularbiologe, Universitätslehrer, Familienvater, prominentes Mitglied und langjähriger Kanzler unseres Ordens »Pour le mérite« für Wissenschaft und Künste, ist am 17. Dezember 2017 gestorben. Der heutige Tag gibt uns kurz Gelegenheit, hier sein Leben, Forschung und Wirken auch im und für den Orden zu würdigen.

1930 in Berlin geboren, Schulen und klassisches Gymnasium mit Abitur 1948 dort durchlaufen, studierte er zwei Jahre vorklinische Medizin und Chemie an der Universität Frankfurt inkl. eines Absteichers in die Betriebswissenschaften. 1955 promovierte er am Max-Planck-Institut für Biochemie in Tübingen unter der Leitung von A. Butenandt über Pheromone, also Lockstoffe, der Seidenraupe. Diese Jahre gehörten zur hohen Zeit der klassischen Biochemie, d.h. Isolation von Enzymen, Vitaminen und Hormonen inkl. Abklärung der Funktion und Rolle in der Evolution. In denselben Jahren kam die Molekularbiologie auf, die genetische Informationen, deren Über-

setzung in biochemische Vorgänge und deren Steuerung erforschte. Deshalb hat H. G. Zachau nach einer Postdoc-Zeit am MIT in Boston (J. C. Sheehan) synthetische Proteinchemie, dann an der Rockefeller-Universität in New York über Eiweißbiosynthese (F. Lippmann) die dafür nötigen genetischen Übersetzungsmechanismen erarbeitet. Nach der Rückkehr gründete er 1958-61 am MPI für Biochemie in Tübingen eine eigene Arbeitsgruppe und wurde dann 1961 von Max Delbrück an das neue Institut für Genetik der Universität Köln berufen. Hier habilitierte er sich 1967 für Physiologische Chemie. Bei den erwähnten genetischen Übersetzungsvorgängen spielt die damals definierte Boten- oder Transfer-RNS (t-RNA) eine wichtige Rolle, wobei diese RNS einzelne Aminosäuren in der richtigen Ordnung zur richtigen Zeit an die entstehende Eiweißkette heranbringt und anzukoppeln hilft. Die Forschungsgruppe Zachau hatte sich für die Hefe und die t-RNS für die Aminosäure Serin entschieden. Weil diese Sequenzanalysen damals (heute unvorstellbar) mühsam und arbeitsintensiv waren, wurde H.G.Zachau mit H. Feldmann, D. Dütting und F. Melchers kurz vor der Zielgeraden überrundet durch R. W. Holley, der die t-RNS für Alanin als erster publizierte und damit nicht nur das Rennen, sondern auch den Nobelpreis gewann.

H. G. Zachau wurden in kurzer Folge die Lehrstühle für Biochemie in Köln, Berlin und München angetragen, wohin auch das Max-Planck-Institut von Tübingen verschoben worden war. Seit 1967 wirkte er für die nächsten ca. 30 Jahre am Institut für Physiologische Chemie der Maximilians-Universität in München, das dann um die Molekularbiologie erweitert wurde. Dem neugenannten Adolf-Butenandt-Institut stand H. G. Zachau als Direktor und Professor für molekulare Biologie, bis zu seiner Emeritierung 1999, vor.

Die wissenschaftlichen Arbeiten konzentrierten sich zuerst weiter auf die Transfer-RNS, dann auf sich wiederholende DNS-Sequenzen und Segmente und deren übergeordnete Strukturen mit den sog. Histonen. Diese Arbeiten führten ab 1977 zum Studium von immunologischen Abwehrkörpern, den Immunoglobulinen, und deren Expressionen. Zachaus Arbeitsgruppe konzentrierte sich auf die leichte

Kette K oder kappa und konnte so im weltweiten Wettschwimmen im Haifischtank diese Struktur zuerst lösen. Immune Antikörper waren wie 30 Jahre vorher Hormone und Pheromone ein Lieblingsspielzeug für Molekularbiologen und Biochemiker. In den 70er und 80er Jahren wurde klarer, wie immunologische Antikörper molekular entstehen, wie sie reguliert werden, wie ihr enormes Spektrum an Spezifitäten entsteht und wie sie wann und wo produziert werden, so daß man auch verstand, wie eine B-Zelle nur einen Antikörper produziert. Unter vielen Schülern sind hier die Zachau-Doktoranden F. Melchers und M. Steinmetz zu erwähnen, die ans Basler Institut für Immunologie gewandert sind und dort die Molekularbiologie der B-Zellentwicklung und der Transplantationsantigene wesentlich mitgestaltet haben.

H. G. Zachaus Wissenschaft sei mit seinen eigenen Worten am besten zusammengefaßt:

»Ich bin einer der glücklichen Forscher, die dabei waren, als das molekulare Verständnis von den Genen bis zum Molekül entwickelt und zum Allgemeingut wurde.«

Neben Familie, wissenschaftlicher Arbeit und mit mehr als 250 Publikationen sowie der Universitäts-Lehre spielte H. G. Zachau eine wichtige Rolle in Redaktionsvorständen von wissenschaftlichen Zeitschriften, in den deutschen Forschungsgremien, in mehreren Akademien und Stiftungen in Europa und weltweit. Als Wissenschafts- und Forschungsdiplomat war er wesentlicher Initiator und Organisator der Spetsai-Sommerschulen in Griechenland für junge Forscher und der Deutsch/Russischen Molekularbiologietagungen. Quasi in seinem dritten Leben stand H. G. Zachau von 1992 bis 2005 dem Orden »Pour le mérite« für Wissenschaft und Künste als Kanzler vor. Er leitete den Orden mit seinen manchmal sehr meinungsstarken Suggestionen vorsichtig, diplomatisch, bedächtig und überlegt, mit seinen markanten und bestimmten Formulierungen in den Sitzungen und öffentlichen Anlässen, auch hier in diesem schönen Saal. In seiner Zeit ist die Anzahl von sog. jüngeren Mitgliedern (nota bene, solchen unter 70!) um je 10 in- und ausländische Mitglieder der drei Abteilungen Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und

Künste erhöht worden. Dadurch waren enorme Mehrarbeiten durch Vorbereitungen, Diskussionen für über 50 Wahlen unter Zachaus Kanzlerschaft nötig. Ich selber bin einer dieser »Neuen Jungen«, die unter seinem Regime in den Orden zugewählt wurden.

H. G. Zachau ist am 17. Dezember im 87. Lebensjahr gestorben. Er hinterläßt seine Ehefrau, drei Söhne, viele wissenschaftliche Schüler und Arbeiten und einen dankbaren Orden.

GÜNTER BLOBEL

21. MAI 1936 – 18. FEBRUAR 2018

Gedenkworte für
GÜNTER BLOBEL

von
Robert Weinberg

Günter Blobel hat jeden, der ihn traf, außerordentlich beeindruckt – Groß, rosiges Gesicht, üppiger Redefluß bis zur Schwelle, grenzenlosen Enthusiasmus, größer als das Leben, eine breite Kenntnis so verschiedener Dinge, von den Minutiae der Zellbiologie über die Details der Architektur von Kathedralen bis zum Flair italienischer Küche – er war vertraut mit einem breiten Spektrum von Menschen und ihren Interessen.

Er verließ uns am 18. Februar im Alter von 81 Jahren, eine große Lücke in der Reihe der Ordensmitglieder hinterlassend, in die er im Jahr 2002 aufgenommen wurde, drei Jahre nachdem er den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin bekommen hatte. Dies sind nur zwei aus der langen Liste von Ehrungen, die er in einem Vierteljahrhundert seit 1978 erhalten hat.

Er kam aus bescheidenen Verhältnissen aus einer der hintersten Ecken von Schlesien, Waltersdorf, heute in Polen. Im Jahr 1945 brachte sein Vater Frau und sieben Kinder weg, vor den anrückenden Truppen der sowjetischen Armee fliehend, zunächst zu den Vororten

von Dresden. Dort sah er Dresden intakt – das Juwel einer Stadt in seinen Augen – und wenige Tage später die Stadt in Ruinen nach der Bombardierung vom 13. bis 15. Februar 1945. Die Familie faßte schließlich Fuß in Freiberg, weiter westlich in Sachsen.

Hier wuchs er auf, ging aufs Gymnasium und wurde früh mit den Widrigkeiten konfrontiert, die das ostdeutsche Regime denen aufbürdete, die Angehörige der gebildeten Klasse waren. So zog er nach Westen und begann sein Studium der Medizin in Tübingen, das er 1960 abschloß. Dann ging es an die Universität von Wisconsin, wo er sich mit dem damals entstehenden Forschungsgebiet der Zellbiologie befasste. Er wurde 1967 promoviert, um dann an die Rockefeller-Universität in Manhattan zunächst für zwei Jahre als Postdoc zu gehen. Hier blieb er ein halbes Jahrhundert und wurde zu einem echten New Yorker.

Seine Wahl von Rockefeller war ausgesprochen glücklich, da viele der Pioniere der Zellbiologie dort versammelt waren. Diese hatten zu dieser Zeit die komplexe Mikroarchitektur der Zelle herausgepfriemelt, die seit kurzem durch die Entwicklung des Elektronenmikroskops sichtbar gemacht werden konnte, mit der Möglichkeit, sehr viel mehr an Details zu enthüllen als – damals wie heute – konventionelle Lichtmikroskope. Vielleicht die größte Überraschung, die das Elektronenmikroskop bescherte, waren hochkomplexe Strukturen im Zytoplasma der Zellen von Säugetieren. Bis dahin hatte man sich Zellen als nicht viel mehr als einen Sack vorgestellt, gefüllt mit verschiedenen Komponenten, die in der Zelle herumschwimmen und bestimmte, aber noch schlecht verstandene Funktionen erfüllten. Das Elektronenmikroskop enthüllte – im krassen Kontrast dazu – ein Labyrinth komplexer Strukturen, zum größten Teil aus Membranen gebildet, die ihre Bahnen durch das Zytoplasma der Zelle winden.

Diese Entdeckung warf ein wichtiges Problem auf: Wie finden die Tausende von Proteinen, die in der Zelle hergestellt werden, ihren

Weg hinein und hinaus aus diesen Membranstrukturen, von denen einige offenbar die Aufgabe hatten, Proteine aus der Zelle herauszutransportieren? Wie finden diese Proteine ihren Weg? Im Jahr 1971, haben Blobel und Sabatini ein trickreiches Modell entworfen: Protein-Moleküle enthalten in ihrer Struktur bestimmte »Postleitzahlen«, die sie nach ihrer Fertigstellung durch die komplexe Anordnung von Membranstrukturen leiten. Unter diesen Strukturen war ein Komplex besonders wichtig, der dafür verantwortlich ist, Proteine aus dem Zytoplasma der Zelle in den extrazellulären Raum zu schleusen.

In den darauffolgenden Jahren hat seine Arbeitsgruppe Schritt für Schritt beschrieben, wie sekretierte Proteine modifiziert werden, um dann in die Umgebung der Zelle ausgeschieden zu werden. Wie sich herausstellte, war das alles andere als ein unwesentlicher Aspekt der Biologie des Menschen. Alle die Tausende von Proteinen, die in unserem Blut herumschwimmen, unter anderem Insulin und Blutgerinnungsfaktoren, werden auf dem Wege prozessiert, den Blobels Gruppe entdeckt hat. Jahrzehnte später hat die biotechnologische Industrie diese Prinzipien angewendet, um eine große Anzahl von medizinisch relevanten Proteinen, die der Menschheit so viele Dienste erwiesen haben, herzustellen; unter anderem besonders Antikörper, die uns vor vielen Infektionskrankheiten schützen. Es waren diese Aspekte, die schließlich zu seiner Ehrung in Stockholm führten.

In all dieser Zeit vergaß er seine Herkunft niemals. Er spendete seinen Nobelpreis zum Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden, die fast vollständig bei der Bombardierung im Februar 1945 zerstört worden war, sowie der neuen Synagoge, die sieben Jahre früher von den Nazis in der »Kristallnacht« bis zum Grund abgebrannt wurde. Seine Beteiligung bei der Wiederherstellung einer Stadt, in der er selbst nie gelebt hatte, war sehr bemerkenswert und bedeutete eine wirksamen Katalyse durch sein hohes Ansehen den Wiederaufbau der Dresdener Altstadt zu fördern. Die Wiederherstellung der Frauenkirche wurde im Jahre 2005 abgeschlossen. Die etwas beschei-

denere Synagoge wurde an der alten Stelle, aber im modernen Stil gebaut. Sein Leben war ein gutes Leben.

Er hatte auch ein sehr interessantes Privatleben. Im Jahr 1978 heiratete er Laura Maioglio, die Leiterin von Barbetta, einem erstklassigen, sehr erfolgreichen, preisgekrönten Restaurant in Manhattans Theaterdistrikt, das ihr Vater vor mehr als einem Jahrhundert gegründet hatte. Dort hat sich Günter Blobel am liebsten aufgehalten. Seine Frau, Laura, überlebt ihn.

FESTVORTRAG

SVANTE PÄÄBO

DIE NEANDERTALER IN UNS
ODER
WIE UNSERE VORGÄNGER IN UNS
WEITERLEBEN

EINE ZUSAMMENFASSUNG

Wie Sie alle wissen, ist unser Erbgut, unser Genom, gespeichert auf Chromosomen in den Zellkernen aller Zellen in unserem Körper. Das Genom besteht aus DNA. Wenn eine Zelle sich teilt, aus der zwei neue Zellen entstehen sollen, werden die beiden Stränge der DNA auseinandergewunden und neue Stränge synthetisiert, mit den alten als Matrizen. Die Information ist in den DNA-Strängen gespeichert in der Abfolge von vier Buchstaben oder Basen, A, T, C und G. Diese Basen werden dann bei der Zellteilung verdoppelt. Gelegentlich entstehen Fehler, und wenn diese nicht schnell genug repariert werden und in der Keimbahn passieren, werden sie weitergegeben in die nächste Generation als Mutationen, die sich dann mit der Zeit im Genom anhäufen. Jedes Kind, das geboren wird, trägt größenordnungsmäßig 50 oder 100 solcher neuen Mutationen. Die Genome zweier menschlicher Individuen unterscheiden sich ungefähr bei jeder tausendsten Base. Zu einem Schimpansen gibt es etwa zehnmal so viele Unterschiede, also einen pro 100 Basen.

Im menschlichen Genom gibt es ungefähr drei Milliarden Basen. Es bestehen also ungefähr drei Millionen Unterschiede zwischen zwei menschlichen Genomen, also z. B. zwischen den Genomen, die man von der Mutter bzw. vom Vater geerbt hat.

Es gibt also eine Menge Information im Genom, anhand deren man die Geschichte des Genoms rekonstruieren kann. Bei der Untersuchung der genetischen Variabilität des Menschen war ein überraschendes Ergebnis, daß die größte genetische Variation in Afrika vorliegt. Die DNA-Sequenzen, die man außerhalb von Afrika findet, sind gewöhnlich mit DNA-Sequenzen aus Afrika ziemlich nah verwandt. Ein Teil der Variationen aus Afrika hat jedoch keine nahen Verwandten außerhalb Afrikas.

Diese Zusammenhänge lassen sich dahingehend interpretieren, daß der moderne Mensch in Afrika entstanden ist, wo sich genetische Variabilität angehäuft hat. Ein Teil dieser Variabilität hat Afrika dann später verlassen und sich im Rest der Welt verbreitet. Mit genetischen Tricks kann man abschätzen, daß dies auf jeden Fall vor weniger als 100.000 Jahren passierte.

Es gab aber davor andere Formen von Menschen, auch in Europa und Asien. In Europa gab es die Neandertaler – eine robuste Menschenform, die vor 400.000 oder 500.000 Jahren im westlichen Eurasien entstand, dort bis vor 40.000 Jahren existierte und im Zusammenhang mit dem Auftauchen des modernen Menschen verschwand.

Es gibt zwei Gründe für das große Interesse an Neandertalern: Erstens ist der Neandertaler der nächste Verwandte aller heute lebenden Menschen. Wenn wir uns als moderne Menschen definieren wollen, dann sind es also die Neandertaler, mit denen wir uns vergleichen sollten. Ein anderer Grund ist die Frage, wie wir moderne Menschen mit den Neandertalern verwandt sind und wie wir miteinander umgegangen sind, wenn wir aufeinanderstießen. Um diesen Fragen nachzugehen, muß man DNA-Sequenzen und Genome von Neandertalern untersuchen.

Das Hauptproblem dabei ist, daß diese Genome mindestens 40.000 Jahre alt sind. Es gibt deshalb technische Probleme zu überwinden. Eines davon ist, daß die alte DNA zum Großteil abgebaut ist und nur

kleine Bruchstücke davon noch vorhanden sind. Sie ist auch chemisch modifiziert und liegt in sehr kleinen Mengen vor – mit einer überwältigenden Mehrheit von DNA von Bakterien und Pilzen, die über Jahrtausende in den Knochen gelebt haben.

Dazu kommt, daß selbst jene winzigen Mengen von moderner menschlicher DNA, die etwa auf Staubpartikeln in der Luft vorkommen, Experimente an alter DNA dominieren können.

Die Methoden, alte DNA zu untersuchen, verbesserten sich stetig in den letzten 30 Jahren, und es wurde schon in den 90er Jahren beinahe Routine, mit zoologischen Sammlungen zu arbeiten, die 100 Jahre alt oder älter sind, mit ausgestorbenen Tieren, auch mit solchen, die vor der letzten Eiszeit ausgestorben sind.

Eine technische Entwicklung, die das Forschungsfeld in den letzten 15 Jahren revolutioniert hat, sind DNA-Sequenzier-Verfahren, die es erlauben, große Mengen an DNA-Molekülen schnell und ökonomisch zu sequenzieren. So kann man große Mengen von DNA-Molekülen, die von alten Knochen extrahiert werden, schnell sequenzieren und Vergleiche mit menschlichen Genomen und anderen Genomen anstellen.

In bezug auf den Neandertaler sind diese Methoden zum ersten Mal bei einem Knochen vom Fundort Vindija in Kroatien zum Tragen gekommen, in einer Kooperation des Max-Planck-Instituts für Evolutionäre Anthropologie mit der Kroatischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Dabei wurde fast eine Milliarde von DNA-Molekülen sequenziert. Mit Hilfe von Computeralgorithmen, die typische Fehler in alten DNA-Sequenzen berücksichtigen, wurden im Jahr 2010 die gefundenen Moleküle zu einer ersten Version des Neandertaler-Genoms zusammengestellt.

Die erste Frage, die wir uns stellten, war: Was passierte, als der moderne Mensch nach Europa kam und den Neandertalern begegnete? Gab es eine Mischung der beiden Gruppen oder nicht? Wenn so eine Mischung stattgefunden hat, dann würde man erwarten, daß Europäer heute mehr genetische Varianten mit Neandertalern gemeinsam haben als Individuen in Afrika, wo Neandertaler nie existiert haben.

In einem ersten, einfachen Test wurden zwei afrikanische Genome verglichen und die Unterschiede gezählt. Dann wurde das Neandertaler-Genom hinzugezogen. Weil es Neandertaler in Afrika nie gab, gibt es keinen Grund anzunehmen, daß ein Afrikaner mehr Übereinstimmung mit dem Neandertaler habe als ein anderer Afrikaner. Dem entsprach auch das Ergebnis – die beiden afrikanischen Genome hatten statistisch gesehen gleich viele Übereinstimmungen und Unterschiede mit dem Genom des Neandertalers. Als wir nun ein europäisches Individuum und ein afrikanisches Individuum verglichen, fanden wir mehr Übereinstimmungen des Neandertalers mit dem europäischen Individuum als mit dem afrikanischen Individuum. Überraschenderweise jedoch hatten auch chinesische Individuen mehr Übereinstimmungen mit Neandertalern als die afrikanischen, obwohl man davon ausgehen würde, daß auch in China nie Neandertaler gelebt haben – auch wenn sich darüber vielleicht noch spekulieren ließe. Aber selbst wenn man das Genom eines Menschen aus Papua-Neuguinea heranzog, wo es sicherlich niemals Neandertaler gab, war die Übereinstimmung mit den Neandertalern größer als bei den Individuen aus Afrika.

Dies führte zu der Hypothese, die sich seitdem zum großen Teil bestätigt hat, daß der moderne Mensch, als er aus Afrika kam, wahrscheinlich den Mittleren Osten passierte, wo auch Neandertaler lebten. Wenn diese Neandertaler sich mit den modernen Menschen vermischt haben und diese modernen Menschen zu den Vorfahren aller Menschen außerhalb Afrikas geworden sind, haben sie einen genetischen Neandertaler-Beitrag mit sich geführt – auch in Teile der Welt, wo es Neandertaler nie gab. Im Endeffekt gehen ungefähr 1-2% des Genoms aller Menschen, deren Wurzeln außerhalb Afrikas liegen, auf Neandertaler zurück.

Heute liegen Genomsequenzen von ungefähr zehn Neandertalern vor. Im Zuge der Rekonstruktion der Geschichte der Neandertaler konnte herausgefunden werden, daß die Neandertaler sehr geringe genetische Variation hatten, etwa drei- bis fünfmal weniger Variation als heutige Individuen in Europa oder in Asien. Dies deutet darauf hin, daß sie in sehr kleinen Populationen gelebt haben, viel-

leicht auch, daß sie Perioden durchlebt haben, in denen sehr wenige Individuen existiert haben. Darüber wird in den nächsten Jahren sicherlich noch mehr herausgefunden werden.

In jüngster Zeit haben wir auch zwei Neandertaler-Genome in sehr hoher Qualität sequenziert, eines aus Kroatien und eines aus Südsibirien. Diese beiden Genome kann man sehr gut mit denen heute lebender Menschen vergleichen. Es zeigt sich dabei, daß viele von uns unterschiedliche Teile des Neandertaler-Genoms in sich tragen. Wenn man beispielsweise in diesem Festsaal von Individuum zu Individuum geht und die Teile des Neandertaler-Genoms zusammenträgt, die wir in uns tragen, dann kommt man auf größenordnungsmäßig 40-50 % des Neandertaler-Genoms, das also immer noch auf zwei Beinen herumläuft.

Aber russische Forscher/innen haben in einer Höhle in Südsibirien, an der Grenze zur Mongolei und zu China, nicht nur Neandertaler-Funde gemacht. Sie haben auch ein winziges Knochenstück gefunden, ein kleines Stück vom letzten Glied des kleinen Fingers eines Mädchens. Das Genom von diesem Knochen wurde in hoher Qualität sequenziert. Wir waren sehr überrascht, als wir dabei herausfanden, daß es sich dabei weder um einen modernen Menschen noch um einen Neandertaler handelte, sondern um ein Individuum, das von einer anderen, bisher unbekanntem ausgestorbenen Menschengruppe stammte. Wenn die tiefste Populationsverzweigung des modernen Menschen etwa 100.000 Jahre alt ist, dann ist die Verzweigung zwischen Neandertalern und der Population, von der dieses Individuum stammte, etwa viermal so alt.

Anhand dieser Genomsequenz wurde also eine neue Menschenform entdeckt. Nach vielen Überlegungen mit den russischen Kollegen einigten wir uns darauf, sie nach ihrer Fundstätte die Denisovaner oder Denisova-Menschen zu nennen. Inzwischen gibt es auch drei Zähne von den Denisovanern und ein sehr kleines Bruchstück von einer Schädeldecke aus dieser Denisova-Höhle.

Vergleiche der Genome haben ergeben, daß die Denisovaner auch zum Genom der heute lebenden Menschen beigetragen haben. In Europa konnte man keinen Beitrag der Denisovaner zum Genom

heute lebender Menschen nachweisen, zu allen Menschen in Asien gibt es aber einen Beitrag, und die Aborigines in Australien und Papua-Neuguinea haben bis zu 5 % ihres Genoms von den Denisovanern, zusätzlich zum Beitrag der Neandertaler.

Sehr interessant ist der genetische Beitrag zu den Denisovanern von einer unbekanntem Gruppe, die sich vor mehr als einer Million Jahren von der menschlichen Linie abgespalten hat. Es ist sehr verlockend zu spekulieren, daß dies der *Homo erectus* in Asien ist, der sich mit den Denisovanern vermischt hat. Das wissen wir aber im Moment noch nicht.

Inzwischen wurden auch direkte Nachweise für diese Mischungen zwischen unterschiedlichen Menschenformen erbracht, insbesondere in einer Fundstätte in Rumänien. In einer Höhle hat man einen Kiefer gefunden, der auf etwa 40.000 Jahre vor unserer Zeit datiert wurde. Es handelt sich um einen Kiefer von einem der frühesten modernen Menschen aus Europa. Im Genom, das aus diesem Kiefer gewonnen wurde, haben wir sieben Bereiche entdeckt, von denen große Stücke der Chromosomen direkt von den Neandertalern stammen. Anhand der Anzahl und Ausdehnung dieser Bereiche können wir abschätzen, daß das Individuum, von dem dieser Kiefer kommt, in seiner Familiengeschichte vier bis sechs Generationen zurückliegend einen Neandertaler-Vorfahren hatte. Wir wissen also, daß es lokale Mischungen an diesem, aber wahrscheinlich auch an anderen Orten gab. Eine Schlußfolgerung ist: Unterschiedliche Populationen und unterschiedliche Menschenformen haben sich immer vermischt, wenn sie einander getroffen haben.

Hat dieser genetische Beitrag von jetzt ausgestorbenen Menschenformen irgendeine Bedeutung für Menschen, die heute leben? Man kann zum Beispiel über das gesamte Genom gehen und Bereiche des Genoms finden, in denen es genetische Beiträge der Neandertaler gibt, die bei Europäern in hoher Frequenz vorkommen. Manche von diesen Bereichen teilen die Europäer mit Menschen in Asien, andere Bereiche sind spezifisch für Asien oder spezifisch für Europa. Was aber versteckt sich hinter diesen Bereichen, die von den Neandertalern stammen und die mit einer hohen Häufigkeit vorkommen?

Eine erste Entdeckung auf diesem Gebiet war eine Genvariante, die mit Hilfe des Neandertaler-Genoms gefunden wurde, die einen Risikofaktor für Diabetes Typ 2 darstellt. Das ist ein Typ von Zuckerkrankheit, der meistens im hohen Alter auftritt. Diese Risikovariante des Gens kommt in Afrika nicht vor, weil sie von den Neandertalern her stammt. Man kann natürlich fragen: Wieso ist etwas, das uns heute Probleme macht, von Neandertalern gekommen, und warum kommt es sogar relativ häufig vor? Dies ist wahrscheinlich ein Beispiel dafür, daß genetische Varianten mit der Umwelt interagieren und deshalb manchmal vorteilhaft, manchmal von Nachteil sein können – abhängig von der Umwelt. So gibt es gute Gründe zu spekulieren, daß genetische Varianten, die heute, wenn wir fast unser ganzes Leben lang zu viel essen, bei uns Diabetes verursachen, Varianten sind, die in der Vergangenheit, wenn man gehungert hat, von Vorteil waren, weil man mit ihnen mehr Energie konservieren konnte. Wahrscheinlich handelt es sich bei der Genvariante also um eine Neandertaler-Adaptation an Hunger.

Haben denn auch die Denisovaner dem modernen Menschen nützliche genetische Beiträge geliefert? Eines der interessantesten Beispiele dafür ist eine Adaptation an das Leben in großen Höhenlagen. In Tibet leben Menschen auf über 3000 Metern Höhe, und die einheimische Bevölkerung ist daran angepaßt. Andere Menschen, die dorthin ziehen, haben oft medizinische Probleme. Man wusste bereits, daß ein Faktor dabei eine Genvariante ist, die beeinflußt, wie viel Sauerstoff man im Blut aufnehmen kann, ohne viele rote Blutkörperchen zu erzeugen. Diese Genvariante ist heute sehr häufig bei der einheimischen Population in Tibet. Eine Forschergruppe in den USA hat jetzt gezeigt, daß diese Variante von den Denisovanern zu den Vorfahren der Menschen in Tibet kam. Mindestens eine Kopie dieser Variante ist heute in fast allen Menschen in Tibet vorhanden.

Das sind nur zwei von vielen Beispielen von Genen, die von Neandertalern und Denisovanern kommen und wahrscheinlich positive Auswirkungen für die modernen Menschen hatten. Andere solche Genvarianten haben mit Immunverteidigung oder mit Haut und Pigmentierung zu tun.

Es kristallisiert sich ein Bild heraus, wonach der moderne Mensch aus Afrika kam und auf diese frühen Menschenformen traf, die über Hunderttausende von Jahren in Eurasien gelebt hatten und an die dortigen Umweltbedingungen angepaßt waren. Man hat sich dabei miteinander gemischt, und der moderne Mensch hat genetische Varianten von den Neandertalern und den Denisovanern aufgenommen. Manche davon waren vorteilhaft und sind in der Folge häufiger geworden. Allerdings sind die meisten heute bekannten Varianten von Neandertalern mit Krankheiten assoziiert und scheinen deshalb nicht vorteilhaft gewesen zu sein, zum Beispiel mit Hyperkoagulation, Nierenproblemen, vielen Hautkrankheiten, aber auch z. B. Depression.

Ebenso interessant ist jedoch die Frage, was wir von den Neandertalern *nicht* aufgenommen haben. Man kann das gesamte menschliche Genom dahingehend untersuchen, was von den Neandertalern übernommen wurde. Man findet dann Bereiche, wo man statistisch gesehen erwarten würde, daß wir dort etwas vom Neandertaler übernommen haben, aber wo man bei keinem oder fast keinem Menschen heute Neandertalbeiträge findet. Interessant ist dies deshalb, weil diese Bereiche die genetische Grundlage für Funktionen beinhalten könnten, die den modernen Menschen einzigartig machen: genetische Veränderungen, die stattgefunden haben, seit die Menschen sich von den Neandertalern getrennt haben, und die heute in allen Menschen vorhanden sind.

Denn der moderne Mensch ist meines Erachtens in mancherlei Hinsicht einzigartig im Vergleich zu Neandertalern und anderen ausgestorbenen Menschenformen. Mit dem modernen Menschen kommt Technik, die sich seit 70.000 bis 80.000 Jahren sehr schnell verändert, aber auch z. B. abbildende Kunst. Der moderne Mensch ist auch die erste Menschenform, die sich über die ganze Erde verbreitet hat. Es scheint plausibel, daß eine biologische Voraussetzung für diese kulturellen Errungenschaften erst mit dem modernen Menschen entstanden ist. Mit Hilfe des Neandertalergenoms kann man nun einen Katalog aller genetischen Veränderungen erstellen, die bei allen heutigen Menschen vorhanden sind, aber bei den Ne-

andertalern nicht vorhanden waren. Diese Liste ist nicht besonders lang. Insgesamt umfaßt sie etwa 30.000 genetische Veränderungen in jenen Teilen des Genoms, die wir mit den Genomen des Neandertalers vergleichen können. Diese Veränderungen betreffen zum Beispiel Aminosäuren in nur etwa 100 Proteinen.

Welche davon wichtig sein könnten, weiß man noch nicht. Tendenziell würden wir denken, daß sie etwas mit Gehirnentwicklung oder Gehirnfunktion zu tun haben müßten, weil wir meinen, daß das, was am modernen Menschen einzigartig ist, mit Kognition zu tun hat. Im Moment stehen besonders Gene für einige Enzyme, die im Gehirn aktiv sind, im Zentrum unseres Interesses, ebenso wie einige Gene, die bei der Zellteilung – besonders der Teilung von Stammzellen im Gehirn – aktiv sind. Zurzeit laufen Versuche, die modernen menschlichen Veränderungen bei Mäusen einzuführen, um dann die Entwicklung der Mäuse zu studieren. Auch werden neandertalerähnliche Veränderungen in menschliche Stammzellen eingefügt, um daraus Nervenzellen oder Gehirn-Organoiden zu erzeugen – kleine Strukturen, die frühen Stadien von sich entwickelnden Gehirnen ähneln. Vielleicht können so eines Tages einige der Eigenschaften erklärt werden, die die einzigartige Geschichte des modernen Menschen ermöglicht haben.

Svante Pääbo dankt den vielen Paläontolog/inn/en und Archäolog/inn/en, die seine Arbeit ermöglicht haben. Stellvertretend für die vielen jetzigen und früheren Mitarbeiter/innen seiner Arbeitsgruppe dankt er Matthias Meyer, Janet Kelso und Kay Prüfer sowie der Max-Planck-Gesellschaft für hervorragende Unterstützung und Arbeitsbedingungen.

Diese Zusammenfassung ist in Anlehnung an eine Zusammenfassung eines ähnlichen Vortrags bei der Feierlichen Sitzung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im Mai 2018 entstanden.

AUFNAHME NEUER MITGLIEDER
LAUDATIONES UND DANKESWORTE

Aushändigung des Ordenszeichens durch die Ordenskanzlerin

CHRISTIANE NÜSSLEIN-VOLHARD an

REBECCA HORN (IN ABWESENHEIT), JÜRGEN OSTERHAMMEL,
KARL SCHLÖGEL und EMMANUELLE CHARPENTIER

bei der Öffentlichen Sitzung im Großen Saal des Konzerthauses,
Berlin, am 3. Juni 2018

BERNARD ANDREAE sprach die Laudatio auf REBECCA HORN

Napoli non è un'altra città, é un altro pianeta. Neapel ist keine andere Stadt, es ist ein anderer Planet. Das hat auch Rebecca Horn so gesehen, als sie 2002 ihr berühmtes Kunstwerk hier in Neapel, auf dem größten Platz, der halbrunden Piazza del Plebiscito beim Schloß plazierte: Gli spiriti di madreperla, zu deutsch: Die Perlmuttergeister.

Kleine blaue Lichtringe,
Heiligenscheine der Sterne
steigen empor aus dem Nebel des Flusses,
aus der Erde unterm Schnee,
winden sich um die Säulen der Kirche,
tanzen um die nächtliche Piazza.

Rebecca Horn

Spiriti di Madreperla, Neapel, 77 schwebende Neonringe sowie 333 in den Boden eingelassene Totenschädel, Capuzelle genannt



Einhorn, 1970



Die sanfte Gefangene,
1978

Auferstehende brechen durchs Pflaster, Seelen entschweben. Anregung dazu gab in Neapel der Friedhof der 300.000 Pesttoten des 17. Jahrhunderts, deren Schädel dort an den Wänden gestapelt sind. Rebecca Horn ließ sie in Eisen kopieren und in das Plattenpflaster einfügen.

Der Zwilling des
Raben, 1997

L'estel ferit,
Barcelona, 1992

Schildkrötenseufzerbaum, 1994

Ihren neuen künstlerischen Raum will sie als Kräftefeld erfahrbar machen.

Rebecca Horn hat ein Corpus von Gedichten geschaffen. Diese poetischen Werke bereiten oft ihr skulpturales Werk vor. Joachim Sartorius erklärt dazu: »Eine große Künstlerin vergewissert sich als große Dichterin.«

Wie man sieht, gibt Rebecca Horn ihren Kunstwerken poetische Namen. Dadurch deutet sie eine eigene, neue Erfahrung von Raum und Zeit an. Sie sagt: »Einstieg sind die Worte.« Die Benennung ihrer Kunstwerke ist Teil derselben. So schafft eine Dichterin Kunst. Ein Turm am Strand von Barcelona heißt *L'estel ferit*, katalanisch für: der verwundete Stern. Dieses geheimnisvolle Kunstwerk war es, das mich vor zwölf Jahren zum ersten Mal an die Schöpferkraft von Rebecca Horn tasten ließ. Es wird durch die scheinbare Bewegung der gegeneinander verschobenen Stockwerke mit ihren acht Fensterscheiben zu einem Kunstwerk.

Umschlungen in unendlicher Liebe, 2017

Zu dieser Kunst drängt es Rebecca Horn nach ihren eigenen Worten, weil sie visualisieren möchte, was sie berührt.

In der Eingangshalle des Bundesrats in Berlin wollte Rebecca Horn eine Öffnung und Beweglichkeit des Raumes darstellen, wie sie diesem deutschen Verfassungsorgan zukommt. In den drei lichtdurchfluteten Kuppeln läßt sie jeweils drei nach unten weisende goldene Stäbe kreisen, durch die das Licht nach unten dringt. Dort ist ein Spiegel in den Boden eingelassen. Der Eintretende blickt hinein und glaubt nach unten zu stürzen, wird aber im gleichen Augenblick durch die Spiegelwirkung nach oben gehoben, ein faszinierendes Bewegungssystem. Sie heben und zugleich sich drehen, wie die drei Grazien, die sich in der Gruppe von vorn und vom Rücken zeigen. Der poetische Name »Drei Grazien«, den Rebecca Horn dem Kunstwerk gegeben hat, läßt etwas erklingen, das dem Anblick innewohnt. Hier steht ein kupferner Baum mit anstelle von Ästen vielfach verbogenen Leitungen, die in Trichtern auslaufen. Aus diesen flüstern seufzende Stimmen in verschiedenen Sprachen. Der Baum schüttelt sich und verstummt, um alsbald von neuem zu beginnen. Wie sollte

man dieses anschauliche Klagegeflüster treffender und zugleich irritierender benennen denn als »Schildkrötenseufzerbaum«?

Die elegischen Drehformen der drei mit verschiedener Geschwindigkeit umeinander kreisenden Messingringe, die nie zur Berührung kommen, ist ein Meisterwerk des einfühlsamen Widerspruchs, scheinbar einfach, in Wahrheit komplex. Die zeitkritische Phantasie der Künstlerin ist unerschöpflich, mächtig, überwältigend.

Wenn man erfährt, daß Rebecca Horn in der ganzen Welt zu Ausstellungen eingeladen wird, dann entsinnt man sich ihres Kindermädchens aus Bukarest, von dem sie sagt: »Ich hatte eine rumänische Gouvernante, die mich zeichnen lehrte. Ich mußte nicht auf Deutsch, Französisch oder Englisch zeichnen. Ich brauchte bloß zu zeichnen.«

Ein letztes Wort zu ihrer verblüffenden Antwort, als man sie über Freiheit befragte. Rebecca Horn sagte: »Distanz zum Computer«. In der Tat verwendet sie ihn nicht, schreibt keine E-Mails, benutzt das Mobiltelefon ungern und höchst selten, sendet keine SMS. Die Energie kommt aus ihr selbst.

Rebecca Horn ist eine weltberühmte Autorin, die erste kinetische Werke in großem Stil schaffende Künstlerin, die in den Orden *Pour le mérite* gewählt wurde. Wir sind dankbar, daß sie den Orden angenommen hat, wenn sie auch aus unabweisbaren Gründen nicht in der Lage ist, das Ordenszeichen hier persönlich entgegenzunehmen.

HERMANN PARZINGER sprach die Laudatio auf JÜRGEN OSTERHAMMEL

Jürgen Osterhammel ist ein Historiker, sein Spezialgebiet ist die Welt. Er gehört zu den international bekanntesten Vertretern einer neuen Form von Geschichtsbetrachtung, die die neuzeitliche Globalisierung in all ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten in den Blick nimmt. Den Neuzeithistorikern hat er dadurch den Weg zur Universalgeschichte gewiesen.

Wie kam es dazu? Schon während des Studiums der Geschichte, Poli-

tikwissenschaft und Germanistik in Marburg, Hamburg, Kassel und London erlernte er Hochchinesisch. Am Deutschen Historischen Institut in London schrieb er seine Dissertation zum britischen Imperialismus im Fernen Osten. Nach der Habilitation in Neuerer und Neuester Geschichte in Freiburg lehrte Osterhammel von 1990 bis 1997 Außereuropäische Geschichte an der Fernuniversität Hagen. Nach zwei Jahren in Genf war er von 1999 bis 2018 Professor in Konstanz.

Sein Weg zum Globalhistoriker erzählt sich in seinen Büchern, die Fachkollegen und neugierige Weltbürger gleichermaßen in ihren Bann ziehen: »Britischer Imperialismus im Fernen Osten« (seine Dissertation) 1983; »China und die Weltgesellschaft« 1989; »Kolonialismus, Geschichte – Formen – Folgen« 1995; »Die Entzauberung Asiens, Europa und die asiatischen Reiche im 18. Jahrhundert« 1998; »Geschichte der Globalisierung, Dimensionen – Prozesse – Epochen« (zusammen mit Niels P. Petersson) 2003.

Jürgen Osterhammels vielleicht wichtigstes Werk erschien 2009: »Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts«, ein Opus magnum auf 1300 eng bedruckten Seiten, ein »materialreiches Interpretationsangebot«, wie der Verfasser bescheiden selbst darüber urteilt. Es ist eine faszinierende Gesamtdarstellung jener weltumspannenden Prozesse, Kräfte und Zusammenhänge, die im langen, nämlich von 1770 bis 1918 andauernden 19. Jahrhundert wirkten: analytisch scharf, intellektuell anregend, über Spezialforschung längst hinausgewachsen. Osterhammel hatte den Mut gefaßt, das Unmögliche zu wagen, und er setzte damit Maßstäbe. Selten sind Sozial-, Kultur-, Politik-, Wirtschafts- und Umweltgeschichte so gekonnt miteinander verflochten und lassen dadurch ein neues, komplexes Bild entstehen vom Verhältnis von Mensch und Natur und von der Bedeutung von Macht und Raum, Imperien und Nationalstaaten.

Die großen Nationalgeschichten zur jüngeren Neuzeit Deutschlands beginnen immer mit einem großen, bedeutungsvollen Anfang: Bei Thomas Nipperdey ist es Napoleon oder Bismarck, bei Hans-Ulrich Wehler das Fehlen einer Revolution, bei Heinrich August Winkler das Reich oder bei Christopher Clark die Mark Brandenburg. Nicht so Jürgen Osterhammel: Der Eröffnungspaukenschlag seines Werkes ist der Tod von Charles Darwins Schildkröte Harriet 2006 in Australien. Osterhammel sagte einmal, er wolle mit seinen Schriften »Bilder evozieren, Atmosphäre erzeugen«. Mit Schildkröte Harriet ist das gelungen, denn sie vereinigt alle zentralen Hauptthemen des 19. Jahrhunderts in sich: die Archivierungsleidenschaft jener Zeit (ohne die wir gar nicht wüßten, wer Harriet war), die gewachsene Mobilität von Forschern, Sträflingen, Arbeitern und Unternehmern und das systematische, ja teils manische Sammeln von Tieren, Pflanzen, Kunstwerken selbst aus entlegensten Teilen der Welt. Mit Hilfe von Harriet läßt sich sehr gut aufzeigen, wie die weltumspannenden Imperien und Netzwerke des 19. Jahrhunderts entstanden sind, die von Galapagos bis Australien reichten.

Warum ist Globalgeschichte wichtig? Weil sie den Blick dafür öffnet, daß Weltgeschichte – und nicht erst seit heute – auch außerhalb Europas spielte. Dabei ist Globalisierung natürlich keine Errungenschaft des 21. Jahrhunderts, sondern Osterhammel führt überzeugend aus, daß sie bedeutend früher begann. Zu Beginn der Frühen Neuzeit ab 1500 gelangte Silber aus Südamerika nach Europa, dort wurden daraus Münzen geprägt, die man bis Asien verhandelt hatte. Ein spanischer oder französischer Edelmann wußte somit nicht, wo eine Münze, die er in der Hand hielt, schon überall gewesen war. Spätestens seit dem 18. Jahrhundert dachte man global; zwar konnte man den Globus noch nicht seine Bahnen ziehen sehen, aber man wußte, daß er es tut. Erst mit der Telegrafie und dem Transatlantikkabel 1866, also mit den Errungenschaften der technischen Globalisierung, wurde den Menschen Vernetzung dann auch wirklich bewußt und erlebbar.

Was das bisherige Lebenswerk Jürgen Osterhammels ausmacht, ist die Tatsache, daß er eine große Forschungsleistung mit einer beeindruckenden Darstellung zu verbinden vermag. Für seinen herausragenden Sprach- und Erzählstil erhielt er 2014 zu Recht den Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung. Osterhammel selbst sagte einmal, er gehöre einer Historikergeneration an, der gesagt wurde, Historiker haben nicht zu erzählen, sondern wissenschaftlich zu schreiben. Davon hat er sich gekonnt befreit. »Das Element des Erzählens muß eingebaut werden in die allgemeine Struktur des Argumentierens« (Osterhammel). Und Osterhammel beherrscht alle Kniffe des Erzählens meisterhaft. Er nennt es »aufklärendes Erzählen«: Durch welche Geschichte veranschauliche ich Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur am überzeugendsten?

Jemand, der so gekonnt unsere heutige Welt in ihrer ganzen Verflochtenheit aus der Vergangenheit heraus zu erklären vermag, sollte regelmäßiger Gast auf den Talkshow-Sofas dieser Republik sein. Nicht so Jürgen Osterhammel. Er erinnert bisweilen an den von Max Weber gut beschriebenen Gelehrtentypus des 19. Jahrhunderts: »ein durchaus politischer Mensch, der aber zwischen Wissenschaft und Politik strikt zu trennen weiß, unabhängig ist«. Osterhammel scheut das Rampenlicht, er liebt es nicht sonderlich, öffentlich die Welt zu erklären, und vielleicht ist er gerade dadurch der beste Welterklärer; der Erfolg seiner Bücher bestätigt es. Hinzu kommt eine ungemein sympathische Bescheidenheit, bei berühmten Historikern nicht immer alltäglich. Wird Osterhammel ob seiner Leistungen gelobt, so soll er gerne antworten, daß ihm das doch nur möglich sei, weil überall auf der Welt kluge Leute kluge Bücher schreiben, die zu lesen er das Privileg habe.

Lassen Sie mich enden mit Osterhammel, dem Worterfinder. In der Tat kreierte er gerne neue Begriffe: Aus »Erinnerungsorten« werden bei ihm »Erinnerungshorte«, nur durch Einfügen eines kleinen »h« entsteht etwas fundamental anderes. Erinnerungshorte

sind Archive, Bibliotheken und Museen. In ihnen drückt sich das Bedürfnis der Gesellschaft aus, ihre Vergangenheit und ihre Kultur (und die anderer) zu kennen. Osterhammel schrieb einmal: »Erinnerungshorte – also Archive, Bibliotheken und Museen – bewahren die Vergangenheit im Aggregatzustand der Möglichkeiten auf.« Und ergänzte sogleich: »Nur gehortet, also ungelesen und unangeschaut, bleibt die kulturelle Vergangenheit tot; allein im Akt des Nachvollzugs wird sie lebendig.« Genau das ist der Job des Historikers. Ich darf hinzufügen: und des Museumsmanns, des »Erinnerungshortenden«.

In einem Interview hat er einmal gesagt, daß heute niemand mehr eine autonome Nationalgeschichte vertrete. Der Journalist entgegnete ihm daraufhin, Globalgeschichten in Buchform gebe es bereits, aber unsere Museen seien ja immer noch Nationalmuseen, es gebe kein Museum der Menschheitsgeschichte. Osterhammel gab ihm recht und meinte, das wäre ein konsequenter weiterer Schritt zur Aufklärung über unsere gemeinsame Geschichte. Aber wo sollte es stehen?

Lieber Herr Osterhammel, lassen Sie uns bald einmal zusammen ins Humboldt Forum gehen. Aber jetzt erst einmal herzlich willkommen im Orden Pour le mérite!

JÜRGEN OSTERHAMMEL dankte mit folgenden Worten

Herr Bundespräsident,
Frau Kanzlerin des Ordens Pour le mérite,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Oft frühstücke ich mit Alexander von Humboldt. Er schaut mich direkt an, aus dem Bücherregal gegenüber, vom breiten Umschlagrücken einer Neuausgabe seines Werkes über Zentralasien. Er blickt auf mich, so wie Joseph Stieler ihn 1843 gemalt hat, als frisch berufenen Kanzler des Ordens Pour le mérite, mit vierundsiebzig

Jahren von erschreckend altersloser Frische. Seit etwa einem Jahrzehnt habe ich ihn nun schon vis-à-vis, und seitdem fragt er mit kühl-skeptischem Ausdruck, ob ich mit dem beginnenden Tag etwas Sinnvolles zu machen gedächte.

Plötzlich ist alles anders. Er ist mein Ur-Kanzler geworden. Und die Frage, die er aus der nahen Tiefe des Jahres 1843 heraus stellt, ist eine ganz neue: Inwiefern bist du würdig? Und was willst du tun, um es zu bleiben?

Humboldts Geduld und die eigene Schicksalsergebenheit gestatten es, eine Antwort aufzuschieben. Die Mitgliedschaft im *Pour le mérite* wird weder per Los noch nach dem Hirsch-Index vergeben, weder zufällig noch streng objektiviert, sondern in einer Sphäre verdichteter Willensbildung, vor deren Ratschlüssen der Betroffene zunächst in Fassungslosigkeit erstarrt. Mit der Zeit weicht das Erschrecken einem Dank von nachhaltiger Inbrunst, einem Dank, den ich hiermit dem Ordenskapitel herzlich abstatte. Ganz besonders danke ich meinem heutigen Laudator Hermann Parzinger.

Es ist eine bewährte Dankfigur, sich selbst in Genealogien eines Faches einzuordnen. Doch solche Traditionslinien sind brüchige Konstrukte. Wer mit einer Richtung identifiziert ist, der Globalgeschichte, die man unter diesem Namen erst seit kurzem kennt, der hat nicht das Gefühl, in einer durch Tradition beglaubigten Fachidentität geborgen zu sein. Und überhaupt steht man oft nicht sehr stabil auf den Schultern von Riesen, umflattert und umkreist die Monumente eher, kolibriartig oder drohnenhaft.

Das gilt auch für den hypermonumentalen Humboldt. Dennoch kann er weiterhelfen. Der *Naturwissenschaftler* Humboldt hat zu Beginn des 19. Jahrhunderts in zwei Werken von großer analytischer Präzision und moralischer Wucht den spanischen Kolonialismus in Mexiko und die Sklaverei auf Kuba nach allen Regeln staatswissenschaftlicher Kunst seziert. Mehr als ein halbes Jahrhundert später begann Leopold von Ranke, der Ordenskanzler der Jahre 1867 bis 1886, mit dem Diktat einer unendlich langen und über weite Strecken zähen »Weltgeschichte«, von der es im Verzeichnis der Mitglieder des Ordens 1975 feinsinnig heißt, sie sei »vom abendländischen

Standpunkt« geschrieben. Nichts an *Humboldt* ist »abendländisch«. Kein Zweifel, wer – bei allem Respekt vor dem großen Ranke – uns heute näher steht.

Humboldt hat den Zivilorden von Anfang an auf Kosmopolitismus verpflichtet. Daß Ausländer aufgenommen wurden, war zwar friderizianisches Erbe, doch mußte sich Friedrich Wilhelm IV. keineswegs daran gebunden fühlen. Die Académie française zum Beispiel machte es anders. Die Mitglieder von Humboldts *dream team* des Jahres 1842 kamen aus allen Ecken Europas: von Neapel über Stockholm bis St. Petersburg.

Citoyens du monde waren viele von ihnen, ganz besonders die Musiker, Franz Liszt zum Beispiel, damals gerade einunddreißig und ein manisch per Kutsche und Schiff durch den Kontinent Hastender, der zwischen Sevilla, Glasgow, Moskau und Konstantinopel überall konzertierte. Die entstehende Orientalistik und die vergleichende Sprachwissenschaft – ihrem Wesen nach kosmopolitisch – waren prominent vertreten: Franz Bopp, Friedrich Rückert, August Wilhelm Schlegel.

Kein Historiker war unter den Erwählten von 1842. Aber Vorsicht! Humboldts Freund Carl Ritter war ein Ordensmitglied der ersten Stunde, und wenn man in seinen siebzehn dicken Bänden über Asien ein wenig liest, merkt man, daß er ein *historischer* Geograph war, der alles zusammentrug und synthetisierte, was er über die Geschichte der asiatischen Länder finden konnte. Damals war es seine Art von *Geographie*, in der ein Keim von Globalgeschichte steckte, nicht in den Werken deutscher Welthistoriker.

Als 1849 der erste Historiker berufen wurde, blieb Humboldt sich treu. François Guizot, der französische Politiker, war durch eine auch heute noch lesbare Geschichte der Zivilisation in Europa bekannt. Thomas Babington Macaulay, der 1853 folgte, schrieb als halber Schotte englische Geschichte im europäischen Zusammenhang. Vor allem war 1850, fünf Jahre *vor* dem deutschen Historikerstar Ranke, ein Kollege aufgenommen worden, der ihm ebenbürtig war und dennoch heute viel weniger bekannt ist, weil er sich nicht mit Preußen oder Frankreich beschäftigte, sondern mit dem Osmanischen Reich: Joseph von Hammer-Purgstall aus Wien.

Unter Humboldt war der Orden so weltläufig, wie er es heute wieder ist und künftig vielleicht noch stärker werden könnte.

Im Jahre 2018 ist es unter Künstlern und Wissenschaftlerinnen schlichtweg eine Normalität, in Haltung wie Lebensstil kosmopolitisch zu sein. Das kann in trügerische Sicherheit wiegen. Mit der Veralltäglichsung von Weltbürgerlichkeit in mobilen Elitemilieus schwindet der Sinn für ihre Gefährdung.

Alexander von Humboldt gehörte, wie auch Immanuel Kant, zu den realistischen, nicht zu den schwärmerischen Kosmopoliten. Realismus soll hier heißen: die Fähigkeit einzusehen, daß die Menschheit nicht auf dem Weg ist, *nur* aus gleichgesinnten Weltbürgern zu bestehen. Die Welt wird nicht von Tag zu Tag flacher, transparenter, gerechter und friedlicher. Als Historiker ist man nicht unbedingt klüger und prognosesicherer als andere, aber eher auf Schlimmes gefaßt.

Das soll keine Drohung sein, im Kreise der Mitglieder schlechte Laune zu verbreiten. Die Probleme sind ja allen klar – in den Künsten, den Wissenschaften und der Politik. Ihr tieferes Verständnis freilich ist schwer erreicht. Da zeigt sich eine andere ordensinterne Kontinuitätslinie als die eigene disziplinäre Ahnenreihe: die der großen Diagnostiker ihrer Zeit – vom Philosophen Karl Jaspers bis zum Zeichendeuter Umberto Eco, von den philosophisch gestimmten Sozialwissenschaftlern Raymond Aron und Ralf Dahrendorf bis zum niemals antiquarischen Historiker Fritz Stern. Ihrem Anspruch auch nur minimal gerecht zu werden ist eine größere Herausforderung, als es den Fachkollegen aus der eigenen »Zunft« recht zu machen.

MICHAEL STOLLEIS sprach die Laudatio auf KARL SCHLÖGEL

»Schlögels Werk ist große Geschichtsschreibung und Literatur«, so sein Laudator Martin Schulze-Wessel 2016 bei der Verleihung des Preises des Historischen Kollegs in München. In der Tat verbindet Schlögel eine präzise, methodisch ganz neuartige Geschichtsschreibung mit außerordentlichem Feingefühl für die deutsche Sprache.

Sein Gegenstand ist die Geschichte Osteuropas, insbesondere Rußlands und der Ukraine im 20. Jahrhundert. 1948 im Allgäu geboren, lernte schon der Gymnasiast Schlögel Russisch, um dann 1969-1981 osteuropäische Geschichte, Philosophie, Soziologie und Slawistik zu studieren. Als freier Autor und Übersetzer setzte er sich mit dem Marxismus sowjetischer Prägung auseinander, reiste ständig durch russische und ukrainische Städte und Landschaften und erwarb sich auf diese Weise unvergleichliche Kenntnisse der Lebenswelt vom Zarenreich über die Sowjetunion bis heute. Seine Bücher mit den schönen Titeln »Moskau lesen«, »Das Wunder von Nishnij«, »Die Mitte liegt ostwärts«, »Petersburg. Das Laboratorium der Moderne«, »Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik«, »Terror und Traum« (Moskau 1937) oder »Ukrainische Lektionen« sind keine herkömmlichen Reise- oder Geschichtsbücher, sondern verbinden in kunstvoller Sprache Anschauung, Reflexion und Erinnerung.¹ Schlögel beschreibt die Menschen in ihren Häusern und Landschaften, ihr Leben und Überleben, aber auch die Orte des Schreckens, Schlachtfelder, Massengräber und den Archipel Gulag. In seinem neuesten Werk, einem wirklichen Opus magnum von 900 Seiten, mit dem Titel »Das Sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt« von 2017, zieht er eine Summe seiner und seiner Frau Sonja Margolina Reise- und Leseerfahrungen. In einem kapitelweise entfalteten Bilderbogen werden wir nicht an den Haupt- und Staatsaktionen entlanggeführt, sondern wir sehen aufs Genaueste die Moskauer Wohnküche, diesen Ort der endlosen Debatten, wir erleben die Feiertage und Feste, lernen etwas über die russische Körperkultur und die athletische Selbstdarstellung im Sport, über die Mode und das Parfum Marke »Rotes Moskau«. Wir spüren die Kälte und ahnen, was es hieß, im sibirischen Lager den Kältetod zu sterben. Schlögel zeigt uns, wie es den Menschen in den Warteschlangen zumute war, wir benutzen mit ihm die legendären Eisenbahnen, er erklärt uns den offiziellen Atheismus und das untergründige Fortleben der orthodoxen Kirche. Am Ende landen wir im Lenin-Mausoleum. Schlögel verbindet mit seinem »Narrativ der Gleichzeitigkeit«

in diesem geographisch-politischen Riesenraum das Kleine und das Große, das Verlogene und das Wahrhaftige, die immer wieder aufflackernden Hoffnungen und die Enttäuschungen, die weiten Landschaften, die Schlachtfelder und das Grauen vor den Millionen in ihr verborgenen Gebeinen. Dies alles wird nicht enzyklopädisch addiert, sondern aufs genaueste methodisch reflektiert und mit erzählerischer Kraft evoziert. Seine Erzählhaltung ist die einer »kreativen Melancholie«, einer Empathie mit den Opfern des sowjetischen 20. Jahrhunderts, aber auch einer Liebe zu den Menschen dieses Osteuropa, dem Schlögel sein Leben als soziologisch beobachtender Historiker, als Reisender und Wanderer bis heute gewidmet hat. Karl Schlögel war Professor in Konstanz (1990-1994) und Frankfurt/Oder (1995-2013). Er hat nicht nur die genannten Bücher geschrieben, sondern auch zahlreiche Essays, er hat sehr viel übersetzt und herausgegeben. Forschungsaufenthalte und Fellowships kennzeichnen seinen wissenschaftlichen Weg. Schlögel wurde für sein Werk mit einer langen Reihe von Preisen ausgezeichnet, ein Ausdruck öffentlicher Hochachtung für einen politisch reflektierten, kritischen Historiker und einen Autor, der nun auch Mitglied der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung ist und 2018 den Preis der Leipziger Buchmesse bekommen hat. Das Wichtigste aber zuletzt: Er ist nun Mitglied des *Pour le mérite*, und wir sind glücklich darüber, diesen sensiblen und klugen Wanderer zwischen Ost und West an uns gebunden zu haben.

Anmerkung

- 1 Moskau lesen, 1984, Neuausgabe 2011; Das Wunder von Nishnij, 1991; Berlin Ostbahnhof Europas, 1998; Die Mitte liegt ostwärts, 2002; Petersburg. Das Laboratorium der Moderne 1909-1921, 2002; Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik, 2003; Terror und Traum. Moskau 1937, 2008; Grenzland Europa, 2013; Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen, 2015.

KARL SCHLÖGEL dankte mit folgenden Worten

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Frau Ordenskanzlerin,
lieber und sehr verehrter Michael Stolleis,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

dies ist, ich gestehe es, in meinem Leben und im Leben meiner Familie ein bedeutender Tag. Es war in meinem Leben nicht vorgesehen, irgendwann einmal in den Orden aufgenommen zu werden, der im Jahre 1842 vom preussischen König Friedrich Wilhelm IV. und dem großen Alexander von Humboldt begründet worden ist. Es erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit, daß mir diese hohe Auszeichnung zuteil wird für eine Arbeit, die ja nur getan sein wollte, an Stoffen, die danach riefen, bewältigt zu werden. Der Lebensrythmus, der sich daraus ergibt, ist geprägt von langen Recherchen, unverhofften Entdeckungen, der dead-line für Manuskripte und der Erregung, sobald dein Buch dann »draußen« ist, – festliche Akte wie der heute im Berliner Schauspielhaus sind einsame Höhepunkte.

Ich bin den Mitgliedern des Ordens dankbar, die mich in ihren Kreis aufgenommen haben und die ich bereits auf der Herbsttagung im letzten Jahr in Bremen kennenlernen durfte. Ich verschweige aber auch nicht, daß es bei Auszeichnungen wie dieser, die einen über die Generationen hinweg mit überlebensgroßen Vorbildern in Kontakt bringen, nicht ohne einen Anflug von Befangenheit abgeht.

Gewiß, es ist die Auszeichnung für ein Werk, das soeben von Michael Stolleis so einfühlsam charakterisiert worden ist, für eine Arbeit, auf deren Anerkennung man ja nicht von vornherein rechnen konnte. Der Orden hat jemanden ausgezeichnet, der in vieler Hinsicht Glück gehabt hat und der die Chance gehabt hat, die anderen vor ihm durch die historischen und politischen Zeitläufte verwehrt worden ist. Ich gehöre zu den Glücklichen, die zwar noch im Schatten des Krieges, den Hitler-Deutschland über die Welt gebracht hat, aufgewachsen ist, aber doch schon sein ganzes Leben in einer langen mehr oder weniger geordneten Zeit des Friedens verbracht hat, die sich nach dem,

was im 20. Jahrhundert geschehen ist, nicht von selbst verstand. Ich gehöre einer Generation an, wenn das nicht zu pathetisch klingt, die zwei große glückliche Erfahrungen hat machen dürfen. Wir sind – wesentlich ohne eigenes Verdienst – Augenzeugen und Zeitgenossen zweier großer Umbrüche geworden. Der eine war alles, was etwas diffus mit »1968« gemeint ist, der andere die Epochenzäsur des Jahres 1989. Und ich meine das doppelte 1968: nicht nur den Pariser Mai, sondern auch Warschau im März, nicht nur Free Speech Movement in Berkeley, sondern auch die Dissidenten in Moskau, nicht nur Berlin, sondern auch Prager Frühling und die Panzer, die ihn niederwalzten. 1989, im *annus mirabilis*, ging unter unseren Augen die Epoche diktatorischer Gewalt und Fremdherrschaft im östlichen Europa zu Ende – in den meisten Fällen auf glückliche Art. Zeitgenossenschaft schult den Sinn und die Urteilskraft auch für Vergangenheiten, für deren Bearbeitung und Vergegenwärtigung Historiker nicht allein, aber in besonderer Weise zuständig sind. Den Erfahrungsschüben der historischen Augenblicke folgen oft Phasen der Enttäuschung, der Desillusionierung, eine Form der Selbstaufklärung also, die uns auch über die Offenheit aller Geschichte belehrt. Das kommt einem jetzt, wo die alte Weltordnung aus den Fugen ist, auf schockierende Weise zu Bewußtsein.

Es gibt im Leben des großen Alexander von Humboldt unendlich vieles, was einen fassungslos macht: seine nie versiegende Neugier, die schier unerschöpfliche Leistungskraft dessen, der als »Extrembergsteiger« unter Lebensgefahr den Chimborazo bestieg, ohne dabei die Messungen zu vergessen, oder der im Alter von 60 Jahren in neun Monaten Tausende von Kilometern auf dem Weg von Berlin an die russisch-chinesische Grenze zurückgelegt hat. Aber eines hat mich immer ganz besonders bewegt: die Beschreibung jenes Augenblicks, in dem er mit seinem Gefährten Aimé Bonpland im Jahre 1799 die Korvette Pizarro bestieg, um die Neue Welt ein zweites Mal zu entdecken und neu zu vermessen:

»Der Augenblick, wo man zum ersten Mal von Europa scheidet, hat etwas Ergreifendes ... Es gleicht keiner der Empfindungen, die uns von früher Jugend auf bewegt haben. Getrennt von den Wesen, an denen

unser Herz hängt, im Begriff, gleichsam den Schritt in ein neues Leben zu tun, ziehen wir uns unwillkürlich in uns selbst zusammen, und über uns kommt ein Gefühl des Alleinseins, wie wir es nie empfunden.« Es kommt dann zu jenem Moment von Erschütterung, der durch kein Leseerlebnis zu ersetzen ist, ein Hintersichlassen des Vertrauten, des Sicheinlassens auf das, was kommen wird, ohne Garantie auf einen glücklichen Ausgang – mit allen damit verbundenen Risiken. »Hinaus auf Humboldts Schiff!« möchte ich mir selbst und uns zurufen. Ich danke dem Orden Pour le mérite und mache mich bereit zur Fortsetzung der Abenteuer, die bei Reisen ins Unbekannte nicht ausbleiben werden.

ERWIN NEHER sprach die Laudatio auf EMMANUELLE CHARPENTIER

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Frau Ordenskanzlerin,
liebe Mitglieder des Ordens und Gäste,

die Satzung unseres Ordens sagt, daß nur Frauen und Männer Mitglieder des Ordens werden können, die durch weit verbreitete Anerkennung ihrer Verdienste in der Wissenschaft oder Kunst einen ausgezeichneten Namen erworben haben. Auf Sie, liebe Frau Charpentier, trifft dieses Kriterium auf ganz besondere Weise zu. Ihr Name ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der sogenannten Genschere – eine Entdeckung, die seit Ihrer Publikation im Jahre 2012 eine breite öffentliche Diskussion ausgelöst hat. Sie konnten zeigen, daß das als Teil der bakteriellen Immunabwehr entwickelte CRISPR-Cas9-System auch außerhalb von Bakterien funktioniert und als Instrument zum gezielten Schneiden von Erbsubstanz eingesetzt werden kann. Zusammen mit der bekannten Fähigkeit des Genoms, sich nach dem Bruch des DNA-Stranges wieder in vielfältig steuerbarer Weise zusammenzufügen, eröffnet diese Technik ungeahnte Möglichkeiten, das Erbgut zu editieren, d. h., lokal zu verändern, Sequenzen einzufügen oder auszuschneiden.

Warum hat Ihre Entdeckung solches Aufsehen erregt? Spätestens seit den ersten Experimenten mit Restriktionsenzymen und der damit möglichen Mutagenese war eine lebhafte Diskussion darüber im Gange, ob und in welchem Maße die Genmanipulation eingesetzt werden soll. Der Widerstand gegen genetisch modifizierte Organismen, vor allem deren Einsatz in der Lebensmittelproduktion, reicht zurück bis ins Jahr 1992 und bestimmt nach wie vor die einschlägige politische Diskussion. Was ist das Neue an Ihrer Entdeckung? Es ist die Präzision und Einfachheit, mit der in das Erbgut eingegriffen werden kann. Ich erinnere mich lebhaft an Diskussionen mit unserem ehemaligen Ordenskanzler, Hans Georg Zachau, der darlegte, daß die damals gängigen Methoden der genetischen Veränderungen viel zu ungenau waren, um jemals am Menschen eingesetzt werden zu können. Veränderung der Erbbahn war tabu. Die Präzision Ihrer Methode hat dieses Tabu aufgeweicht und hat es auch ermöglicht, veränderte Organismen zu schaffen, an denen nicht erkennbar ist, ob die Veränderung durch CRISPR-Cas oder durch konventionelle Züchtung erfolgt ist.

Ihre Entdeckung hat ungeahnte Möglichkeiten eröffnet, aber auch schwerwiegende ethische und politische Fragen aufgeworfen. Der Orden *Pour le mérite*, ein Ort der Diskussion, sieht der Erörterung dieser Fragen mit großen Erwartungen entgegen, und wir heißen Sie herzlich willkommen. Ich persönlich freue mich außerdem, Sie als ›Berlinerin‹ und Kollegin in der Max-Planck-Gesellschaft begrüßen zu können.

EMMANUELLE CHARPENTIER dankte mit folgenden Worten

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Steinmeier,
sehr geehrte Ordenskanzlerin Nüsslein-Volhard,
sehr geehrte Ordensmitglieder,
verehrte Damen und Herren,
lieber Erwin Neher,

herzlichen Dank für Ihre warmen Worte und die treffende Verortung meiner Forschung zum Gentechnik-Werkzeug CRISPR-Cas9. Mein Dank geht vor allem auch an die Mitglieder des Ordens Pour Le mérite, für ihr Vertrauen und ihre Anerkennung meiner Forschung. Ich fühle mich sehr geehrt und bin wahrlich berührt, in diesen angesehenen Kreis der Wissenschaften und Künste aufgenommen zu sein.

Ich fühle mich insbesondere geehrt, daß mein Name nun in Verbindung mit herausragenden Mitgliedern von Pour le mérite steht, die im Laufe meines Lebens eine große Bedeutung für mich hatten – dazu zählen unter anderem Pina Bausch, Daniel Barenboim und Wim Wenders aus dem Bereich der Künste sowie Alexander von Humboldt und der Mikrobiologe Robert Koch. Er ist untrennbar mit der Stadt Berlin verbunden, in der ich nun ebenfalls meiner Forschung nachgehe.

Wie bereits in der Laudatio erwähnt, hat das Verständnis darüber, wie Bakterien das Eindringen von Viren abwehren, zu unserer Entdeckung des CRISPR-Cas9-Mechanismus geführt, und in der Folge zu seiner Weiterentwicklung in ein Werkzeug für die zielgerichtete Editierung jeder beliebigen DNA-Sequenz in lebenden Zellen.

Seitdem wird die Technologie als eine der weltweit wichtigsten biotechnologischen Entdeckungen gehandelt. Sie hat die Lebenswissenschaften transformiert: Wissenschaftler auf der ganzen Welt entwickeln die Technologie weiter in innovative Anwendungen für Medizin, Landwirtschaft und Biotechnologie. Vielversprechend ist

CRISPR-Cas9 insbesondere für mögliche Behandlungen bei schweren genetischen Krankheiten. In der Landwirtschaft wird sie zum Teil bereits eingesetzt.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit aber auch darauf lenken, daß die Entdeckung von CRISPR-Cas9 nicht langfristig von mir geplant war, auch wenn die Wahl meiner Forschungsthemen und meine internationale Mobilität während meiner wissenschaftlichen Laufbahn dies widerspiegeln. CRISPR ist das Ergebnis meines tiefen Interesses an der Mikrobiologie und meiner Überzeugung, daß die Grundlagenforschung Basis jeder Innovation ist.

Die Geschichte hat uns gezeigt, daß die Mikrobiologie nie aus der Mode gekommen ist oder überholt war. Dennoch freue ich mich besonders darüber, daß sie einen neuen Trend erlebt – dank aufregender Entdeckungen wie CRISPR-Cas9 oder der Tatsache, daß das Mikrobiom eine führende Rolle für unsere Gesundheit spielt.

Die Grundlagenforschung ist eine mühevollere Arbeit, Experimente scheitern regelmäßig, und manchmal dauert es Jahre, bis die Ergebnisse sichtbar werden. Aber die Entwicklung der CRISPR-Cas9-Technologie wäre ohne das tiefe Verständnis der fundamentalen biologischen Mechanismen nicht möglich gewesen. Sie wäre nicht möglich gewesen ohne Geduld, einen offenen Geist, der auch auf das Unerwartete vorbereitet ist, ohne enthusiastische, neugierige und unterstützende junge Talente, ohne Kollaborationen und ohne finanzielle Mittel für die Grundlagenforschung.

Es freut mich sehr, daß der Orden Pour le mérite den Wert der Grundlagenforschung zu schätzen weiß. Als heutiges neues Mitglied und im Namen der Max-Planck-Gesellschaft werde ich mich weiter für die Notwendigkeit der Grundlagenforschung in der Gesellschaft einsetzen und Ihre Auszeichnung mit größtem Stolz tragen.

Vielen Dank.

BEGRÜSSUNGSWORTE DES
BUNDESPRÄSIDENTEN IM GROSSEN SAAL,
ABENDESSEN ANLÄSSLICH DER JAHRESTAGUNG
DES ORDENS POUR LE MÉRITE FÜR
WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE
AM 3. JUNI 2018 IM SCHLOSS BELLEVUE

BUNDESPRÄSIDENT

FRANK-WALTER STEINMEIER

Ihnen allen ein herzliches Willkommen – und in guter Tradition darf ich hinzufügen: auch dieses Jahr im Schloß Bellevue!

Die Verfassungsjuristen unter Ihnen wissen: Mein Amt bringt eine Reihe wiederkehrender Aufgaben mit sich. Gesetze ausfertigen, Botschafter akkreditieren und – wenn es dann soweit ist – die Bundesregierung ernennen. Und nicht zuletzt – auch wenn sie nicht im Grundgesetz stehen – die öffentliche Sitzung des Ordens Pour le mérite und das gemeinsame Abendessen.

Der Austausch mit Ihnen gehört zu den wirklichen Privilegien meines Amtes. Für mich ist der heutige Tag und Abend nicht nur Gelegenheit zu vielen anregenden Gesprächen, sondern auch – wenn Sie so wollen – so etwas wie eine berufsbegleitende Fortbildung.

Bei Ihren Vorträgen darf ich, abseits des politischen Alltags, eintauchen in Tiefenschichten aktueller Wissenschaft und Forschung – ich danke Ihnen für diesen jährlichen Genuß. Und wie Sie heute gesehen haben, geht das nicht nur mir so, sondern auch den 800 Gasthörerinnen und Gasthörern im Konzerthaus Berlin, das sich für einen Nachmittag in einen Hörsaal verwandelt hatte. Damit zeigen Sie alle, die Mitglieder dieses stolzen Ordens, daß Sie eben nicht

nur führende Größen innerhalb Ihrer Fachdisziplinen sind, sondern daß Sie das Licht der Erkenntnis, den Geist der Aufklärung, in die Gesellschaft hineinbringen und uns anregen wollen zum Weiter- und zum Tieferdenken. Wir brauchen das, gerade heute: Menschen, die den Wert, den Anspruch, die stetige Herausforderung der Vernunft als Währung des gesellschaftlichen Diskurses hochhalten – das genau tun Sie, und dafür will ich Ihnen allen sehr herzlich danken!

In seinem Festvortrag heute nachmittag fragte Svante Pääbo, wieviel Neandertaler in uns steckt und wie er in uns weiterlebt.

In Sachen »Weiterdenken« möchte ich heute abend eine Frage anschließen, die Sie nicht für zwingend halten, Herr Pääbo: Mit Blick auf den rasenden technologischen Fortschritt etwa bei der künstlichen Intelligenz oder der Vernetzung von Digitalisierung, Nanotechnik und Genforschung könnte man versucht sein, zu fragen: Wieviel Homo sapiens wird eigentlich noch in den Menschen der Zukunft stecken?

Meine auf den ersten Blick simple und auf den zweiten Blick jedenfalls nicht ganz selbstverständliche Antwort lautet: Das liegt ganz an uns! Ich bin in Sachen des technologischen Fortschritts weder für Zukunftsdystopien noch für naive Zukunftsutopien zu begeistern. Mit Blick auf die Umwälzungen unserer Zeit, auf die schwindenden Gewißheiten, die Erosion internationaler Ordnungen würde ich zuallererst nur das festhalten: Die Zukunft ist ungewiß. Sie ist offener denn je. Und daher plädiere ich dafür, daß wir uns mit den technologischen Möglichkeiten der Zukunft so auseinandersetzen, wie Johannes Rau es einmal so klug formuliert hat: Ohne Angst und ohne Träumerei, sondern mit Mut und in der Gewißheit, daß es in unserer Hand liegt, wie wir diese offene Zukunft gestalten.

Gewiß ist: Die Wellen der technologischen Entwicklung erreichen uns in immer kürzerer Folge und mit immer weiter reichenden Folgen. Die gleiche Rechenleistung des Computers, der vor 20 Jahren den Schachweltmeister Garri Kasparow bezwang, steckt heute ganz selbstverständlich im Smartphone in unserer Gesäßtasche.

Von Menschenhand geschaffene Maschinen übertreffen uns mittlerweile weit in bestimmten Fähigkeiten, die uns seit Tausenden

Jahren auszeichnen und unser Alleinstellungsmerkmal waren: die Rechenleistung unseres Gehirns, die Analyse von Daten und Zusammenhängen.

Was ist die menschliche Denkleistung also noch wert? Was zeichnet den Menschen gegenüber der immer perfekteren Maschine noch aus? Oder, um es ganz auf den Wesenskern dieses Ordens zu beziehen: Was werden seine »Meriten« in Zukunft sein? Wie werden wir in 30 oder 40 oder 50 Jahren die menschlichen Höchstleistungen definieren, die für die Aufnahme in die illustren Reihen des »Ordens Pour le mérite« qualifizieren?

In diesem Sinne glaube ich, daß die Diskussion über Technologie und ihre Folgen doch längst nicht mehr die Möglichkeiten und Grenzen von Technologie selbst betrifft. Sondern sie lenkt den Blick zurück auf uns selbst: auf das, was uns ausmacht, auf das, was unverrückbar bleiben soll, auf geistige, soziale, ethische Grundpfeiler, auf die Grundrechte des Individuums. Auch deswegen sage ich immer wieder: Wir brauchen die Debatte über eine »Ethik der Digitalisierung«. Denn es geht bei dieser Debatte nicht nur um die Zukunft der Digitalisierung – es geht um unsere eigene.

Es gibt solche, die das Rennen zwischen Mensch und Maschine schon verloren glauben. Die glauben, uns Zauberlehrlingen sei die Macht unseres Besens schon lange entwischt. Seit Jahrzehnten, seit Pionieren wie Alan Turing und anderen, wird über die Ankunft einer »Artificial General Intelligence« spekuliert – einer künstlichen Intelligenz, die unsere eigene vollends übertrifft. Mittlerweile, so habe ich gelesen, haben einige ganz besonders zukunftsorientierte Ingenieure im Silicon Valley – quasi als Vorabversicherung – eine Kirche gegründet, in der nicht etwa Gott, sondern die kommende Großintelligenz angebetet wird. Mit diesem Kniff – so die Idee – mache die Menschheit bei ihrem künftigen Herrscher zumindest schon mal einen guten Eindruck. Auch wenn das nicht ganz ernst gemeint ist, spiegeln sich doch darin schon die Vorboten von wahrscheinlich gewaltigen, innergesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen, die uns möglicherweise bevorstehen.

Vor genau einem Monat hätte Karl Marx seinen 200. Geburtstag

gefeiert. Viel wurde in diesen Tagen über ihn und sein Denken geschrieben: über den Ökonomen, Soziologen, Historiker, über den gescheiterten Revolutionär, den beißenden Kapitalismuskritiker. Mich hat bei der erneuten Lektüre von Marx vor allem eines beeindruckt: die bestechende Aktualität seiner Überlegungen zur technologischen Entwicklung und ihren gesellschaftlichen Folgen. Ich denke etwa an den berühmten, weil so provokanten Satz aus der Deutschen Ideologie:

»Die Ausgeburten ihres Kopfes sind ihnen über den Kopf gewachsen. Vor ihren Geschöpfen haben sie, die Schöpfer, sich gebeugt.«
Ich teile diesen Zukunftspessimismus nicht! Zukunft ist kein Schicksal! Wir können, im Großen wie im Kleinen, Ohnmacht und – um bei Marx zu bleiben – Entfremdung überwinden, wenn wir nicht nur nach der Verantwortung anderer schauen, sondern auch die eigene erkennen. Wir haben unser Schicksal in der Hand – es liegt an uns, was wir daraus machen.

Ich finde, das Zeitalter von Robotern, Algorithmen und künstlichen Intelligenzen, das sollte für uns alle, und gerade für Sie – für Wissenschaftler und Künstler, für Natur- wie Geisteswissenschaftler –, ein willkommener Anlaß sein, um Marx das Gegenteil zu beweisen! Nicht wegen Marx, sondern um unser selbst willen.

Ich danke Ihnen – und wünsche uns allen guten Appetit und anregende Gespräche!

DIE HERBSTTAGUNG IN LEIPZIG
VOM 28. SEPTEMBER BIS 1. OKTOBER 2018

VORTRÄGE IM TAGUNGSHOTEL

PODIUMSDISKUSSION
»ERSTER WELTKRIEG UND
REVOLUTIONEN 1917-1919«

CHRISTIAN TOMUSCHAT

DIE REVOLUTION VON 1918

Groß war die Begeisterung der deutschen Bevölkerung am 1. August 1914, als die Reichsregierung die Kriegserklärung an Rußland absandte. Die Menschen stürzten sich in einen wahrhaften Taumel patriotischer Gefühle. Allgemein herrschte die Überzeugung vor, das Deutsche Reich müsse sich gegen einen ihm aufgezwungenen Angriffskrieg zur Wehr setzen. Der Kaiser konnte diese Begeisterung als eine Bestätigung seiner Politik verstehen. In einer berühmten Rede vom 4. August 1914 äußerte er: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.« Vier Jahre später, nachdem sich herausgestellt hatte, daß der Krieg nicht gewonnen werden konnte, mußte Wilhelm II. abdanken. Das monarchische System war in ganz Deutschland zusammengebrochen. Nicht allein die unglückliche militärische Lage hatte zu diesem *acte final tragique* geführt.

Die Ereignisse der Revolutionstage mit ihren Nachwirkungen weit in das nächste Jahrzehnt hinein sind aus Anlaß des 100jährigen Erinnerens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs in vielen Aufsätzen und kenntnisreichen Abhandlungen eingehend beschrieben worden. Es kann nicht die Aufgabe des Juristen sein, alldem noch einen kurzen Abriß hinzuzufügen. Aus dem Kampfgetümmel heraus

muß sich der Blick auf die politischen, sozialen und institutionellen Hintergründe richten, die den Boden für den Zusammenbruch des monarchischen Systems befruchtet hatten.

Zusammen mit Österreich-Ungarn bildete das Deutsche Reich im Jahre 1918 gleichsam einen Solitär, der sich aus einer Vergangenheit vieler Jahrhunderte in die Gegenwart hinübergerettet hatte. Frankreich und Großbritannien hatten sich im Laufe des 19. Jahrhunderts zu funktionsfähigen Demokratien entwickelt, deren Regierungen durch die Zustimmung ihrer Völker einen hohen Grad von Legitimität aufwiesen. Die Reichsverfassung von 1871 hingegen war noch strikt nach althergebrachten monarchischen Grundsätzen gestrickt worden. Schon ihr Vorspruch machte deutlich, daß sie nicht kraft der verfassunggebenden Gewalt des Volkes entstanden war, sondern als ein Bündnis der deutschen Fürsten in ihren jeweiligen Territorien. Keiner der Monarchen in den bündischen Einzelstaaten bedurfte einer von außen erfolgenden Legitimation. Ihre Legitimation wurde als gottgegeben hingestellt und hatte ihre Stütze in einer über Jahrzehnte und Jahrhunderte konsolidierten Tradition. Allerdings war unbestritten, daß die fürstliche Macht durch die im Laufe des 19. Jahrhunderts in Kraft getretenen Verfassungen von Rechts wegen eingeschränkt war.

Der gesamte Aufbau der Reichsverfassung entsprach konsequent dem monarchischen Grundprinzip. Der Kaiser, gleichzeitig König von Preußen, war unabsetzbar. Seine Funktion war festgeschrieben und bedurfte keinerlei Bekräftigung. Der Reichskanzler, der mit der Führung der Regierungsgeschäfte betraut war (Art. 15 [1]), wurde vom Kaiser ernannt und war als dessen Erfüllungsgehilfe konzipiert. Weder zur Ernennung noch zur Entlassung des Reichskanzlers bedurfte es der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften. Damit war die gesamte Exekutive dem unmittelbaren parlamentarischen Zugriff entzogen. Bestand und Funktionieren der Reichsregierung hingen vom *bon plaisir* des Kaisers ab. Hinzu kam, daß wichtige staatspolitische Entscheidungen allein in der Hand des Kaisers lagen. So war ihm allein die Zuständigkeit für die Erklärung des Krieges anvertraut. Auch die Vertretungsmacht in auswärtigen

Angelegenheiten war ihm zugesprochen. Nur bei völkerrechtlichen Verträgen über Gegenstände der Gesetzgebung hatte er die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften einzuholen.

Mit anderen Worten: Das Volk wurde von oben regiert und hatte auf Reichsebene über den Reichstag nur einen bescheidenen Anteil an der Führung der öffentlichen Angelegenheiten. In Preußen galt überdies noch das Dreiklassenwahlrecht, das die ärmeren Schichten der Bevölkerung in eine hoffnungslose Außenseiterposition abdrängte. Solange sich das Kaiserreich im Normalzustand des Friedens befand, war mit dieser Machtstruktur auszukommen. Aber vor allem die Belastungen durch den Krieg verlangten nach einem festeren Fundament, zumal die Opfer von der gesamten Bevölkerung getragen werden mußten. Schon in den beiden ersten Jahren des Krieges hatte der Blutzoll ein fast unerträgliches Maß erreicht. Verdun war jedenfalls für die aufgeklärten Schichten zu einem Symbol für die Sinnlosigkeit des Krieges geworden. Aber es gab kein Forum, wo die aufkommenden Zweifel offen hätten diskutiert werden können. Selbst dem Reichstag wurden teilweise Verbote auferlegt, sich mit der Entwicklung auf den Schlachtfeldern zu befassen. Die Reichsregierung konnte nicht zur Verantwortung gezogen werden, denn es gab kein Mißtrauensvotum. Im übrigen versuchte die Reichsregierung mit zahlreichen Mitteln, eine öffentliche Debatte zu unterdrücken. Schon von Beginn des Krieges an war eine strenge Zensur eingerichtet worden, die eine an den Fakten orientierte Debatte ungenügend behinderte. Herausragende Mitglieder der deutschen Friedensbewegung wie Alfred H. Fried oder Ludwig Quidde wurden mit Einschränkungen belegt, ihre Publikationen wurden immer wieder verboten und konfisziert. So herrschte ein Klima der Repression, das jedenfalls den kritischen Bürger in die Opposition treiben mußte.

Eines der Kernprobleme war dabei, daß die faktische Entwicklung der Regierungsmacht sich weit von der Normstruktur der Verfassung entfernt hatte. Seit dem August 1916 herrschte eine militärische Diktatur, die sich ohne legale Autorisierung in das Zentrum der Macht gesetzt hatte. Feldmarschall Paul von Hindenburg, der Sieger der Schlacht von Tannenberg und Chef des Generalstabes,

sowie General Erich Ludendorff, Stellvertreter Hindenburgs mit dem formellen Titel »Erster Generalquartiermeister«, führten ein Regiment, das auch von Reichskanzler Bethmann-Hollweg nicht in seine Schranken verwiesen werden konnte. Dem Kaiser gelang es auf Grund persönlicher Schwäche nicht, die Aufsicht und Kontrolle über die Entscheidungen der militärischen Instanzen zu wahren. So führte der militärische Komplex ein Eigenleben innerhalb des Staatswesens und löste sich zusehends von den legitimen Grundlagen innerhalb der Bevölkerung ab.

Es gelang Hindenburg und Ludendorff, im Juli 1917 durch Einwirkung auf den Kaiser den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg aus seinem Amte zu drängen. Bethmann-Hollweg war der militärischen Clique zu friedensgeneigt, zu defätistisch. Der Nachfolger Georg Michaelis fügte sich dem herrschenden Machtkomplex sehr viel williger und wurde deshalb als eine geeignete Figur angesehen, die der Fortführung des Krieges keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen würde. Er unternahm deswegen auch keine aufrichtigen Anstrengungen, die vom Reichstag am 19. Juli 1917 mit 214 gegen 116 Stimmen, einer Allianz von Abgeordneten des Zentrums, der SPD und der Fortschrittlichen Volkspartei, verabschiedete »Friedensresolution« umzusetzen. Die Verwirklichung dieser Resolution, einer zentralen politischen Meinungskundgabe, hätte schlimmes Unheil abwenden können. Ich gestatte mir, ihren Wortlaut wörtlich vorzutragen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden ohne Annexionen irgendwelcher Art und Kriegsentschädigungen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Er erwartet insbesondere die Wiederherstellung Belgiens und die Wiedergutmachung des ihm zugefügten Unrechts.

Der Reichstag fordert die Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen auf der Grundlage dieses Programms. Er verlangt ein internationales Abkommen über allgemeine Abrüstung, Freiheit des internationalen Handels und Verkehrs sowie unbeschränkte internationale Freizügigkeit, ein internationales Übereinkommen

zum Schutze der Arbeiter vor Ausbeutung, Anerkennung der Gleichberechtigung für alle Einwohner eines Staates ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Geschlecht, Rasse, Sprache, Religion, Schutz der nationalen Minderheiten, obligatorisches Internationales Schiedsgericht zur Schlichtung aller Streitigkeiten.

Zur Erreichung dieses Friedens und zur Durchführung dieses Friedensprogramms ist die dringendste Vorbedingung die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes. Erforderlich ist ferner die völlige Demokratisierung der gesamten Verfassung und Verwaltung des Reichs und seiner Einzelstaaten, die ihren Abschluss zu finden hat in der Schaffung einer sozialen Republik.

Die mangelnde Bereitschaft, die Resolution tatkräftig umzusetzen, offenbarte die tiefe Spaltung, die sich zwischen der Mehrheit des Volkes und der selbstermächtigten Führungsclique an der Spitze der den Staat dominierenden militärischen Gewalt aufgetan hatte.

So war die Meuterei der Matrosen der Kriegsmarine am 24. Oktober 1918, die sich als revolutionäre Bewegung bald auf ganz Deutschland ausweitete und schließlich am 9. November 1918 zur Abdankung des Kaisers führte, die logische Folge des Bruchs zwischen dem Volk und der Staatsführung. Die Monarchie hatte sich durch ihre dreiste Mißachtung der Lebensinteressen der Bürger unrettbar delegitimiert.

So war der Weg hin zu einem demokratischen Regime vorgezeichnet, auch wenn die Übergangszeit der Jahre 1918/19 bis zum Inkrafttreten der Weimarer Verfassung an vielen absturzgefährdenden Klippen vorbeiführte. Den Historikern muß es überlassen bleiben, die Vorgänge jener Monate mit ihren Bedrohungen aus dem rechten wie dem linken Spektrum im einzelnen zu schildern. Hervorgehoben sei nur, daß es der vorläufigen Reichsregierung unter Friedrich Ebert gelang, die Gefahr der Installierung einer Räterepublik nach sowjetischem Vorbild abzuwenden. Die neue Reichsverfassung vom 11. August 1919 schlug einen dezidierten Reformkurs ein. Fehler der Vergangenheit sollten vermieden werden.

Plakativ stand im Vorspruch, daß »das Deutsche Volk« sich diese Verfassung gegeben habe. Dieser Grundsatzbestimmung entsprechend wurde das Wahlrecht allen Deutschen nach dem Grundsatz der Gleichheit zuerkannt (Art. 22). Mit der darin beschlossenen Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen gewann Deutschland plötzlich einen Vorsprung auch gegenüber Frankreich und Großbritannien. Gleichzeitig war damit auch das preußische Dreiklassenwahlrecht beseitigt. In kurzer Zeit erlebte Deutschland auf diese Weise einen grundstürzenden Reformprozeß. Eine der Hauptforderungen der demokratischen Bewegung wurde der Neuorientierung gemäß durch die Umwandlung in ein parlamentarisch-repräsentatives System erfüllt: Der Reichskanzler und die Reichsminister bedurften nunmehr zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages (Art. 54). Aber es wurde nur ein halber Schritt getan, denn der Reichskanzler und die Reichsminister wurden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen, der hierbei nach seinem freien Ermessen handeln konnte (Art. 53), allerdings auf die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag Rücksicht nehmen musste. Deutlich erkennbar hatten hier vordemokratische Vorstellungen vom Präsidenten als einem »Hüter der Verfassung« Pate gestanden, die auch der Zuerkennung eines Notverordnungsrechts an den Präsidenten (Art. 48) zugrunde lagen. Oder war es vielmehr der Glaube, daß ein durch Direktwahl bestimmter Präsident (Art. 41) zwangsläufig stets zum Wohle aller Bürger handeln würde? Jedenfalls waren die Erinnerungen an die unglückliche Herrschaft des letzten Kaisers nicht so stark, daß sie das Vertrauen in die politische Weisheit eines einzelnen Amtsträgers hätten erschüttern können.

Eine der weiteren Schlußfolgerungen aus der kaiserlichen Zeit, wo die Sozialdemokratische Partei verboten werden konnte und wo in der Zeit des Krieges eine strenge Zensur jede öffentliche Information und Debatte einschränkte, war die Notwendigkeit starker Garantien für die freie Meinungsäußerung (Art. 118) sowie einer unverbrüchlichen Gewährleistung des Versammlungs- und Vereinigungsrechts (Art. 123, 124). Klar erkannt wurde, daß nur auf der Grundlage die-

ser Freiheiten echte politische Wahlfreiheit entstehen konnte. Niemand vermochte allerdings vorherzusagen, ob die neuen politischen Freiheiten auf Dauer die Stabilität des Staatswesens sichern würden. Von einer Regelung der politischen Parteien nahm man Abstand. Zu unbekannt und unerforscht erschien dieses Gebiet. Schon bald zeigte sich allerdings, daß die Zersplitterung der Parteien die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems grundlegend in Frage stellte.

Das neue Deutschland war sich jedenfalls in seiner breiten Mehrheit der bürgerlichen Schichten der Tatsache bewußt, daß der verheerende Krieg, den das monarchische Regime zu verantworten hatte, tiefer liegende strukturelle Ursachen hatte. Vor allem für die Außenpolitik hatte es bis zur Schwelle des Krieges keinen nationenübergreifenden institutionellen Rahmen gegeben, der die friedliche Beilegung von Streitigkeiten ermöglicht hätte. Während des gesamten 19. Jahrhunderts war ganz Europa von einer Doktrin beherrscht worden, welche die souveränen Staaten als selbständige politische Einheiten betrachtete, die von Natur aus Wettbewerber und Feinde waren. Vor allem die britische Diplomatie hing dem Gedanken der »balance of power« an, welche die Ordnung durch Auspendelung der Machtverhältnisse gewährleisten sollte. Der Gedanke, daß Frieden auch durch Kooperation gesichert werden könnte, war den führenden Staatsmännern fremd. Man arbeitete zwar in gewissen technischen Organisationen wie dem Weltpostverein und der Internationalen Telegraphenunion zusammen, doch für die hohe internationale Politik gab es keine organisierte Form regelmäßiger Zusammentreffen.

In der neuen Verfassung war ein Ausrufezeichen für künftige internationale Zusammenarbeit gesetzt worden. An prominenter Stelle, in Art. 4, wurde festgestellt, daß »die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts« als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts gelten sollten. Dieses Bekenntnis zum Völkerrecht war um so mutiger, als das Deutsche Reich mit dem Versailler Vertrag eine seiner schwersten Niederlagen und Demütigungen erfahren hatte.

Allgemein bekannt ist, daß das Deutsche Reich an den Verhandlungen über den Text nicht beteiligt wurde. Nach dessen Fertigstellung wurde der deutschen Regierung lediglich noch gestattet, bestimmte Eingaben zur Verbesserung des Textes zu machen, die aber nur zu unwesentlichen Veränderungen führten. Durch ein Ultimatum, das mit der Wiederaufnahme der Kampfätigkeit bei Nichtannahme des Entwurfs drohte, wurde das Deutsche Reich zur Unterzeichnung des Vertragsdokuments gezwungen. Diese fand schließlich am 28. Juni 1919 inmitten einer sich feindselig gebenden Umwelt im Schloß von Versailles statt.

Unverändert blieb der »Kriegsschuldartikel« 231, durch den das Deutsche Reich umfassend die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges und seine Folgen übernehmen mußte und damit in ein finanzielles Desaster hineingetrieben wurde. Als diskriminierend wurde auf deutscher Seite auch empfunden, daß das Deutsche Reich nicht als Mitglied des Völkerbundes akzeptiert wurde, obwohl die Satzung des Völkerbundes einen Bestandteil des Versailler Vertrages bildete. So fehlte der neuen Sicherheitsarchitektur für einige Jahre bis zu Deutschlands Aufnahme in die Organisation am 8. September 1926 die Zentralmacht im Herzen Europas. Einen weiteren Mangel bildete das Fernbleiben der USA, weil der Senat sich nicht entschließen konnte, das Vertragswerk zu billigen. Tiefe Enttäuschung herrschte in Deutschland, weil das Versprechen des amerikanischen Präsidenten Wilson zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts im Vertrag massiv gebrochen wurde. So begann zwar mit dem Völkerbund eine neue Epoche in dem Versuch, die Friedlichkeit der internationalen Beziehungen unter dem Dach eines multilateralen Vertrages zu verfestigen, doch war der Völkerbund auf Grund seines unglücklichen Anfangs von Beginn an moralisch zutiefst geschwächt. Ohne Zögern läßt sich feststellen, daß mit dem von Rachsucht geprägten Vertrag der Samen für neue gewaltsame Auseinandersetzungen auf europäischem Boden gelegt wurde. Allerdings wäre es irreführend, die Entwicklungen der Jahre 1933 bis 1945 allein als Nachwirkung des Versailler Vertrages zu betrachten.

Dem neuen demokratischen Regime wurden von seinen Gegnern in Deutschland leichtfertig oder böswillig alle jene schmerzlichen Verluste zugeschrieben, die der Versailler Vertrag dem deutschen Volk auferlegt hatte. So begann die Demokratie der Weimarer Zeit gleich von der ersten Stunde an mit einer schweren Bürde angeblich politischen und moralischen Versagens.

JÜRGEN OSTERHAMMEL

1917 BIS 1919 – UMBRUCH IN ASIEN

Wir wollen uns in dieser Runde auf einen kurzen Moment des Umschlags von Krieg in Frieden und des schnellen Übergangs von einer Welt der Kaiser und Könige in eine Welt der Republiken konzentrieren. Diesen Moment gab es nicht nur in Europa, sondern auch in Asien. 1908 wurde der Sultan des Osmanischen Reiches durch die Jungtürkische Revolution de facto entmachteter, 1921 der Schah von Persien durch einen *strongman* an den Rand gedrängt.¹ Schon 1911 war das mandschurische Kaiserhaus nach einem Abfall der Provinz-Eliten von der Qing-Dynastie gestürzt und durch ein Präsidialsystem ersetzt worden, innerhalb dessen Ende 1912 die ersten Parlamentswahlen der chinesischen Geschichte abgehalten wurden.²

All dies geschah kurz *vor* und kurz *nach* dem Ersten Weltkrieg. Deshalb läßt sich auf den ersten Blick vermuten, daß der Zusammenhang mit dem Weltkrieg etwas lockerer war als beim Fall der Dynastien Romanow, Hohenzollern und Habsburg, die 1917/18 nahezu gleichzeitig von der historischen Bühne verschwanden. Der Zeitrahmen 1917 bis 1919 paßt jenseits von Europa ungefähr, er paßt nicht genau.

Die Jahre von etwa 1905 bis 1923 waren eine Phase weltweiter

Destabilisierung, deren Zusammenhänge bis heute noch teilweise ungeklärt sind.⁵ Über die Randdaten kann man diskutieren. Der Russisch-Japanische Krieg von 1904/05 war ein tiefer Einschnitt: in vieler Hinsicht ein »modern« geführter Krieg, den man ex post auch »World War Zero« genannt hat.⁴ Japan, das bis dahin als ehrgeizige Militärmacht kaum aufgefallen war, gewann ihn zur allgemeinen – und sogar zur eigenen – Überraschung. 1923 ist ein Datum, auf das man sich vielleicht schneller einigen kann: vor allem ein ökonomisches Datum, denn es markiert nicht nur in Europa das Ende kriegsbedingter Wirtschaftsturbulenzen; auch war damals in Europa wie in Asien eine gewisse politische Konsolidierung erreicht.

Unklar sind die Zusammenhänge immer noch deshalb, weil man bis vor wenigen Jahren eine säuberliche Abfolge von Vorkriegszeit, Kriegsperiode (1914-1918) und Nachkriegszeit annahm. Auch bewegte sich die Geschichtsschreibung für die Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg fast ausschließlich auf nationalen Bahnen. Den Großen Krieg tatsächlich als *Welt*-Krieg zu sehen beginnt sich zwar als Selbstverständlichkeit durchzusetzen,⁵ doch schon der Blick auf die bisherige Literatur zur Pariser Friedenskonferenz von 1919 zeigt eine Engführung auf die Beratungen und Beschlüsse von Versailles, die Deutschland betrafen.⁶ Daß in anderen Pariser Vororten vier weitere Verträge geschlossen wurden, daß der gesamte Nahe und Mittlere Osten neu gestaltet wurde und daß die indirekten Folgen der Friedensregelung bis weit nach Asien und Afrika ausstrahlten, ist daneben zu wenig beachtet worden.⁷

Will man noch radikaler von Europa *weg* denken, dann zeigt sich für Asien eine Kontinuität des Kriegerischen, die sogar diejenige Europas übertraf. Zwischen dem Beginn des Russisch-Japanischen Krieges 1904 und der Niederlage der französischen Kolonialarmee in Indochina 1954 wurde der Kontinent nahezu ohne Unterbrechung von Staatenkriegen, Bürgerkriegen, militarisierten Revolutionen und antikolonialen Befreiungskriegen zerrissen. Der blutigste und bis heute folgenreichste dieser Konflikte war der zwischen Japan und China. In einem solchen Gewaltkontinuum fiel der Erste Weltkrieg nicht besonders ins Gewicht. Östlich des Osmanischen Reiches war

er eine militärische Episode, die Asien kaum direkt betraf. Asiens »Great War« war der Zweite Weltkrieg, dessen strukturelle Folgen sich in den ersten fünf Jahren nach 1945 in postimperialen staatlichen Neubildungen zeigten: in Indien, Indonesien, China und sogar Japan, das unter amerikanischer Besatzungsherrschaft politisch neu erfunden wurde.

Es hat für Asien niemals umfassende Neuordnungsversuche gegeben wie für Europa 1814/15 in Wien, 1919 in Paris und, enger und weniger systematisch, auf der Potsdamer Konferenz von 1945. Die politische Landkarte des modernen Asien entstand aus einer endlosen Serie von Kriegen.⁸ Sie war um 1950 erstmals in ihrer heutigen Gestalt erkennbar. Daß die Kommunistische Partei Chinas aus diesem halben Jahrhundert der Kriege als einer der großen Sieger hervorging, hat ihr ein Selbstbewußtsein vermittelt, das bis heute andauert. Im Koreakrieg 1950-1953 hielt das damals ganz junge und kaum gefestigte Regime sogar den allmächtigen USA stand.

Denkt man an die vielen Millionen Gewaltopfer in Asien, dann wird übrigens die Sonderstellung der USA im 20. Jahrhundert um so deutlicher: Im Kontrast nicht nur zu Europa, sondern zum *gesamten* Eurasien war Nordamerika ein von Krieg verschonter, ein allenfalls Krieg exportierender Kontinent.

Zurück ins *frühe* 20. Jahrhundert:

In Paris wurde 1919, angestoßen durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, eine beispiellose Neuordnung der *globalen* Verhältnisse zumindest versucht, wie halbherzig und in der Ausführung unvollkommen dieser Versuch auch ausgefallen sein mochte.⁹ Keine frühere Friedensregelung – die Haager Konferenzen von 1899 und 1907 waren ein weniger ambitionierter Vorgriff gewesen – besaß eine ähnliche Reichweite.

Nimmt man nicht nur die militärischen und außenpolitischen Aspekte des Geschehens, sondern auch den revolutionären Charakter der Epoche in den Blick, werden die Dinge allerdings so komplex, daß niemand sie bisher verstanden hat. Wir haben es dann nicht allein mit internationalen Beziehungen zwischen Staaten, sondern mit mehreren *Gesellschaften* zu tun, aus denen diese Revolutionen

entstanden, mit Gesellschaften ganz unterschiedlicher sozialökonomischer Beschaffenheit und kulturell-ideologischer Prägung. Konzentriert man sich nur auf die engere Periode zwischen 1916 und 1923, dann finden wir in dieser Zeit umwälzende große Revolutionen in Rußland, Deutschland und Mexiko und Aufruhr unterschiedlicher Intensität in einem Gürtel von Finnland bis Anatolien, in Irland, Ägypten, Indien, China und Korea. Diese Unruhen wurden durch den Verlauf des Weltkriegs in seiner zweiten Phase – ab dem Wendejahr 1916 – und dann vor allem durch sein Ende ausgelöst; sie hatten aber stets tiefere und lokale Ursachen. Der Krieg wirkte beschleunigend und radikalierend auf Veränderungen, die bereits im Gange waren.¹⁰

Was läßt sich in größter Kürze dazu sagen? Ich möchte nicht mit methodischer Ängstlichkeit langweilen und abschrecken, schicke aber eine kurze Warnung vor bequemen Fehlschlüssen voraus.

Erstens gibt es nicht *die* eine große Tiefenursache, die *alles* erklärt. *Zweitens* haben wir es nicht durchweg mit linearen und stetigen Zeitverläufen zu tun (die es durchaus gab), also etwa Kettenreaktionen. Deshalb lassen sich auch nur Teilgeschichten erzählen. Der gleichförmige epische Strom, den die Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts von der Romanliteratur gelernt hatte (oder war es umgekehrt?), läßt sich für das frühe 20. Jahrhundert mit seinen zahlreichen simultanen Schauplätzen kaum konstruieren. Die zeitgenössische fiktionale Literatur hat das viel früher gesehen als die Historiker und den chronologischen Bericht verabschiedet. Genau in unserer Periode, von 1914 bis 1921, arbeitete James Joyce am *Ulysses*. Und *drittens* ist es leichter gesagt als getan, den heute so oft eingeforderten »globalen« Aussichtspunkt einzunehmen. Der Trugschluß läge darin, die Existenz realer Globalstrukturen zu vermuten, die man erkennt, wenn man nur hoch genug aufsteigt und von einem stratosphärischen Punkt hinabschaut. Es gab aber weder 1913 noch erst recht zehn Jahre später ein wohlgeordnetes Welt-Staatensystem, auch keine homogene Weltwirtschaft, sieht man vielleicht vom Goldstandard ab, der aber ab 1914 als globales Währungssystem kaum noch funktionierte. Die Universalität von 1919 war eine gedachte,

ja, utopische, keine reale. Globale Zusammenhänge kann man in den Jahren, die uns hier interessieren, in einzelnen Fernwirkungen erkennen, nicht aber als System.

Nun acht Beobachtungen, die unterschiedliche Schlaglichter auf unser Thema werfen.

Erstens. Der konkreteste globale Zusammenhang der Epoche wurde durch die Spanische Grippe gestiftet, die ihren Höhepunkt zwischen August 1918 und April 1919 erreichte. Schon die Choleraepidemien des 19. Jahrhunderts hatten riesige Landflächen und Ozeane übersprungen. Die Grippe-Pandemie erfaßte mit Ausnahme Australiens und des heutigen Indonesien nahezu alle dichter besiedelten Regionen des Planeten. Die Zahl der zusätzlichen Todesfälle wird auf mindestens 2,5 % der Weltbevölkerung geschätzt, man geht von bis zu 50 Millionen Toten aus: fünfmal soviel wie die Opfer von Kampfhandlungen. Die Grippe war kein unmittelbares Kriegsprodukt. Sie gehörte nicht zu den typischen Krankheiten, die sich in frierenden und hygienefernen Massenheeren einnisten. Sie traf jedoch auf militärische und zivile Populationen, die durch die Kriegsentbehungen geschwächt waren, und wurde durch gesteigerte Mobilität begünstigt. Die Opfer verteilten sich quer über kriegführende und neutrale Länder.¹¹

Zweitens. Dennoch machte es einen entscheidenden Unterschied aus, ob eine Region Kampfgebiet – und auch »Heimatfront« – war oder nicht. Das militärische Geschehen der Jahre 1914 bis 1918 konzentrierte sich auf den Raum zwischen Paris und Minsk, zwischen Südfinnland und dem südlichen Balkan. Das fernere Asien und Ozeanien sahen mit Ausnahme der Bucht von Qingdao in Nordchina und des Zugriffs auf die deutschen Inselkolonien im Pazifik wenig militärische Aktion. Geheime Operationen wurden in Persien und Afghanistan durchgeführt. Großbritannien und das Osmanische Reich kämpften gegeneinander in den Dardanellen, auf dem Sinai, in Palästina und in Mesopotamien. Afrika war stärker betroffen als jeder andere Kontinent außerhalb Europas. Das Ergebnis eines regionalen Krieges, der sich hauptsächlich im heutigen Tansania abspielte, waren immense Opferzahlen unter der Zivilbevölkerung und

die Verwüstung weiter Landstriche. Das große Duell der Schlachtfloten, auf das sich vor allem Deutsche und Briten kostspielig vorbereitet hatten, blieb aus, anders als im Zweiten Weltkrieg, als es zwischen Japan und den USA zum größten Seekrieg der Geschichte kam. Die Marineoperationen beschränkten sich 1914 bis 1918 im wesentlichen auf den U-Boot-Krieg.

Insgesamt war der Erste Weltkrieg eine zentraleuropäische, nahöstliche und ostafrikanische Angelegenheit mit einigen ergänzenden, aber nicht wirklich wichtigen Schauplätzen anderswo. Seine Wirkung war sehr ungleich verteilt. Er war ein Fiasko für Europa insgesamt, für das Osmanische Reich¹² und für die Ostafrikaner. Für einige Gesellschaften war er besonders schrecklich, in erster Linie für die Armenier, auch für die Serben, die einen größeren Teil ihrer Bevölkerung verloren als jedes andere am Krieg teilnehmende Land. Am anderen Ende des Spektrums standen die Vereinigten Staaten von Amerika: ein militärischer und ökonomischer Sieger ohne die anderswo charakteristischen kollektivpsychologischen Verwundungen.

Drittens. War der Erste Weltkrieg überall die immer wieder zitierte »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«? Er betraf *irgendwie* alle Ecken der Welt. Die Alliierten siegten unter anderem deshalb, weil sie die enormen menschlichen und materiellen Ressourcen ihrer Imperien mobilisieren konnten und auch Zugang zur Produktion von Nichtkombattanten hatten, etwa Getreide aus Argentinien, Kupfer und Salpeter aus Chile. Diese Ressourcennutzung war nicht für *alle* mit Nachteilen verbunden. Sogar die hohen Opfer unter Kolonialtruppen hatten einen gewissen politischen Sinn: Das Selbstbewußtsein von Veteranen, die nach Indien oder Westafrika zurückkehrten, gab den Befreiungsbewegungen Auftrieb, die nach dem Weltkrieg entstanden.¹³

In wichtigen Teilen der Welt ähnelte der Geschichtsverlauf in der unmittelbaren Nachkriegszeit eher dem nordamerikanischen als dem kontinentaleuropäischen Muster: kein totaler Zusammenbruch, auf den eine langsame und oft mißratene Rekonstruktion folgte, sondern die Eröffnung von Chancen, die während der zwanziger Jahre weiterverfolgt werden würden.

Überall dort, wo sich Europäer aus überseeischen Märkten zurückzogen, schlug die Stunde einheimischer Unternehmer. In Indien dauerte eine chronische Krise des Agrarsektors fort, doch Industrie und Bergbau kamen gewaltig voran.¹⁴ In China gab der Weltkrieg den Anstoß zum Entstehen eines leichtindustriellen Sektors unter einheimischer Kontrolle. Die chinesische Industrialisierung, wie sie mit vielen Unterbrechungen bis zum heutigen Tage andauert, begann um 1915 unter günstigen Kriegsbedingungen.¹⁵ Japans Brutto-sozialprodukt wuchs zwischen 1914 und 1918 um 40 Prozent. Der Krieg löste die finanziellen Probleme, die vom Russisch-Japanischen Krieg übriggeblieben waren, und verwandelte Japan von einer Schuldner- in eine Gläubigernation. Mit dem Schwung der Kriegskonjunktur gelang Japan in den zwanziger Jahren der Übergang zu einer schwerindustriell angetriebenen Ökonomie.¹⁶ Ähnliche Geschichten eines Kriegs- und Nachkriegsbooms können für mehrere lateinamerikanische Länder erzählt werden.

Viertens. Hatte man überall auf dem Planeten das europäische Gefühl, im Krieg eine sichernde politische Ordnung verloren zu haben? Wohl kaum. Das europäische Staatensystem erstreckte sich über seine kolonialen Erweiterungen auf zahlreiche Völker der Erde, aber es bezog sie nicht ein. Niemals in der Geschichte war die Zahl außenpolitisch handlungsfähiger Akteure so klein wie am Vorabend des Weltkriegs. Was immer man im Frühjahr 1914 als ein »europäisches Staatensystem« bezeichnen mochte, nichteuropäische Akteure waren entweder in untergeordneter Position oder überhaupt nicht in dieses System inkorporiert. Der Krieg eröffnete schwach integrierten Akteuren – Japan, China, Lateinamerika – unverhoffte Handlungschancen. Nicht überall gingen im Sommer 1914 die Lichter aus. Für nichteuropäische Länder war die politische Bühne heller erleuchtet als zuvor, auch wenn die fortdauernde russische Hierarchisierung der internationalen Ordnung durch den Westen die erhoffte gleichberechtigte Anerkennung ausschloß.¹⁷

Fünftens. Die Türkei ist ein Spezialfall: schwer vom Krieg getroffen, dennoch am Ende der erfolgreichste Verlierer, erfolgreich, weil die Republik Kemal Atatürks ihre internationalen Ziele weithin

erreichte und in den dunklen dreißiger und vierziger Jahren – im Vergleich zu ihren faschistischen und bolschewistischen Zeitgenossen – ein relativ gemäßigtes Regime blieb.¹⁸

Sechstens. In einem berühmten Buch hat der amerikanische Historiker Erez Manela 2007 einen *Wilsonian Moment* beschrieben, der 1919 fast alle subalternen Völker und Staaten, ob nun Kolonien oder formal souveräne Akteure minderen Ranges, in Atem hielt.¹⁹ Von Irland über Indien, Vietnam und Ägypten bis hin zum japanisch kolonisierten Korea erweckte Wilsons Freiheitsrhetorik Hoffnungen auf die bevorstehende Demontage einer alten kolonialen Ordnung im Zeichen der Selbstbestimmung der Nationen. Manela dramatisiert die weltweite Enttäuschung über Wilsons zaghaften Frieden. Er argumentiert zu psychologisch und zu wenig politisch. Wenn man die Gewichte entsprechend verschiebt, kann man sagen: Einerseits hätten sich die Kolonialreiche 1919 selbst auflösen müssen. Selbst Wilson hätte es nicht erzwingen können. Andererseits begann die Legitimationsbasis des Kolonialismus zu erodieren. Nach den Gewaltorgien auf europäischen Schlachtfeldern verlor die Ideologie der *civilizing mission* ihre Überzeugungskraft; erstmals mußte sich der koloniale Staat durch Leistung bewähren. Und nationale Unabhängigkeit wurde denkbar. Im August 1916 hatte der US-Senat den Philippinen ihre Unabhängigkeit versprochen. Irland und Ägypten waren die ersten Länder, die sie realisierten.

Siebtens. Man hört dieser Tage oft die konventionelle Einschätzung wiederholt, daß die Pariser Ordnung an ihrer Halbherzigkeit und ihren eigenen Widersprüchen gescheitert sei.²⁰ Das ist nicht falsch. Man könnte aber auch sagen, daß sich weite Teile der Welt außerhalb des unmittelbaren Durchsetzungsbereichs der Pariser Beschlüsse auch weiterhin nicht weniger *selbst* ordneten als vor dem Krieg. Eine Unterscheidung zwischen Ordnenden und Geordneten läßt sich daher nicht immer eindeutig treffen. Große Länder wie die entstehende Sowjetunion, wie Japan, wie die sich formierende Türkische Republik organisierten sich nach eigenen Vorstellungen und unter Rückgriff auf eigene Ressourcen.

Achtens. Und das Resultat der verschiedenen Revolutionen? Nicht überall waren die Lösungen eindeutig und führten kurz nach Kriegs-

ende zu markanten Regimegründungen wie in Rußland, Italien und der Türkei. Länder wie Deutschland, China, sogar Japan waren in den zwanziger Jahren durch eine Konkurrenz von Ordnungsmodellen geprägt. Offene Richtungskämpfe wurden auch innerhalb antikolonialer Bewegungen ausgetragen, die oft in radikale und gemäßigte Flügel zerfielen – mit ganz unterschiedlichen Vorstellungen von der Zukunft. Die Revolutionen gingen weiter: in China und Indonesien bis 1949, in Vietnam bis 1945, in Indien auf besondere Weise bis zur gewaltreichen Teilung des Subkontinents 1947. Mit dem Ersten Weltkrieg hatte sie nur am Rande zu tun.

Anmerkungen

- 1 M. Sükrü Hanioglu, *A Brief History of the Late Ottoman Empire*, Princeton, NJ: Princeton University Press 2008, 150 f.; Ervand Abrahamian, *Iran: Between Two Revolutions*, Princeton University Press, 1982, 102-18.
- 2 Jonathan D. Spence, *The Search for Modern China*, New York: Norton 1990, 245-68.
- 3 Ähnlich für einen »langen« Krieg argumentierend, aber mit geringfügig abweichendem Zeitrahmen: Robert Gerwarth/Erez Manela (Hg.), *Empires at War, 1911-1923*, Oxford: Oxford University Press 2014. Daß in Europa der Krieg mit anderen Mitteln bis 1923 fortgesetzt wurde, zeigt Robert Gerwarth, *The Vanquished: Why the First World War Failed to End, 1917-1923*, London: Allen Lane 2016.
- 4 Rotem Kowner (Hg.), *The Impact of the Russo-Japanese War*, London/New York: Routledge 2007; John W. Steinberg u. a. (Hg.), *The Russo-Japanese War in Global Perspective: World War Zero*, Leiden/Boston: Brill 2005.
- 5 Oliver Janz, *14. Der Große Krieg*, Frankfurt a. M./New York: Campus 2013; Jörn Leonhard, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München: Beck 2014; Jay Winter (Hg.), *The Cambridge History of the First World War*. Bd. 1: *Global War*, Cambridge: Cambridge University Press 2014; Helmut Bley/Anorthe Kremers (Hg.), *The World during the First World War*, Essen: Klartext 2014.
- 6 Beispielhaft: Manfred F. Boemeke/Gerald D. Feldman/Elisabeth Glaser (Hg.), *The Treaty of Versailles: A Reassessment after 75 Years*, Cambridge: Cambridge University Press 1998.

- 7 Eine frühe Ausnahme bildet: Alan Sharp, *The Versailles Settlement: Peacemaking in Paris, 1919*, Basingstoke: Macmillan 1991; jetzt Adam Tooze, *The Deluge: The Great War and the Remaking of Global Order, 1916-1931*, London: Allen Lane 2014; Jörn Leonhard, *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923*, München: C. H. Beck 2018; ders., The Overburdened Peace: Competing Visions of World Order in 1918/19, in: *Bulletin of the German Historical Institute Washington*, 62 (spring 2018), 31-50.
- 8 Sarah C.M.Paine, *The Wars for Asia 1911-1949*, Cambridge: Cambridge University Press 2012.
- 9 Zu Woodrow Wilson gibt es eine unermeßliche Literatur. Neueste wichtige Beiträge sind: Lloyd E. Ambrosius, *Woodrow Wilson and American Internationalism*, Cambridge: Cambridge University Press 2017; Tony Smith, *Why Wilson Matters: The Origin of American Liberal Internationalism and Its Crisis Today*, Princeton, NJ: Princeton University Press 2017.
- 10 Den bisher besten Überblick geben Stefan Rinke/Michael Wildt (Hg.), *Revolutions and Counter-Revolution: 1917 and Its Aftermath from a Global Perspective*, Frankfurt a. M./New York: Campus 2017; zuvor schon der ausgezeichnete Aufsatz Nicholas Doumanis, Europe and the Wider World, in: Robert Gerwarth (Hg.), *Twisted Paths: Europe 1914-1945*, Oxford: Oxford University Press 2007, 355-80. Die größte Revolution der Epoche neben der russischen war die in Mexiko (1910-20), vgl. Alan Knight *The Mexican Revolution*, 2 Bde., Lincoln, NE: University of Nebraska Press 1986; ders., The Myth of the Mexican Revolution, in: *Past and Present* 209 (2010), 223-75.
- 11 Laura Spinney, *Pale Rider: The Spanish Flu of 1918 and How It Changed the World*, New York: Vintage 2017; daneben immer noch John M. Barry, *The Great Influenza: The Epic Story of the Deadliest Plague in History*, New York: Viking 2004; sowie die Spezialstudien in Howard Phillips/David Killingray (Hg.), *The Spanish Influenza Pandemic of 1918-19: New Perspectives* London/New York: Routledge 2003.
- 12 Die Belastung des Osmanischen Reiches ist lange unterschätzt worden. Vgl. aber jetzt Yiğit Akin, *When the War Came Home: The Ottomans' Great War and the Devastation of an Empire*, Stanford, CA: Stanford University Press 2018; auch Leila Tarazi Fawaz, *A Land of Aching Hearts: The Middle East in the Great War*, Cambridge: Cambridge University Press 2014.
- 13 Xu Guoqi, *Asia and the Great War. A Shared History*. Oxford: Oxford University Press 2017.
- 14 Dietmar Rothermund, *Indiens wirtschaftliche Entwicklung. Von der Kolonialzeit bis zur Gegenwart*, Paderborn: Schöningh 1985, 96-109.
- 15 Marie-Claire Bergère, *The Golden Age of the Chinese Bourgeoisie, 1911-1937*,

- a. d. Frz. v. Janet Lloyd, Cambridge University Press 1990; Xu Guoqi, *China and the Great War: China's Pursuit of a New National Identity and Internationalization*, Cambridge: Cambridge University Press 2005.
- 16 Frederick R. Dickinson, *War and National Reinvention: Japan in the Great War, 1914-1919*. Cambridge, MA: Harvard University Press 1999.
- 17 Naoko Shimazu, *Japan, Race and Equality: The Racial Equality Proposal of 1919*, London/New York: Routledge 1998; Susan Pedersen, *The Guardians: The League of Nations and the Crisis of Empire*, Oxford: Oxford University Press 2015.
- 18 Zum Übergang vom osmanischen Imperium zum türkischen Nationalstaat vor allem: Eugene L. Rogan, *The Fall of the Ottomans: The Great War in the Middle East, 1914-1920*, London: Allen Lane 2015; Ryan Gingeras, *Sorrowful Shores: Violence, Ethnicity, and the End of the Ottoman Empire, 1912-1923*, Oxford/New York: Oxford University Press 2009 (Fallstudie einer Region am Marmara-Meer); ders., *The Fall of the Sultanate: The Great War and the End of the Ottoman Empire, 1908-1922*, Oxford: Oxford University Press 2016; Michael Provence, *The Last Ottoman Generation and the Making of the Modern Middle East*, Cambridge: Cambridge University Press 2017. Zur Einordnung der kemalistischen Türkei in einen breiteren zeitgenössischen Kontext vgl. instruktiv: Stefan Plaggenborg, *Ordnung und Gewalt. Kemalismus, Faschismus, Sozialismus*, München: Oldenbourg 2012.
- 19 Erez Manela, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford: Oxford University Press 2007. Manelas Thesen finden sich in komprimierter Form in ders., Dawn of a New Era: The »Wilsonian Moment« in Colonial Contexts and the Transformation of World Order, 1917-1920, in: Sebastian Conrad/Dominic Sachsenmaier (Hg.), *Competing Visions of World Order: Global Moments and Movements, 1880s-1930s*, New York/Basingstoke: Palgrave Macmillan 2007, 121-49.
- 20 Eckart Conze, *Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*, Berlin: Siedler 2018; Leonhard, *Der überforderte Frieden*.

KARL SCHLÖGEL

ERSTER WELTKRIEG, REVOLUTION IN
RUSSLAND UND NACHKRIEGSORDNUNG –
WAS BEDEUTET DAS JAHR 1918
FÜR DAS ÖSTLICHE EUROPA?

Jahrestage, besonders Zentenarien, haben – trotz aller Kritik am Kultur- und Konferenzbetrieb – doch einen gewissen Sinn. Man verwissert sich noch einmal eines Ereignisses oder eines Vorgangs, den man schon zu kennen glaubt. Wahrnehmung und Interpretationen ändern sich, Narrative werden modifiziert oder gar umgestoßen. Beispiele dafür gibt es genug. Im vergangenen Jahr blickte man zurück auf 100 Jahre russische Oktoberrevolution, und es stellte sich heraus, daß es trotz einer unendlichen großen Forschungsliteratur doch eine gewisse Ratlosigkeit gab, so etwas wie ein abschließendes Urteil zu fällen. Geschichtspolitisch war es in Russland selbst ja zu einer dramatischen Wende gekommen. Was einmal ein zentrales Datum im roten Festtagskalender war – der 7. November –, war nun abgesetzt und ersetzt durch einen 4. November, von dem kaum jemand wußte, was er zu bedeutet hat (angeblich das Datum der Befreiung Moskaus von den polnisch-litauischen Okkupanten im Jahre 1612 und Beginn der Herrschaft der Romanows). Wladimir Putin hat, so Vera Tolz, sogar gesagt, die Niederlage Rußlands im Ersten Weltkrieg sei »Resultat des nationalen Verrats der bolschewistischen

Führung« gewesen. Oft ist man sich ja nicht einmal über das genaue Datum einig. Zwar wurde der Waffenstillstand in Compiègne am 11. November 1918 um 5 Uhr 20 unterzeichnet, aber in den Kolonien, in Deutsch-Ostafrika, erfuhr man davon erst zwei Wochen später. Auch bestehen begründete Zweifel, warum Epochenenden an einem einzigen Datum festgemacht werden sollen. Das Datum, mit dem wir heute zu tun haben – das Jahr 1918 –, wird, je nach Land, je nach Partei, ganz unterschiedlich wahrgenommen. In diesem Jahr feiern viele Staaten das hundertjährige Jubiläum ihrer Gründung, ihrer Unabhängigkeit und führen uns noch einmal jene »Parade der Souveränitäten« vor Augen. Aber was für die einen der Zusammenbruch eines Imperiums ist, ist für die anderen die lang ersehnte Befreiung aus dem »Völkergefängnis«, die einen pathetisch-enthusiastisch, die anderen mehr verhalten – in Finnland, den baltischen Staaten, in Tschechien; in Polen ist der 11.11. seit jeher ein bedeutender nationaler Feiertag, und sogar in der Ukraine erinnerte man sich an die Proklamation des eigenen unabhängigen Staates, auch wenn dieser im Jahre 1918 nur von kurzer Dauer war.

Was den deutschen Fall angeht, so stehen wir – so glaube ich jedenfalls – stark unter dem Eindruck der nachfolgenden Geschichte. Alle Geschichte erscheint retrospektiv im Schatten der kommenden Katastrophe, und November-Revolution und Ausrufung der Republik ist so von Anfang an die unvollständige, die gescheiterte, die steckengebliebene, sogar die verratene, die schon den Keim ihre Untergangs in sich trägt. Alles steht im Schlagschatten dessen, was folgt. Das gilt nicht nur für den deutschen, sondern auch für den russischen Fall, in dem alle Geschichte zur Vorgeschichte des Stalinismus zusammenschrumpft. Und tatsächlich ist es ja kaum möglich, sich vom Mehrwissen der Nachgeborenen, dem Privileg der Späteren, zu lösen und jene Offenheit des geschichtlichen Prozesses zu denken, mit der die Zeitgenossen, die Akteure, die Betroffenen und Involvierten konfrontiert waren. Kurzum: Es ist nicht einfach, sich aus der insgeheimen Teleologie zu lösen und die Offenheit der geschichtlichen Prozesse zurückzugewinnen.

Das ist für das östliche Europa besonders kompliziert, weil hier in

einem überaus kurzen und turbulenten Zeitraum viele Prozesse ineinander verschlungen gleichzeitig abliefen: Kriegs- und Bürgerkriegsfront, sozialer Umsturz und nationale Befreiung, der feierliche Ton der Marseillaise und das Grauen der Pogrome. Es ist der Raum, in dem die großen Imperien aufeinanderstießen, von denen nach der Schlacht keines mehr existieren wird: das der Habsburger, der Romanows, der Osmanen, der Hohenzollern, hier ist das Laboratorium einer Nationsbildung, die fast über Nacht kam, und der gewalttätigste Zusammenstoß der Imperien wird zum Katalysator einer neuen Staatenwelt. Hier nimmt der Schauplatz Gestalt an, den Timothy Snyder als »Bloodlands«, Omer Bartov als »the shatter zones of Europe« bezeichnet hat, nur zwanzig Jahre später der Raum geschichtlich präzedenzloser Gewaltentfaltung zweier totalitärer Regime, deren Ursprünge eben zurückführen in die erste Nachweltkriegszeit.

Ich möchte folgende Gesichtspunkte zu unserer Diskussion beisteuern:

Erstens: Der Weltkrieg als der Anfang vom Ende des Russischen Imperiums und als Bedingung der Revolution.

Zweitens: Die Etablierung der Sowjetmacht und die Auswirkungen im internationalen/globalen Kräftefeld

Drittens: Wilson und Lenin. Imperium und neue Staatenwelt. Das Erbe der Imperien: Minderheitenprobleme und Grenzkonflikte
Statt eines Schlusses: die postimperiale Situation.

Erstens: Der Weltkrieg als der Anfang vom Ende des Russischen Imperiums und als Bedingung der Revolution

Der »Große Krieg« war in Rußland/Sowjetunion – was die öffentliche Erinnerung, die Forschung, die Literatur angeht – bis in die letzten Jahre ganz und gar im Schatten des »Großen Oktober« und dann des »Großen Vaterländischen Krieges« verschwunden. Weder wurde die enorme Mobilisierungskraft und Leistungsfähigkeit des Zarenreiches hervorgehoben, wie das Norman Stone in seinem

bahnbrechenden Buch über die »Eastern Front« in den 1970er Jahren getan hatte, noch wurde auf die desorganisierende, desintegrierende Wucht des Krieges hingewiesen – die Revolution war vor allem das Werk einer strategisch und taktisch überlegen agierenden Avantgarde – der Bolschewiki, nicht so sehr das Ergebnis eines naturwüchsigen Zerfallsprozesses, sondern das einer »bewußten Aktion« in welthistorischer Absicht. Von den ungeheuren Opfern, von den durch den Krieg erzeugten tektonischen Verwerfungen oder gar von dem Kontinuum der Gewalt zwischen Kriegsausbruch 1914 und Beendigung des Bürgerkriegs 1920 war kaum die Rede. Diese Sicht hat sich aus vielerlei Gründen geändert. Man nahm die – wenigstens vorübergehend – mobilisierende und zusammenschließende Kraft des Patriotismus in den ersten Kriegsjahren und in immer neuen verzweifelten Offensiven zur Kenntnis und begann die einst gepriesenen Pazifisten und Kriegsgegner als Defaitisten zu bezeichnen. Was lange tabu gewesen war – etwa die Hilfestellung des deutschen Generalstabs bei der Heimreise der Revolutionäre aus der Schweiz –, wurde jetzt öffentlich besprochen, und man gewann den Eindruck, die Revolution in Rußland sei tatsächlich das Werk »Fünfter Kolonnen« gewesen, nicht aber der Kollaps eines in mehr als drei Jahrhunderten gewachsenen Reiches, das den Belastungen der neuen Zeit nicht gewachsen war. Aber es war der Krieg, der vieles bewirkte, was das Reich zum Zusammenbruch brachte, nicht die kleine Gruppe um Lenin und nicht Abgesandte einer fremden Macht. Joshua Sarnoff hat sogar die Frage gestellt, ob man nicht auf den Terminus der »russischen Revolution« verzichten sollte, wo es doch viel näherliegend wäre, einfach von einem Prozeß der Dekolonisierung zu sprechen. »It is a curious fact that we have no term other than revolution to describe the end of the Russian Empire. When the British Empire collapsed, it was called »decolonization« ... But that word is almost never used in reference to Russia.« Der Krieg ist die große Mobilisationsmaschine, die Hunderttausende von Soldaten aus dem weiten Reich ausgehoben, organisiert, diszipliniert hat. Der Krieg fungiert als Maschine, die bewerkstelligt, was Industrialisierung und Urbanisierung selbst im Laufe von Jahrzehnten nicht zuwege

gebracht haben – die Entwurzelung von Millionen von Menschen, die bis dahin aus ihren Dörfern nicht herausgekommen waren. Der Krieg ist die Qualifikationsmaschine, die Bauern zu Soldaten macht, sie unter Waffen setzt, die sie zu gebrauchen wissen, es ist die gewaltige Agentur, die nolens volens die Emanzipation der Frauen betreibt, indem sie sie in die Produktionsmaschine integriert. Der Krieg ist das Experimentier- und Übungsfeld, wo neuere, effektivere, rationellere Formen der Produktion, Verteilung, Logistik entwickelt werden, und Experten, für die es bisher keine Verwendung gab, endlich loslegen können. Die hochzentralisierte und monopolisierte Kommandowirtschaft war nicht erst Lenins Idee, sondern das Werk des zarischen und bürgerlichen Kriegsindustriekomitees. Der Krieg ist die große Bewegungsmaschine, die Millionen von Menschen entlang der Fronten und ins Reichsinnere verschiebt. »A whole Empire walking« – das ist der treffende Titel, unter dem Peter Gatrell seine Geschichte der Entwurzelung, der Evakuierung, Massendepортationen, der Umsiedlung und Flucht geschrieben hat. Ihre Zahl – an die 7,5 Millionen Menschen – übersteigt bei weitem die Zahlen der Arbeiterklasse im Russischen Reich (im Zweiten Weltkrieg waren es an die 10 Millionen Evakuierte, Flüchtlinge u.a.). Der Krieg hat Enthemmung, Verrohung und Brutalisierung vorangetrieben, er war – wie anderswo auch – Schule des Terrors und Gewöhnung an Bestialität. Und wir sprechen immer von einem Jahrzehnt Krieg, der übergeht in den Bürgerkrieg, vom Kontinuum eines Gewaltzeitraums.

*Zweitens: Die Etablierung der Sowjetmacht und
die Auswirkungen im internationalen/globalen Kräftefeld*

Die Revolution in ihren Etappen der Radikalisierung verläuft nicht entlang eines strategischen Plans der Bolschewiki, sondern es sind – einmal an die Macht geputscht – unter Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands Notstandsregime, die sich von Anfang an nur auf eine prekäre Legitimation stützen können. Die Hoffnung auf die

Ausbreitung der russischen zu einer globalen Revolution war keine visionäre Phantasterei, sondern Überlebensstrategie. Es sollte freilich anders kommen. Die Bolschewiki treiben die Bewegungen, die sie nicht erzeugt haben, an, sie reiten den Tiger, was nur mit einer bestimmten Art von mentaler Vorbereitung – Untergrund, Desperados, die Intelligenz der Schwachen – zu machen war. Sie treten nicht für das Ende des Krieges ein, von dem sie wissen, wie sehr es von den Völkern herbeigesehnt wird, sondern für dessen Umwandlung in den Bürgerkrieg. Sie kämpfen nicht für ihr eigenes Agrarprogramm – das da gut marxistisch lautete: Sozialisierung von Grund und Boden –, sondern kapern das politische Programm der Konkurrenz der SR und befeuern die spontane Landnahme, die die Bauern seit dem Zusammenbruch der Ordnung auf eigene Faust betreiben. Sie proklamieren das Recht auf Abspaltung und Selbstbestimmung, aber nur solange diese der Desintegration des imperialen Zusammenhangs dient – und keinen Tag länger; denn sie haben die Sprengkraft der nationalen Frage längst erkannt und versetzen so dem Imperium den Todesstoß. Sie beteiligen sich an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, aber in dem Augenblick, wo sie zusammentritt und sie darin nicht die Mehrheit haben, wird sie auseinandergejagt, von da an gibt es keine Parteien, keine freie Presse, keine Versammlungen oder Prozessionen mehr. Die Revolution vollendet in gewissem Sinne, was der Krieg schon weitgehend bewirkt hat: den Ruin der Institutionen des Ancien régime, die Auflösung des Gewaltmonopols, den Zusammenbruch von Autorität, alles Symptome eines failing state, eines gescheiterten Staates. Strukturen, Hierarchien, Verhaltens- und Lebensformen, die sich über Generationen aufgebaut hatten, sacken unter tätiger Mithilfe binnen kürzester Zeit in sich zusammen und egalisieren einen jahrhundertelange Prozeß, eine Revision, die größer nicht denkbar ist. Ein Elitenwechsel von präzedenzloser Radikalität, mit einem neuen, bisher nicht gesehenen Typus von Machthabern: versiert, kampferprobt, hoch diszipliniert, auch weltläufig durch Jahre im Exil, professionell, was den Kampf um Definitionshoheit betrifft und rücksichtslos, wenn diese allein nicht mehr ausreicht und der Griff zu

den Waffen die letzte Option ist – gemäß dem Spruch »Der Zweck heiligt die Mittel«, *salus populi, salus revolutionis*. Wahrscheinlich hat es seit der Französischen Revolution keinen derart abrupten Elitenwechsel gegeben, mit dem Auftauchen eines Typus, in dem viele traditionelle Züge russischer Elitenbildung zusammentreffen: die vom Volk losgelöste Aristokratie, eine hypertrophe und zur Untätigkeit verdamnte Intelligenzija, die Dämonen Dostojewskis, Tschernyschewskis asketischer Revolutionär, der weder sich noch andere schont. Eine neue Elite, die unschlagbar ist, wenn es ihr gelingt, mit den »Massen« eine Sprache zu finden und gemeinsame Sache zu machen. Die Rechnung des deutschen Generalstabs – einen regime change zu lancieren – war nur für einen Augenblick – vom Diktat von Brest-Litowsk im Februar bis zur deutschen Novemberrevolution 1918 – aufgegangen.

Freilich ist die Situation des failing state, die Situation der Anomie, der Anarchie, auch die Situation, die das Phantastische, Unwahrscheinlichste ermöglicht – für einen Augenblick: eine wahre Explosion des wilden Denkens, der künstlerischen Phantasie und Produktion von Formen, die die Welt bisher nicht gekannt hatte – die Welt verdankt diesem Moment der vorübergehenden Herrschaftslosigkeit das, was man sowjetische Avantgarde genannt hat, was in Wahrheit aber bereits im Silbernen Zeitalter vor der Revolution ausgebrütet worden war: in der Malerei, auf dem Theater, in der Literatur, in der Architektur. Sowjetrußland – für einen Augenblick – eine Weltmacht der Kultur und gleichzeitig – wie wir aus Isaak Babels Prosa wissen – Gelände der Gewalt an den Fronten Front zwischen Rot und Weiß, ein Kontinuum aus Greueln, Epidemien, Hungersnot, die der Bevölkerung des einstigen Imperiums mehr Opfer abverlangen als der Große Krieg selbst.

Die sowjetrussische Revolution ist Signal von Erschütterungen, die sich außerhalb Rußlands, in die ganze Welt fortpflanzen und ihren Widerhall finden: in den Aufständen der Matrosen von Kiel und Bremen, in den Revolutionen in Berlin und Wien, in den Räterepubliken von Budapest und München, in den antiimperialistischen und antikolonialen Bewegungen der Völker des Ostens, als deren

Vorposten sich Sowjetrußland versteht. Der Kommunismus ist kein Gespenst mehr, sondern – in Gestalt der 1919 gegründeten Komintern – eine reale Kraft, auch wenn der weltweite Aufstand sich an der Stabilität der bürgerlich-kapitalistischen Welt brechen wird. Der russische Bolschewismus ist fortan die Verkörperung von beidem: einer Faszination, daß eine Welt jenseits von Krieg und Kapitalismus möglich sein soll, und eines Schreckens vor einer Macht, der alles zugetraut wird und auf die alle Übel der Welt projiziert werden können. Das Bild von der Erlösung und die Projektion einer Weltverschwörung – vorzugsweise einer jüdisch-bolschewistischen – ist von nun an präsent auf allen Kriegs- und Bürgerkriegs-Schauplätzen im Nachkriegs-Europa. Die Angst, daß es auch anderswo zu einem »zweiten Rußland« kommen könnte, war nicht unberechtigt, immerhin waren mehr als ein Dutzend ausländische Mächte an militärischen Interventionen im Bürgerkrieg engagiert, und Aufstieg des Faschismus und National-Sozialismus ist ohne diesen Hintergrund kaum denkbar.

*Drittens: Wilson und Lenin. Imperium und neue Staatenwelt.
Minderheitenfrage und Grenzkonflikte*

1917 war ja nicht nur das Jahr der russischen Oktoberrevolution, sondern auch das des Kriegseintritts Amerikas. Beide sind in ihrer Zeit in einem Atemzug genannt worden, die Namen beider stehen für Entwicklungen in Europa nach dem Krieg: Woodrow Wilson mit seiner Deklaration der 14 Punkte zur Selbstbestimmung der Völker, Lenin mit der Erklärung zum »Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung, bis hin zu einer Loslösung und Bildung eines selbständigen Staates« vom November 1917, die so lange galt, als es um die Destabilisierung des zarischen Imperiums ging, die aber außer Kraft gesetzt wurde, als es um die Wiederherstellung des Imperiums unter sowjetischem Vorzeichen ging, was mit der Gründung der UdSSR Ende 1922 auch geschah. Die Sowjetmacht mußte allerdings, sollte sie nicht von der Bühne verschwinden, Konzessionen

machen, was mit der Politik der »Einwurzelung« in den 1920er Jahren geschah. Den in der UdSSR wieder zusammengefaßten Völkern wurde eine bis dahin nicht dagewesene kulturelle Autonomie gewährt, es kam unter nationalkommunistischem Vorzeichen zu einem regelrechten Völkerfrühling (eigene Sprache, Theater, Schulen, autonome Verwaltung), die freilich ein brutales Ende fand in Stalins erneuertem eurasischem Imperium (Beseitigung der nationalen Eliten, Entfesselung eines schrankenlosen Terrors, Zentralisierung und Sowjetisierung).

Aus dem Zusammenbruch der großen Imperien ging eine neue Staatenwelt hervor, mit neuen politischen Ordnungen und neuen Grenzen. Diese wurden zwar auf den Pariser Vorort-Konferenzen ausgearbeitet, verhandelt, festgelegt, doch in Wahrheit sind die unmittelbaren Nachkriegsjahre geprägt von einem an vielen Stellen gewaltsamen Prozeß der neuen Grenzziehungen und einer kaum abreißenden Serie von Grenz- und Volkstumskämpfen. Für die neue politische Landkarte stehen die Namen Versailles, Trianon, St. Germain, Neuilly, Sèvres. Die Frontbildung verlief zwischen Verlierer- und Siegerstaaten, und es war kaum möglich, unter so Ungleichen einen gerechten Frieden zu finden – manche betroffenen Regierungen waren gar nicht mit am Verhandlungstisch – wie im Falle Deutschlands oder Rußlands.

Ein Beispiel für einen Frieden, der freilich nicht halten konnte, war der vom Deutschen Reich der Sowjetmacht aufgezwungene Frieden von Brest-Litowsk vom März 1918, der ein riesiges informelles Landimperium unter dem Namen »Land Oberost« schuf, Höhepunkt der deutschen Kriegszielpolitik im Osten, mit einem besetzten Territorium von 1,6 Millionen Quadratkilometern – die doppelte Größe des Deutschen Reiches –, das ein Drittel der Vorkriegsbevölkerung Rußlands beinhaltet, über 70 % der Metallurgie und über 80 % der Kohleindustrie –, ein Territorium, das zwei Jahrzehnte später wiederum Schauplatz von Krieg und Ausbeutung werden sollte.

Worum es bei der Entstehung einer neuen Staatenwelt nach dem Ende der Imperien ging, läßt sich nicht nur an der großen Zahl der neuen Staaten zeigen (Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen,

Königreich Jugoslawien, Tschechoslowakei, Deutsch-Österreich, Türkei), sondern auch an besonders krassen und schwierigen Fällen wie der Wiederherstellung Polens nach mehr als 100 Jahren Teilung. Aus drei Teilungsgebieten mußte ein Staat wieder geschaffen, neu zusammengefügt werden, mit unterschiedlichen Schul- und Bildungssystemen, unterschiedlichen Verkehrssystemen, Währungen und Ausrichtung auf die Hauptstädte – Petersburg, Wien, Berlin. Die Grenzfindung und Grenzziehung vollzog sich über Jahre in kriegerischen Auseinandersetzungen (polnisch-sowjetischer Krieg, kurzzeitige militärische Besetzung Kiews), Volksabstimmungen in ethnisch gemischten Grenzonen (Oberschlesien, Allenstein), Annexionen (die Wilna-Frage). Besonders drastisch waren die Regelungen, die Ungarn betrafen, das zwei Drittel des Vorkriegsterritoriums und 75 % der Vorkriegsbevölkerung einbüßte. Auch Deutschland war von Gebietsabtretungen betroffen – etwa Elsaß-Lothringen und Posen. Unter den Tausenden von Experten auf den Pariser Konferenzen stellten die Geographen, Kartographen, Ethnographen eines der wichtigsten Kontingente. Europa wurde neu vermessen. Während die Imperien transnationale wirtschaftliche und kulturelle Großräume darstellten, zerfiel die neue Staatenwelt in die kleinteilige, von vielen Grenzen und Korridoren markierte Territorien, deren Zugehörigkeit zu den neuen Staaten oft umstritten war. So beginnt mit der Nachkriegszeit auch eine Zeit der *contested borders* und die mit Grenzziehung verbundenen, oft leidenschaftlichen Iridentismen, Revisionismen und Revanchismen (Volkstumskämpfe, Instrumentalisierung von jenseits der Grenze lebenden Minderheiten u. ä.).

Die aus den Vielvölkerimperien hervorgegangenen Staaten waren keine ethnisch, sprachlich, kulturell oder religiös homogenen Nationalstaaten. Sie waren in der Regel Nationalstaaten mit großen Minderheiten, die sich aus den Gemengelagen der Vielvölkerimperien ergeben hatten und die in den klassischen Nationalstaaten, an denen sich das Wilsonsche Projekte orientiert hatte – Frankreich, Großbritannien –, mehr oder weniger eingeschmolzen, homogenisiert waren. Die meisten Staaten waren heterogene und komplexe Gebilde,

in denen sich nationale, soziale, sprachliche Schichten überlagerten und die nun – in den Staaten der Titularnationen – oftmals Quelle von Spannungen und Instabilität wurden. Die zweite polnische Republik – ein Zwischending von alter Rzeczpospolita und modernem Nationalstaat – war zu 70 % polnisch, fast ein Drittel bezeichnete sich in den Volkszählungen als Ukrainer, Weißrussen, Juden, Deutschen. In der Tschechoslowakei stellten Deutsche gut 23 % der Gesamtbevölkerung. Soziale und nationale Schichtungen überlagerten sich. Lemberg, das nun zu Polen gehörte, war lange Zeit auf Wien ausgerichtet, war kulturell und sprachlich weitgehend eine polnische Stadt mit einem hohen jüdischen Bevölkerungsanteil, während das Ukrainertum – Ruthenen – die Mehrheit auf dem Land stellte, so daß soziale Schichtung sich überlagerte mit unterschiedlicher sprachlicher, kultureller Zugehörigkeit und wohl auch unterschiedlich ausgeprägter Loyalität. Diese hatten sich in der Ordnung des Imperiums, solange diese stabil und intakt war, die Balance gehalten, in der kritischen Situation des nation building konnten sich diese Gemengelagen in ein explosives Pulverfaß verwandeln, besonders wenn diese von außen instrumentalisiert und befeuert wurden.

Die Zeit der Grenzziehungen ist von Anfang an verbunden mit Wanderungsbewegungen – bald freiwilligen, bald erzwungenen, bald spontanen, bald planmäßigen. Es brauchte allerdings noch eine Zeit, bis sich eine Konzeption, eine Theorie durchsetzen sollte, der zufolge die Lösung der unseligen Minderheiten-Probleme in der Beseitigung der Minderheiten, also in der ethnischen Säuberung, bestand, wie das zum ersten Mal von dem Schweizer Anthropologen und Völkerkundler Georges Montandon im Ersten Weltkrieg formuliert worden war. In seiner Broschüre »Frontières nationales: Détermination objective de la condition primordiale nécessaire à l'obtention d'une paix durable« (Lausanne 1915) meint er, daß Kriege in Zukunft vermieden werden könnten, wenn das Staatensystem auf die Basis des Nationalitätenprinzips gestellt werde: »Nach der Festlegung einer (wenn möglich) natürlichen Grenze durch die massive Verpflanzung von Nichtangehörigen der Nation oder von solchen, die dafür erklärt werden, in Gebiete jenseits der Grenze, fern der durch das

Verbot des Eigentumsrechts oder selbst des Aufenthaltsrechtes für Ausländer in den Grenzprovinzen«. Er meinte die »transplantation massive« ganz konkret, auf einzelne Bevölkerungsgruppen bezogen. Parallel zum Versuch eines Minderheitenschutzes im Völkerbund spielt sich daher eine Wanderungs- und Vertreibungsgeschichte ab, die dazu führen sollte, vom 20. Jahrhundert als dem »Jahrhundert der Flüchtlinge« zu sprechen.

Die erste und größte Flüchtlingsbewegung ist mit dem Bürgerkrieg im ehemaligen Russischen Reich verbunden, mit dem Exodus von rund 2 Millionen Menschen, die zu einer neuen Diaspora, zur Herausbildung des »Stammes der Staatenlosen und Apatriden« führen sollte – so Hannah Arendt in ihrem Hauptwerk »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft«. Es war nicht die einzige im Gefolge von Weltkrieg und Bürgerkrieg, eine weitere Stufe war der Bevölkerungsaustausch zwischen der Türkei und Griechenland im Jahre 1923 – von Lord Curzon als »unmixing nations« bezeichnet. Aber überall in Europa sind Hunderttausende in Bewegung aus ihrer angestammten Heimat (aus Posen ins Deutsche Reich, aus der Tschechoslowakei und aus Rumänien nach Ungarn, aus Elsaß-Lothringen ins Reich usf.). Überall in der Folgezeit werden die Minderheiten als »Fünfte Kolonnen« instrumentalisiert, als Werkzeuge für Grenzrevisionen (München 1938 z. B.). Es gibt keine »logische Entwicklung« bis zu diesem Punkt – bis dahin passiert noch viel: die Weltwirtschaftskrise u. a. –, aber die genannten Probleme – Minderheiten und Grenzziehungen – hatten von allem Anfang an das Potential für kommende mörderische Auseinandersetzungen.

Das östliche Europa war auch das Zentrum des europäischen Judentums. Der jüdische Ansiedlungsrajon des Russischen Reiches, in dem mehr als 5 Millionen Juden lebten, war seit Kriegsbeginn Front und Kriegsgelände geworden, über das mehrfach Kriegs- und Bürgerkriegsparteien hinweggezogen waren. In den Westgebieten des Russischen Reiches wurden sie als unzuverlässige, illoyale und sogar deutschfreundliche Minderheit, potentielle 5. Kolonne und Spione stigmatisiert. Sie gehören zur ersten Gruppe der Zwangsevakuierten, sprich der ins Reichsinnere deportierten Minderheiten,

nicht selten verbunden mit pogromähnlichen Ausschreitungen. Sie sind jene Minderheit im östlichen Europa, die sich nicht auf einen künftigen Nationalstaat beziehen kann. Zwar war mit der Balfour-Deklaration 1917 Palästina als »nationale Heimstätte des jüdischen Volkes« proklamiert worden – neben der Schaffung und Erfindung anderer Staaten aus der Erbmasse des Osmanischen Reiches –, aber das Hauptergebnis des Zusammenbruchs der drei Reiche, vor allem des Russischen Reiches, war die Auflösung des Ansiedlungsrayons, die Gleichstellung der Juden im Zuge der Februarrevolution und der massive Exodus der Juden aus den armseligen und rückständigen Shtetln in die urbanen Zentren des ehemaligen Russischen Reiches, nun Sowjetrußlands, was einer rasanten sozialen Aufstiegsbewegung gleichkam, die sie in den Augen der weißen Gegenrevolution automatisch zu Sympathisanten, ja Trägern bolschewistischer Macht machte und sie zwischen den Fronten des Bürgerkriegs zu den bevorzugten Opfern von Terror und Gegenterror werden ließ. Das östliche Europa der Jahre zwischen 1918 und 1921 ist daher auch der Schauplatz der größten Pogromwelle – insbesondere auf dem Territorium der Ukraine und Weißrußlands, wo sie von den Weißen als Repräsentanten der bolschewistischen Macht, von den Roten als Repräsentanten der Großbourgeoisie oder des Kleinbürgertums ins Auge gefaßt wurden. Zwischen 50.000 und 200.000 Juden sollen den Pogromen zum Opfer gefallen sein (Tscherikower, Schechtman). Als 20 Jahre später Wehrmacht und Einsatzkommandos einrückten, bewegten sie sich auf einer ihnen schon aus dem ersten Krieg bekannten Topographie – Land Oberost und ehemaliger Ansiedlungsrayon.

*Statt eines Schlusses:
die postimperiale Situation als Nachkrieg und Vorkrieg*

Unsere Beschäftigung mit dieser Zeit von Krieg und Revolution ist ja nicht ganz interesselos. Ohne in die Falle der Analogien zu tapen, befinden wir uns doch am Ende des Kalten Krieges und der zwei großen Blöcke – Ost und West – nach der Auflösung der Vielvöl-

kerstaaten Sowjetunion und Jugoslawien – in einer postimperialen Situation. Es gibt keine Teleo-Logik, die auf Auschwitz oder Kolyma zuläuft. Wir können uns aber ins Bild setzen darüber, wie andere vor uns mit extremen Konfliktlagen umgegangen sind, Krisen gemeistert haben oder an ihnen gescheitert sind. Es gibt Situationen der Überforderung, der Vermeidung, aber auch des Absturzes in den Krieg und Bürgerkrieg. Es gibt keine Garantie dafür, daß ein Europa oder eine Welt mit den Problemen besser zurande kommt als die Generation, die vor 100 Jahren halbwegs damit fertig geworden ist. Aber das – die Situation der zweiten Globalisierung, die Entstehung einer polyzentrischen Welt, der schwierige und schmerzliche Vorgang der Erfindung einer modernen russischen Nation nach dem Ende des Imperiums –, das wäre Thema einer anderen Veranstaltung.

DRITTER TEIL

DIE FRÜHJAHRSTAGUNG IN BERLIN
VOM 31. MAI BIS 3. JUNI 2019

VORTRAG IM FESTSAAL DES
VETERINÄRMEDIZINISCHEN INSTITUTS
DER HUMBOLDT UNIVERSITÄT ZU BERLIN

1. JUNI 2019

GERHARD CASPER

DER AMERIKANISCHE PRÄSIDENT IM
VERFASSUNGSRECHT UND IN DER
VERFASSUNGSWIRKLICHKEIT

Mein Thema ist die Stellung des amerikanischen Präsidenten im Verfassungsrecht und in der Verfassungswirklichkeit der Vereinigten Staaten. Zunächst einige Worte über die »governance«-Struktur der Verfassung.

Die amerikanische Gründergeneration schuf ein föderales Regierungssystem, das auf Bundesebene repräsentative demokratische Elemente mit komplizierten »checks and balances« (gegenseitigen Kontrollen) verbindet, da die Gründer eher pessimistisch waren und von den Regierenden wenig Gutes erwarteten. Die Verfassung zielt darauf ab, selbst *Mehrheiten* zu kontrollieren, die, in den Worten von James Madison, durch gemeinsame Leidenschaft oder Interessen vereint, den Rechten anderer Bürger oder den fortdauernden Interessen des Gemeinwesens entgegenwirken.

So besteht der Kongreß aus zwei mehr oder minder gleich wichtigen Häusern, von denen das Repräsentantenhaus aus auf zwei Jahre gewählten Abgeordneten zusammengesetzt ist. Die Repräsentanten werden nach dem relativen Mehrheitswahlrecht gewählt in Wahl-

kreisen, die auf die Einzelstaaten gemäß ihrer Bevölkerungszahl verteilt sind. Im Senat hat jeder der Einzelstaaten, unabhängig von seiner Größe, zwei Senatoren. Zum Beispiel haben die sieben bevölkerungsmäßig kleinsten Staaten jeweils nur einen Abgeordneten, aber zwei Senatoren. Senatoren haben eine Amtszeit von sechs Jahren, und je ein Drittel des Senats wird alle zwei Jahre neu bestimmt. Häufige Wahlen intendieren ihrerseits Kontrollen.

Die Exekutivgewalt liegt in den Händen des Präsidenten, der, unabhängig vom Kongreß, alle vier Jahre in den verschiedenen Einzelstaaten gewählt wird. Technisch erfolgt dies durch Wahlmänner, die einem Kandidaten zugeordnet sind. Die Zahl der Wahlmänner pro Einzelstaat wird bestimmt durch die Gesamtzahl seiner Repräsentanten und Senatoren. Diese Formel erhöht geringfügig den Einfluß der kleineren Staaten in den Präsidentschaftswahlen. Seit 1951 darf der Präsident höchstens einmal wiedergewählt werden. Er kann nur im Verfahren der Präsidentenanklage (impeachment) seines Amtes enthoben werden.

In 48 der Einzelstaaten gewinnt der Präsidentschaftskandidat mit den meisten Stimmen alle Wahlmänner. Sie werden nicht nach dem Verhältnisprinzip aufgeteilt, z. B. erhielt Trump 2016 in Michigan 47,6 % der Stimmen, Clinton 47,3 %, aber alle 16 Wahlmänner Michigans gingen an Trump. Das Wahlsystem hat viermal dazu geführt, zuletzt in den Jahren 2000 und 2016, daß die Mehrheit des Wahlkollegiums nicht der Mehrheit der Volksstimmen entsprach. Allerdings noch nie war der Stimmenvorsprung des Verlierers so groß wie im Fall Hillary Clinton – fast 3 Millionen.

Gesetze bedürfen der Zustimmung beider Häuser des Kongresses und des Präsidenten. Legt der Präsident ein Veto ein, so braucht es eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern, um das Veto zu überstimmen.

Die Gerichtsbarkeit hat die Befugnis, alles Recht auf seine Verfas-

sungsmäßigkeit hin zu prüfen und verfassungswidrige Gesetze nicht anzuwenden. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat unter den Gerichten kein Entscheidungsmonopol, aber das letzte Wort die Bundesverfassung betreffend.

Artikel II der amerikanischen Verfassung beginnt mit den Worten: »The executive Power shall be vested in a President of the United States of America«, die vollziehende Gewalt ist dem Präsidenten verliehen. Die Frage ist, was »the executive power« bedeutet. Zunächst ist vor allem gemeint die Ausübung von spezifischen, in der Verfassung aufgeführten Zuständigkeiten des Präsidenten (etwa als Oberbefehlshaber oder bei der Ernennung von hohen Beamten und Bundesrichtern) und der Vollzug (execution) der vom Kongreß verabschiedeten Gesetze.

Während die vollziehende Gewalt dem Präsidenten zusteht, gibt es dennoch auf verschiedenen Rechtsgebieten, etwa dem Wettbewerbsrecht, unabhängige Bundesbehörden (sog. »independent agencies«), die der Kongreß errichtet hat und deren Mitglieder zwar vom Präsidenten ernannt werden, aber in ihren Entscheidungen ihm in der Regel nicht untergeordnet sind. Zu diesen unabhängigen Institutionen gehört auch die amerikanische Zentralbank.

Verfassungsrechtlich wird häufig die Frage diskutiert, ob der Begriff »executive power« Zuständigkeiten einschließt, die in der Verfassung nicht ausdrücklich erwähnt werden, die man aber als exekutiv ansehen könnte, etwa die Kompetenz, einen Notstand zu erklären. Was den gefährlichsten aller Notstände, Krieg, betrifft, wurde die Kriegserklärung dem Kongreß vorbehalten, allerdings hat der Präsident das ungeschriebene Recht (und die Pflicht), einen plötzlichen Überfall abzuwehren.

Wie die Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts zeigt, haben die Präsidenten, gleich welcher Partei, sich an diese Gewaltenteilung nicht gehalten und statt dessen das Recht für sich in Anspruch genom-

men, ohne Zustimmung des Kongresses, zunächst militärisch allein zu handeln. Als der Vietnamkrieg auslief, hat der Kongreß 1973 den Versuch gemacht, solchen Alleingängen durch die War Powers Resolution einen Riegel vorzuschieben. Dieses mit Zweidrittelmehrheit angenommene Gesetz (Präsident Nixon hatte sein Veto eingelegt), regelt die Rolle des Kongresses im Zusammenhang mit präsidentiellen Kriegsmaßnahmen. Es hat sich als nicht sehr effektiv erwiesen. In diesem Frühjahr, zum Beispiel, hat der Kongreß eine Resolution verabschiedet, die der amerikanischen Unterstützung Saudi-Arabiens im Jemen ein Ende setzen sollte. Die Resolution wurde von Präsident Trump durch ein Veto abgelehnt, u. a. weil sie die »verfassungsrechtlichen Kompetenzen« des Präsidenten schwäche.

Was Notstände im allgemeinen betrifft, so haben Präsidenten sich für kompetent erklärt, auf Grund ihrer Exekutivgewalt eine »national emergency« auzurufen. Das englische Wort »emergency« ist nicht nur mit Notstand zu übersetzen, sondern bedeutet auch Notfall oder Notsituation. Es gibt mehr als 100 Gesetzesvorschriften, die dem Präsidenten in einem Notfall das Recht geben, für die Zwecke des Notfalls von normalem Recht abzuweichen. Dabei handelt es sich meistens um relativ alltägliche, begrenzte Vorgänge wie etwa im Falle eines Unwetters mit katastrophenartigen Folgen Gelder zur Verfügung zu stellen oder Militär einzusetzen. Ein Gesetz aus dem Jahre 1976 (der National Emergencies Act) hat versucht, Ordnung und parlamentarische Kontrolle zu schaffen. So kann der Kongreß etwa einen Notstand beenden. Legt der Präsident allerdings sein Veto ein, so bedarf es wiederum einer Zweidrittelmehrheit, um das Veto zu überwinden.

Die neueste »national emergency« wurde von Präsident Trump in Bezug auf die Verhältnisse an der mexikanischen Grenze erklärt. Artikel 1, Abschnitt 9 der amerikanischen Verfassung verbietet es, der Staatskasse Geld zu entnehmen »außer auf Grund von Bewilligungen in der Form eines Gesetzes« (die sog. »power of the purse« des Kongresses). Diese grundlegende Bestimmung bedeutet zum

Beispiel, daß, wenn der Präsident an der mexikanischen Grenze eine Mauer bauen möchte, der Kongreß diese bewilligen muß. Da der Kongreß dazu derzeit nicht bereit ist, versucht Präsident Trump durch eine Notstandserklärung bereits für »militärische Zwecke« bewilligtes Geld umzuwidmen. Der Kongreß ist nicht der Ansicht, daß die Lage an der mexikanischen Grenze einen Notstand darstellt (der Begriff ist gesetzlich nicht definiert), und hat ihn daher zu beenden versucht. Dagegen hat Trump sein Veto eingelegt. Jetzt werden die Gerichte entscheiden. Der erste mit dem Fall befaßte Bundesrichter hat letzte Woche dazu gesagt, daß der Gedanke, der Präsident könne ohne den Kongreß handeln, wenn dieser die Finanzierung abgelehnt hat, nicht im Einklang mit den grundlegenden Prinzipien der Gewaltenteilung steht, »wie sie seit den frühesten Tagen unserer Republik bestanden haben«.

In dem wahrscheinlich wichtigsten Präjudiz des Obersten Gerichtshofs zu inhärenten präsidentiellen Machtbefugnissen, dem sog. Steel Seizure Case aus dem Jahre 1952, ging es um den Versuch Präsident Trumans, Lohnstreitigkeiten in der Stahlindustrie dadurch zu beenden, daß er die Unternehmen vorübergehend staatlicher Kontrolle unterstellte, um die Versorgung der Streitkräfte zu sichern. Der Oberste Gerichtshof entschied, daß der Präsident verfassungswidrig gehandelt habe. Seine Rechte als Oberbefehlshaber der Streitkräfte erlaubten es ihm nicht, die Gesetzgebungsbefugnisse des Kongresses zu umgehen.

Der Gesetzesvorbehalt hilft freilich nichts, wenn der Kongreß selbst die Exekutive ermächtigt, im Verordnungswege Recht zu setzen. Angesichts der Komplexität moderner Regelungstatbestände geschieht dies häufig. Vieles von dem, was Präsident Trump bisher unternommen hat, beruht auf gesetzlichen Delegationen. Zum Beispiel hat er Zölle auf Stahl und Aluminium erhoben, sich auf Paragraph 232 des Trade Expansion Act berufend, der den Präsidenten ermächtigt, Importe zu beschränken, die die »nationale Sicherheit« gefährden. Wahrscheinlich hatte die nationale Sicherheit nichts mit den Zöllen zu tun, aber der gesetzgeberische Zweck ist wage genug,

um in der Praxis zu genügen. Die präsidentielle Berufung auf wagen Gesetzgebung gibt es seit vielen Jahrzehnten, ebenso die mehr oder minder ungehemmte Delegation von Rechtssetzung seitens eines Kongresses, der es vorzieht, daß Präsidenten, Verwaltung und Gerichte schwierige rechtspolitische Fragen lösen.

Die Kontroverse der letzten Wochen um das sog. »executive privilege«, das Recht des Präsidenten, gewisse vertrauliche Informationen nicht offenzulegen, ist eine komplizierte Angelegenheit, die in der Verfassung nicht erwähnt wird. Es ist eine Art verallgemeinerter Anspruch, Geheimnisse zu schützen, und wird häufig auf die Gewaltenteilung gestützt. In einer einstimmigen Entscheidung aus dem Jahre 1974, *United States v. Nixon*, hat der Oberste Gerichtshof einen absoluten Anspruch abgelehnt, aber eine Güterabwägung im Einzelfall unter Berücksichtigung der Gewaltenteilung verlangt. In Nixons Fall wurden die Interessen der Strafverfolgung höher bewertet und Präsident Nixon trat kurz darauf von seinem Amt zurück. Im großen und ganzen steht der Präsident, besonders gegenüber dem Kongreß, auf schwachen Füßen, wenn es um executive privilege geht.

Amerikanische Präsidenten repräsentieren nicht selten das Phänomen des plebiszitären cäsaristischen Führers, das Max Weber vor hundert Jahren beschrieben hat. »Die Bedeutung der aktiven Massendemokratisierung ist: daß der politische Führer nicht mehr auf Grund der Anerkennung seiner Bewährung im Kreise einer Honoratiorenschicht zum Kandidaten proklamiert, dann kraft seines Hervortretens im Parlament zum Führer wird, sondern daß er das Vertrauen und den Glauben der Massen an sich und also seine Macht mit massendemagogischen Mitteln gewinnt. Dem Wesen der Sache nach bedeutet dies eine cäsaristische Wendung der Führerauslese. Und in der Tat neigt jede Demokratie dazu.« Der plebiszitär gewählte amerikanische Präsident ist Webers Hauptbeispiel für demokratischen Cäsarismus. Weber sah eine staatspolitische Gefahr in dem starken Vorwiegen emotionaler charismatischer Elemente bei der plebiszitären Auswahl.

Dieser staatspolitischen Gefahr sind die Vereinigten Staaten heute besonders ausgesetzt mit einem cäsaristischen Präsidenten, der vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik sich als das einzige Organ der Vereinigten Staaten sieht. Er kann sich dabei auf eine Urteilsbegründung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahre 1936 berufen, *United States v. Curtiss-Wright Export Corporation*, in der Justice Sutherland schrieb, daß auf dem großen Feld der auswärtigen Angelegenheiten mit seinen wichtigen, komplizierten, heiklen und vielfältigen Problemen allein der Präsident das Recht hat, als Vertreter der Nation zu sprechen und zuzuhören. Verfassungsrechtlich ist diese Ansicht zwar unhaltbar, aber in der Verfassungswirklichkeit ist es sehr schwierig, ihr zu widerstehen.

Präsident Trump hat von dem Recht, zu sprechen und *nicht* zuzuhören, reichlich Gebrauch gemacht und sich dabei, wie auch auf vielen anderen Gebieten, nicht an politische Bräuche und Konventionen gehalten. In der Tat, Trump ist ein Beispiel dafür, wieviel Schaden ein Präsident einfach durch Reden, etwa auf Twitter, anrichten kann. Zu den gravierendsten bisherigen Folgen seiner Präsidentschaft rechne ich, wie er allein mit Worten die auswärtigen Beziehungen, aber auch, zum Beispiel, die Rechtskultur, die Rassenbeziehungen und die Wissenschaft untergräbt.

Martin Morlocks Beschreibung der Demagogie ist einschlägig: »Demagogie betreibt, wer bei günstiger Gelegenheit öffentlich für ein politisches Ziel wirbt, indem er der Masse schmeichelt, an ihre Gefühle, Instinkte und Vorurteile appelliert, ferner sich der Hetze und Lüge schuldig macht, Wahres übertrieben oder grob vereinfacht darstellt, die Sache, die er durchsetzen will, für die Sache aller Gutgesinnten ausgibt, und die Art und Weise, wie er sie durchsetzt oder durchzusetzen vorschlägt, als die einzig mögliche hinstellt.«

Wenn wir von »Masse« reden, müssen wir freilich berücksichtigen, daß Trumps durchschnittliche Zustimmungsrates während seiner ganzen bisherigen Amtszeit nicht mehr als 41 Prozent ausgemacht

hat und nie eine Mehrheit erreicht hat. In der Tat versuchen große Teile der Zivilgesellschaft, Einzelstaaten, Bundesgerichte, selbst Angestellte des Bundes dem Präsidenten Grenzen aufzuweisen. Es ist ein ständiger Kampf, was Außenpolitik, Einwanderungspolitik, Umwelt- und Energiepolitik, die Wirtschaftspolitik, das Gesundheitswesen betrifft. Auf gewissen Gebieten, etwa der Ernennung von Bundesrichtern, kann der Präsident allerdings mit Zustimmung der republikanischen Mehrheit im Senat seinen Willen relativ einfach durchsetzen. Er hat bisher mehr als 100 Vakanz von 870 Richterstellen auf Lebenszeit neu besetzen können.

Die Vereinigten Staaten haben derzeit einen Präsidenten, von dem man sagen kann, er sei ichbesessen, nationalistisch, amoralisch, lügnerisch, emotional, willkürlich, desinteressiert, ungezügelt. In der Verfassungswirklichkeit reicht jedoch die Kombination dieser Eigenschaften nicht zu einer Präsidentenanklage, die nach der Verfassung auf dem Vorwurf des Verrats, der Bestechung oder »other high crimes and misdemeanors« (»anderer erheblicher Verbrechen und Vergehen«) beruhen muß. Die Formulierung »other high crimes and misdemeanors« kann nicht bedeuten, daß in jedem Fall ein Straftatbestand erfüllt sein muß, aber die Grenzziehung ist sehr schwierig.

Strafrechtlich hat sich der Sonderstaatsanwalt des Bundes, Robert Mueller, mit Trump beschäftigt. Der Mueller-Bericht fand zwar zahlreiche Kontakte im Wahlkampf zwischen Trump-Mitarbeitern und Russen, aber für den Tatbestand der Verschwörung reichte es nicht aus. Dagegen scheint Mueller Justizbehinderung durch Trump nicht ausgeschlossen zu haben, aber Strafverfolgung stand nicht zur Diskussion wegen einer Praxis des Justizministeriums, Präsidenten während ihrer Amtszeit nicht strafrechtlich zu belangen, damit sie in der Ausübung ihres Amtes, für das sie gewählt worden sind, nicht eingeschränkt werden. Eine der Verfassung entsprechende Präsidentenanklage durch das Repräsentantenhaus könnte natürlich auf den Vorwurf der Justizbehinderung gestützt werden.

Max Weber hat sich, unter anderem, zu dem Problem der Entfernung schlechter Führerpersönlichkeiten in Demokratien geäußert. In einem Aufsatz zur Weimarer Reichsverfassung schrieb er 1919, man müsse darauf achten, daß der »Galgen und das Seil« dem Präsidenten immer vor Augen stünden.

Die amerikanische Form des Galgens, die Präsidentenanklage, ist ein komplizierter Mechanismus, der vor allem auf Straftaten abstellt und in strafprozessrechtlicher Form politischen Institutionen mit politischem Urteil anvertraut ist.

In der amerikanischen Geschichte ist es nur zweimal zu einer Präsidentenanklage gekommen. Der erste Fall war nach dem Bürgerkrieg und beruhte auf tiefgehenden politischen Differenzen zwischen dem Kongreß und Präsident Andrew Johnson. Der zweite Fall war der von Bill Clinton. Weder Johnson noch Clinton wurden verurteilt (zur Verurteilung braucht es eine Zweidrittelmehrheit im Senat). In einem dritten Fall, Richard Nixon, führte die Vorbereitung der Präsidentenanklage zu seinem Rücktritt.

In der gegenwärtigen Situation, wo es keine Chance der Verurteilung im Senat gibt und der Wahlkampf für 2020 bereits im Gange ist, würde eine Präsidentenanklage zu endlosen Diskussionen über Rechtsfragen und Beweislage führen, die das Land von seinen anderen Problemen ablenken und die politischen Spaltungen weiter vertiefen würde, nur um Mißbilligung zu bekunden. Andererseits könnte eine Präsidentenanklage es leichter machen, an die Informationen zu kommen, die der Präsident dem Kongreß und der Öffentlichkeit vorenthalten möchte. Was im Interesse der Demokratie liegt, ist nicht eindeutig. Ich würde mich auf den Wahlkampf konzentrieren.

Nach dem Abschluß des geheimen Verfassungskonvents von 1787 in Philadelphia wurde Benjamin Franklin von einer Mrs. Powel gefragt: »Nun, Doktor, was wird es geben, eine Republik oder eine

Monarchie?« Franklins Antwort war: »Eine Republik, Madam, wenn sie sie bewahren können.« Die Verfassung trat 1789 in Kraft. 230 Jahre später, unter der noch immer im wesentlichen unveränderten Verfassung, hat sich auch die in Franklins Konditionalsatz implizierte Aufgabe nicht verändert.

ABENDESSEN DER STAATSMINISTERIN
IM BODE-MUSEUM

STAATSMINISTERIN
PROF. MONIKA GRÜTTERS MDB
BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG
FÜR KULTUR UND MEDIEN ANLÄSSLICH DES
ABENDESSENS ZU EHREN DES ORDENS POUR LE
MÉRITE AM 1. JUNI 2019 IN BERLIN

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete,
verehrte liebe Frau Professorin Nüsslein-Volhard,
verehrte Mitglieder des Ordens Pour le mérite,
lieber Herr Chapuis, sehr geehrte Damen und Herren!

Säße der erste Ordenskanzler, dem Sie vorhin zu seinem 250. Geburtstag die Ehre erwiesen haben, hier im Bode-Museum mit uns an einem dieser festlich gedeckten Tische, wir müßten uns wohl auf einen sehr, sehr langen Abend einstellen ... In den Berliner und Pariser Salons nämlich war Alexander von Humboldt nicht nur als ungemein geistreicher Redner und inspirierender Gesprächspartner berühmt, sondern berüchtigt auch als scharfzüngig-humorvoller Spötter. Der französische Astronom und Physiker François Arago – er wurde vor ziemlich genau 177 Jahren als ausländisches Mitglied in den Orden Pour le mérite aufgenommen – sagte einmal über ihn: »Mein Freund Humboldt ist das beste Herz auf der Welt, aber auch das größte Schandmaul, das ich kenne.«

Ebendeshalb konnten Abendgesellschaften sich in seiner Anwesenheit deutlich in die Länge ziehen: weil so mancher Zeitgenosse – Müdigkeit hin oder her – nicht aufzubrechen wagte, solange Humboldt mit am Tisch saß, um ja nicht selbst Gegenstand des Tischgesprächs zu werden, ganz nach dem Motto:

Lieber Sitzfleisch haben als Gesprächsstoff liefern.

1. Würdigung des Ordens mit Bezug zum Gedenkjahr 2019

Zumindest in dieser Hinsicht gibt es beim Orden Pour le mérite – soweit ich weiß – niemanden, der in Alexander von Humboldts Fußstapfen tritt.

Wenn wir also heute abend Sitzfleisch entwickeln, verehrte Damen und Herren, dann allein des inspirierenden Gesprächsstoffs wegen, den wir Ihren bahnbrechenden wissenschaftlichen Erkenntnissen, Ihrem zukunftsweisenden künstlerischen Schaffen und Ihren weltweit ausstrahlenden Verdiensten verdanken – und nicht zuletzt, liebe Frau Nüsslein-Volhard, auch Ihrer engagierten, klugen und umsichtigen Führung des Ordens durch turbulente Zeiten, für die ich Ihnen herzlich danke. Kurz und gut: Ich freue mich sehr, daß Sie alle heute abend einmal mehr meine Gäste sind, und heiße Sie herzlich willkommen zu einem Abendessen, bei dem intellektuelle wie kulinarische Feinschmecker hoffentlich gleichermaßen auf ihre Kosten kommen.

Passend zur Menüfolge, gewissermaßen als geistige Vorspeise, will ich dazu einige Gedanken zum Jubiläumsjahr 2019 beisteuern: Es ist ja nicht nur der 250. Geburtstag des ersten Ordenskanzlers, der es verdient, gewürdigt zu werden. Verbindungen zur Geschichte und zur Bedeutung des Ordens Pour le mérite lassen sich auch zu weiteren bedeutsamen Jahrestagen ziehen: etwa zum 70. Geburtstag unseres Grundgesetzes, den wir vor einer guten Woche gefeiert haben, und auch zum 30. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November.

*2. 70 Jahre Grundgesetz:
Zur Freiheit der Wissenschaft und der Kunst*

Die Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 darf man wohl mit Fug und Recht als geistig-moralische Grundsteinlegung für die Demokratie in Deutschland im allgemeinen wie auch für die Neugründung des Ordens im besonderen bezeichnen.

»Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei«, heißt es in Artikel 5 – eine Lehre aus der nationalsozialistischen Diktatur, eine Lehre, die auch der Renaissance des Ordens nach dem Zweiten Weltkrieg den Weg ebnete. Theodor Heuss, der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, wirkte als Mitglied des Parlamentarischen Rates maßgeblich daran mit, den antitotalitären Konsens nach den barbarischen Verbrechen in deutschem Namen im Grundgesetz zu verankern. Und Theodor Heuss war es auch, der in diesem Sinne die Neubegründung des Ordens *Pour le mérite* beharrlich vorantrieb, weil es sich um eine der wenigen deutschen Traditionen handelte, die sich von den national-sozialistischen Machthabern nicht hatte gleichschalten lassen. Ihm sei viel an der Wiedererrichtung des Ordens gelegen, schrieb er 1951 in einem Brief, ich zitiere: »um in der Welt des geistigen und künstlerischen Schöpfertums die von der Macht der Politik zerrissenen Kräfte neu zu festigen, indem sie in den Strom einer ehrwürdigen Überlieferung gestellt werden.« Die Kräfte der Demokratie zu festigen: Dazu hat nicht nur der Wiederbegründer des Ordens, Theodor Heuss, sondern seit 1952 auch der Orden selbst beigetragen – mit den Mitteln des »geistigen und kulturellen Schöpfertums«, das den Zweifel und den Widerspruch, das Suchen und das Fragen kultiviert. Genau damit beleben Sie, verehrte Ordensmitglieder, als Künstlerinnen und Künstler, als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler den demokratischen Diskurs; genau damit schützen Sie unsere Gesellschaft vor gefährlicher Lethargie und unsere Demokratie vor neuerlichen totalitären Anwendlungen.

Doch die Bereitschaft, Freiheit und Autonomie der Kunst und der Wissenschaft zu respektieren, früher ein parteiübergreifend akzep-

tierter Grundsatz, scheint in vielen europäischen Ländern, auch in Deutschland, zu schwinden – ein Befund, der mir große Sorgen macht. Diese Freiheit lebt ja nicht allein von der Verankerung im Grundgesetz. Sie lebt auch von der Bereitschaft einer Gesellschaft, die damit immer wieder auch verbundenen Zumutungen und kontroversen Debatten auszuhalten. Eine Kunst oder eine Wissenschaft, die sich festlegen ließe auf die Grenzen des politisch Wünschenswerten, die den Absolutheitsanspruch einer Ideologie oder Weltanschauung respektierte, die gar einer bestimmten Moral oder Politik diene – eine solchermaßen begrenzte oder domestizierte Kunst oder Wissenschaft würde sich nicht nur ihrer Möglichkeiten, sondern auch ihres Wertes berauben.

3. Würdigung der neuen Mitglieder

So ist der Orden Pour le mérite, über dessen Vergabe allein seine Mitglieder ohne Beteiligung der Politik entscheiden, nicht nur die höchste Auszeichnung, die die Bundesrepublik Deutschland zu vergeben hat. Er ist auch ein Bekenntnis dieser Bundesrepublik zur Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, eine Bekundung höchster Wertschätzung: der Überzeugung nämlich, dass unsere Demokratie auch und insbesondere in der »Welt des geistigen und künstlerischen Schöpfungstums« wurzelt.

In diesem Sinne freut es mich sehr, heute drei neue Ordensmitglieder offiziell begrüßen zu dürfen: Neben einem weltberühmten musikalischen Universalgenie, dem Schweizer Oboenvirtuosen, Komponisten und Dirigenten Heinz Holliger, der heute leider terminlich verhindert ist, sind dies

Andrea Breth, eine der bedeutendsten und vielfach preisgekrönten Theaterregisseurinnen und -regisseure der Gegenwart und Michael Haneke, österreichischer Regisseur, Drehbuchautor und Oscar-Preisträger, dessen Werke zu den Glanzstücken deutschsprachiger Filmkunst zählen.

Beide gelten als ebenso tiefgründige wie ausdrucksstarke Seelenforscher und konfrontieren ihr Publikum immer wieder mit existenziellen Fragen des Menschseins. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Auszeichnung mit dem Orden Pour le mérite, verehrte Frau Breth, verehrter Herr Haneke! Möge Ihre Aufnahme in diesen Kreis der klügsten und kreativsten Köpfe Sie in Ihrer Schaffenskraft ebenso bereichern wie umgekehrt Ihre schöpferische Kraft den Orden!

4. 30 Jahre Mauerfall: Zur Kraft der Fantasie

Die wechselseitige Inspiration über Grenzen – über unterschiedliche künstlerische Sparten und wissenschaftliche Disziplinen, über verschiedene Sprachen und Kulturen – hinweg hat sich in der Vergangenheit immer wieder als im besten Sinne revolutionäre gesellschaftliche Kraft erwiesen. Dafür, verehrte Damen und Herren, stehen bahnbrechende Erfindungen und avantgardistische Kunstwerke, und deshalb wollen wir diesem Austausch, dem interdisziplinären und interkulturellen Dialog auch im Humboldt Forum Raum geben – im Museum der Weltkulturen in Berlins historischer Mitte, das pünktlich zum 250. Geburtstag Alexander von Humboldts noch in diesem Jahr seine Pforten öffnen soll.

Revolutionäre Kraft entfaltet aber auch die Fantasie, die Künstler und viele Wissenschaftler auszeichnet – und die ihre Sternstunden oft in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche erlebt.

Wenn sich am 9. November die Friedliche Revolution zum 30. Mal jährt, ist dies auch ein Tag, die Kraft der Fantasie zu feiern und daran zu erinnern, daß die Vorstellungskraft – im wahrsten Sinne des Wortes – Mauern zum Einsturz bringen kann. Denn die Menschen, die damals für die Friedliche Revolution auf die Straße gegangen sind und den Triumph der Freiheit über Unfreiheit und Unterdrückung errungen haben, diese Menschen hatten neben Mut und Kampfgeist vor allem eines: eine Vorstellung von einer besseren Welt.

Heute brauchen wir diese Vorstellungskraft, nebenbei bemerkt,

ganz besonders für die Zukunft, für das weitere Zusammenwachsen Europas.

»In der Mitte von Schwierigkeiten liegen die Möglichkeiten«, so hat es Albert Einstein formuliert, der 1923 in den Orden aufgenommen wurde und 1933 nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten auf seine Mitgliedschaft verzichtete. Kunst und Wissenschaft können Perspektiven verschieben und Vorstellungsräume erweitern – und auf diese Weise den Blick auf die Möglichkeiten inmitten der Schwierigkeiten lenken. In diesem Sinne tragen Kunst und Wissenschaft immer den Keim des – im besten Sinne – Revolutionären in sich. Daß aus diesen Keimen etwas wachsen darf, daß es einen fruchtbaren Nährboden dafür gibt und ein wachstumsförderndes Klima – das macht eine vitale Demokratie aus.

Lassen Sie uns darauf heute abend anstoßen:
auf 70 Jahre Grundgesetz und 30 Jahre Friedliche Revolution,
auf die Freiheit der Kunst und der Wissenschaft,
auf die Entdeckung künftiger Möglichkeiten – auf die Demokratie!
Und nicht zu vergessen: auf Jürgen Osterhammel, der heute seinen
67. Geburtstag feiert! Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

ÖFFENTLICHE SITZUNG DES ORDENS
AM 2. JUNI 2019 IM KONZERTHAUS

ORDENSKANZLERIN
CHRISTIANE NÜSSLEIN-VOLHARD

BEGRÜSSUNG

Meine Damen und Herren,

ich heiÙe Sie bei der Jahresversammlung des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste willkommen. Ich begr Ùe die Angehörigen und Freunde der Ordensmitglieder, insbesondere Frau Ruthild Oswatitsch-Eigen, sowie auch alle Botschafter, Mitglieder des Bundestages, Gäste, Studenten und Schüler, die heute zu dieser Veranstaltung gefunden haben.

Wir trauern um Manfred Eigen, der im Februar dieses Jahres im 92. Lebensjahr in Göttingen verstorben ist. Eigen, der 40j hrig mit dem Nobelpreis für Chemie ausgezeichnet wurde, war 46 Jahre lang Mitglied des Ordens. Erwin Neher wird zu seinem Andenken sprechen.

Ich bitte Sie, sich zu Ehren von Manfred Eigen zu erheben. Ich danke Ihnen.

Der Orden Pour le mérite ist eine freie Vereinigung von Männern und Frauen, die sich *»durch weit verbreitete Anerkennung ihrer*

Verdienste in Wissenschaft und Kunst einen ausgezeichneten Namen erworben haben«. Er ist die höchste deutsche Auszeichnung für Geisteswissenschaftler, Künstler und Naturwissenschaftler. Der Orden wurde vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. als ziviler Orden, der Verdienste um Wissenschaft und Künste anerkennt, im Jahre 1842 gegründet. Er beauftragte damals den großen Naturforscher Alexander von Humboldt als ersten Ordenskanzler, die Träger – die Ordensritter – vorzuschlagen.

In diesem Jahr feiern wir Humboldts 250. Geburtstag. Humboldt war ein Universalgelehrter, ein Ausnahmegenie, einer der berühmtesten und einflußreichsten Männer seiner Zeit. Zur Zeit der Ordensgründung – 72jährig – war er Kammerherr und »wirklicher geheimer Rat« des preußischen Königs und hatte seine großen Reisen – Lateinamerika (1799-1804), Rußland (1929) – bereits hinter sich. Er schrieb, wieder in Berlin (zwischen den Reisen hat er 20 Jahre in Paris gewohnt und gewirkt), an seinem großen Werk *Kosmos*, in dem er (ich zitiere) »die ganze materielle Welt, alles, was wir heute von den Erscheinungen der Himmelsräume und des Erdenlebens, von den Nebelsternen bis zur Geographie der Moose auf den Granitfelsen, wissen, alles in einem Werke, und in einem Werke, das zugleich in lebendiger Sprache anregt und das Gemüt ergötzt«, darzustellen gedachte. Die 5 Bände, erschienen 1845-1862, waren Bestseller und wurden in viele Sprachen übersetzt. Obwohl in erster Linie Naturforscher-Experte in Geologie, Mineralogie, Astronomie, Klimatologie, Zoologie und Botanik, physikalischer Geographie, war er doch auch in anderen Gebieten außerordentlich gebildet, ein hervorragender Zeichner und Kunstsammler, der die Kunst der südamerikanischen Kulturen bewunderte und zahlreiche Artefakte von seinen Reisen nach Berlin gebracht hat, die demnächst im Humboldt Forum zu sehen sein werden. Er war ein erfolgreicher Schriftsteller, der wunderbare Reisebeschreibungen (auf französisch!) verfaßt hat, in denen er beherzigte, »daß eine gewisse Gründlichkeit in der Behandlung nicht unbedingt Farblosigkeit in der Darstellung erheischt«. Er hat sich für eigentlich alles brennend interessiert,

außer für Religion, Philosophie und Musik. Mit seinem umfassenden Wissen und seiner internationalen Berühmtheit war er wie kein anderer geeignet, die Gründungsritter des Ordens – 30 deutsche, 27 ausländische Künstler und Gelehrte – zusammenzustellen und dem König vorzuschlagen, der diese dann in sein Berliner Schloß einlud, um ihnen den Orden zu überreichen. Dieses berühmte Hohenzollernschloß, von Schinkel gebaut, von Schlüter geschmückt, im Krieg zerstört und später abgerissen, ist nun wiederaufgebaut und wird unter der Ägide der Staatsministerin Monika Grütters in das Humboldt Forum verwandelt. Gründungsintendanten waren bis vor einem Jahr der Engländer Neil McGregor und die Ordensmitglieder Hermann Parzinger und Horst Bredekamp – man kann also mit Fug und Recht sagen, daß der Orden maßgeblich daran beteiligt ist, die Weichen für das größte Kulturprojekt Deutschlands zu stellen. Wir haben die Bauzeit mit Interesse begleitet und freuen uns auf die Eröffnung.

Obwohl die Idee der Gründung eines zivilen Ordens als Ergänzung des ursprünglichen, von Friedrich dem Großen 102 Jahre früher gestifteten *Pour le mérite*, der militärische Verdienste belohnte, wohl vom kunstbessenen König kam, hatte Alexander von Humboldt ohne Zweifel sicher wesentlichen Einfluß auf die Statuten des Ordens. In einigen Besonderheiten unterscheidet dieser sich von wissenschaftlichen Akademien und Künstlervereinigungen. Die wesentlichen Punkte wurden bereits bei der Gründung durch den König und Alexander von Humboldt in einer Satzung festgelegt, sie sind im Laufe der Ordensgeschichte ergänzt und präzisiert worden – ich zitiere aus der heute gültigen Satzung von 2010:

1. Interdisziplinarität: Es gibt drei Klassen von etwa gleicher Mitgliederzahl: Geisteswissenschaften, Künste und Naturwissenschaften. Es ist wichtig, daß es innerhalb der Klassen keine weiteren Vorgaben von Fachgebiet oder Zunft gibt. Alle möglichen Disziplinen sind vertreten, also bei den Künsten Musik, Literatur und Theater, Bildende Kunst, bei den Naturwissenschaften

Physik, Chemie, Biologie, Astronomie, Mathematik, den Geisteswissenschaften Geschichte, Philosophie, Jura, Kunst- und Musikgeschichte, Archäologie. Der Orden wählt einen Kanzler und zwei Vizekanzler, die den drei Klassen zugehören.

2. Internationalität: Bereits in der Gründungsurkunde wurde festgehalten, daß »zu erhöhter Ehre des Ordens« den deutschen »Rittern« eine ähnlich große Zahl von ausländischen Gelehrten und Künstlern zur Seite gestellt werden soll. Humboldt, als bekennender Europäer, der sich lieber in Paris als in Berlin aufhielt, viel gereist und sehr gut vernetzt war, sehr viele Sprachen sprach und zur Irritation seiner weniger bedarften Gesprächspartner häufig zwischen Sprachen hin und her wechselte, war es wohl, der die Ordensverleihung an ausländische Mitglieder der europäischen Gelehrten-gemeinde in die Ordenssatzung einführte. Nach dem ersten Weltkrieg konnten keine Ausländer mehr hinzugewählt werden. Im Dritten Reich erfolgten keine Nachwahlen, so daß der Orden fast ausstarb, bis er nach dem zweiten Weltkrieg 1952 durch Theodor Heuss, dem ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, wiederbelebt wurde. Internationalität wurde wieder umgesetzt und durch eine 2010 erfolgte Satzungsänderung den ausländischen Mitgliedern volles Stimmrecht gewährt.
3. Der Orden ist autonom: Kein Politiker mischt sich in seine Angelegenheiten ein. Im Gegensatz zu Verdienstkreuzen oder Abzeichen, die von Staatsoberhäuptern vergeben werden, erneuert sich der Orden aus sich selbst: Die Mitglieder haben das Privileg und die Pflicht, zur Ergänzung die neuen Träger des Ordens frei zu wählen, und das ist seit seiner Gründung durch den preußischen König so. Wie bei Akademien spielt dabei der Gedanke eine Rolle, daß die Mitglieder auf Grund ihrer breit gestreuten Expertise dazu besser in der Lage sind als Könige, Präsidenten, Politiker, oder Beamte. Inzwischen wird der Orden durch die Kanzler, nicht durch das Staatsoberhaupt, überreicht.
4. Eine weitere Besonderheit des Ordens ist die Einschränkung der Zahl der im Inland oder Ausland wirkenden Mitglieder, die auf

derzeit je 40 festgesetzt ist. Das Ordenszeichen und mit ihm die Mitgliedschaft im Orden wird auf Lebenszeit verliehen. Verliehen im wahren Sinne des Wortes: Die Ordenszeichen werden nach dem Ausscheiden des Trägers an ein neu hinzugewähltes Mitglied weitergegeben. Aber es ist wichtig, daß keine direkte Beziehung des neuen Ordensträgers zu dem früheren besteht: Neue Ordensmitglieder werden in freier Entscheidung dazugewählt – oft eine andere Richtung vertretend. So hat es bereits der preußische König gewollt.

Die Aufgabe, die Verdientesten in ihrem jeweiligen Fache zu finden, keine Unwürdigen aufzunehmen, aber auch keine Würdigen zu übergehen, ist schwierig, denn natürlich gibt es weit mehr als 80 Persönlichkeiten mit weitreichenden Verdiensten in allen Gebieten der Wissenschaften und Künste auf dieser Welt. Nachdem Nominierungen und ausführliche Diskussionen unter den Ordensmitgliedern stattgefunden haben, schlagen die Kanzler zur Wahl vor. Jetzt sind als Vizekanzler der Jurist Michael Stolleis für die Geisteswissenschaften und die Fotografin Barbara Klemm für die Künste zuständig, und ich, die Kanzlerin und Biologin, für die Naturwissenschaften. Die Wahlen sind geheim und demokratisch. Bei den Wahlvorschlägen achten die Kanzler auf ein breites Spektrum der Zünfte und erwarten von ausländischen Kandidaten eine Verbundenheit mit deutscher Kultur und Kenntnis der Sprache, um am Ordensgeschehen teilnehmen zu können.

Außer der Pflicht der Findung neuer durch die Bundesrepublik Deutschland mit der Verleihung des Ordens zu Ehrenden gibt es keine weiteren Aufgaben – der Orden ist keine Akademie, bearbeitet keine Projekte und verfaßt keine Resolutionen; diese Form der Außenwirkung ist jedem einzelnen Ordensmitglied vorbehalten. Von Theodor Heuss wurden die regelmäßigen Treffen der Ordensmitglieder eingeführt, die nun zweimal jährlich – einmal um den Tag der Gründung herum in Berlin und im Herbst (orientiert am Geburtstag des ersten Kanzlers Alexander von Humboldt) an einem

anderen Ort, in diesem Jahr wird es in Bamberg sein – stattfinden. Neben dem vornehmsten Geschäft, der Diskussion der Kandidaten und der Wahlen, finden interne kulturelle Veranstaltungen, Besichtigungen, Konzerte statt. Wir sind froh und stolz darauf, daß die meisten Ordensmitglieder, auch die aus dem Ausland, sich mehr oder weniger regelmäßig an diesen Zusammenkünften beteiligen, und schätzen sie als einmalige Begegnungen, die interdisziplinären intellektuellen Austausch und fruchtbare Zusammenarbeiten ermöglichen sowie persönliche Freundschaften begründen.

Der Orden wird auf Lebenszeit vergeben. Bedingt durch die fixierte Maximalzahl von je 40 inländischen und ausländischen Ordensträgern und die – im Vergleich zum Gründungsjahr – erheblich gestiegene Lebenserwartung, haben mehr als die Hälfte der Ordensträger das 80. Lebensjahr bereits hinter sich. Leider sind daher viele Mitglieder des Ordens nicht mehr in der Lage, bei den Tagungen teilzunehmen. Obwohl wir es natürlich bedauern, so ist es doch auch ein gutes Zeichen für ungebrochen hohe Kreativität, daß die aktive Teilnahme an Tagungen durch die Künstler zu wünschen übriglässt. Viele der Künstler des Ordens haben – trotz zum Teil hohen Alters –, immer noch so viele Engagements, daß sie häufig wegen Terminkonflikten nicht kommen können. So ist auch das neugewählte Mitglied, der Komponist, Dirigent und Oboist Heinz Holliger, in diesem Jahr verhindert, wir hoffen sehr, ihm im nächsten Jahr den Orden überreichen zu können. Wunderbar, daß selbst die Ältesten unter Ihnen regelmäßig weiter kulturelle Beiträge liefern sowie zum Ordensgeschehen aktiv, wenn nicht mit Präsenz, so doch mit schriftlichen Anregungen und Kommentaren, beitragen.

Bei der öffentlichen Sitzung – an der Sie gerade teilnehmen – übernimmt turnusmäßig eine der drei Klassen eine längere Präsentation. In diesem Jahr sind es die Künste. Ich freue mich auf ein Konzert, in dem Werke der fünf Komponisten des Ordens: Aribert Reimann, Heinz Holliger, Sofia Gubaidulina, Wolfgang Rihm, und György Kurtág aufgeführt werden. Das Programm ist von Axel Bauni,

Professor für zeitgenössisches Lied an der Universität der Künste, zusammengestellt worden, wir werden ihn sowie Caroline Melzer, Gesang, und Nurit Stark, Violine, hören. Leider ist nur einer der Komponisten, Aribert Reimann, anwesend. György Kurtág (93) und Sofia Gubaidulina (87) senden Grüße und bitten um Verständnis, daß sie, wegen hohen Alters, nicht mehr reisefähig sind.

Im Anschluß daran war geplant, zwei neuen Mitgliedern des Ordens das große Ordenszeichen zu überreichen: Der Regisseurin Andrea Breth und dem Regisseur und Filmemacher Michael Haneke. Leider ist Michael Haneke aus gesundheitlichen Gründen verhindert, so wird heute allein Andrea Breth von Peter von Matt vorgestellt.

Jetzt wünsche ich uns allen ein gutes Gelingen und eine interessante Veranstaltung.

GEDENKWORTE

MANFRED EIGEN

9. MAI 1927 – 6. FEBRUAR 2019

Gedenkworte für
MANFRED EIGEN

von
Erwin Neher

Am 6. Februar dieses Jahres verstarb Manfred Eigen im 92. Lebensjahr. Sein wissenschaftliches Werk war den chemischen Reaktionen gewidmet, angefangen von den einfachsten Prozessen bis hin zu den komplexesten Mechanismen in lebenden Systemen.

Geboren 1927 in Bochum, stand er mit 18 Jahren vor einer schwierigen Entscheidung, nämlich ob er Pianist oder Wissenschaftler werden wollte. Seine Entscheidung für die Wissenschaft, hat diese – vor allem in den Bereichen Chemie und Biologie – maßgeblich geprägt.

Chemische Reaktionen laufen auf den verschiedensten Zeitskalen ab: In Bruchteilen von Sekunden, z. B. bei der Explosion eines Gasgemisches, bis zu Jahren und länger, z. B. bei der Oxidation von Eisen, der Rostbildung. Daten über die Reaktionsgeschwindigkeit unter verschiedenen Bedingungen sind nötig, um die zugrundeliegenden Mechanismen zu verstehen. Diesem Problem hat sich Manfred Eigen in jungen Jahren gewidmet und dabei zum ersten Mal seine Genialität, seine Fähigkeit zum Querdenken, bewiesen.

Traditionell wurden die Geschwindigkeiten von Reaktionen bestimmt durch schnelles Mischen der Reaktionspartner, gefolgt von

der Darstellung der Bildung des Reaktionsproduktes. Beim Studium immer schnellerer Reaktionen stieß diese Vorgehensweise an Grenzen, da das Mischen von zwei Substanzen seine Zeit erfordert. Das Bestreben der Chemiker in den 50er und 60er Jahren war es daher, immer bessere und schnellere Methoden der Mischung zu entwickeln, um die Grenze der Messbarkeit hinauszuschieben. Manche der interessantesten Reaktionen, z. B. die Protonierung von Basen, laufen jedoch, wie wir heute wissen, im Bereich von millionstel Sekunden und schneller ab. Sie galten daher als unmeßbar schnell, da dies um Größenordnungen schneller ist, als was mit den schnellsten Mischverfahren erzielt werden kann. Manfred Eigen jedoch gab sich mit dieser Unmeßbarkeit nicht zufrieden. Er suchte, wie er in seinem Nobelvortrag schilderte, nach Möglichkeiten, die Barriere, die sich hier auftat, zu umgehen, statt zu versuchen, sie zu überspringen. Sein Ziel war ein alternativer Weg, der ohne den Mischungsprozeß die gewünschten Informationen liefert. Er fand diesen in einer Technik, die heute als Relaxations- oder Sprung-Methode bekannt ist. Dabei machte er sich die Tatsache zunutze, daß viele der interessierenden Reaktionen reversibel sind, d. h., daß durch Bildung und Zerfall des Reaktionsproduktes die Reaktionspartner in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen. Dieses Gleichgewicht ist durch Temperatur, Druck und andere Größen beeinflussbar. Ändert man nun Temperatur oder Druck, so verschiebt sich dieses Gleichgewicht, allerdings nicht instantan, sondern mit einem Zeitverlauf, der durch die Geschwindigkeit der Reaktion bestimmt ist. Im Unterschied zu Mischungsprozessen lassen sich Temperatur- oder Druckänderungen sehr schnell durchführen. Auch die Messmethoden zur Bestimmung der Konzentrationsänderungen waren bereits gut entwickelt und um Größenordnungen schneller als die zuvor limitierenden Mischprozesse. Somit konnte Manfred Eigen die Unmeßbarkeit der schnellsten Reaktionen widerlegen, Reaktionen im Bereich Mikro- und Nanosekunden verfolgen und damit ein neues Kapitel im Studium der chemischen Reaktionen eröffnen.

Während diese frühen Arbeiten, die 1967 mit dem Nobelpreis für Chemie gewürdigt wurden, sich meist mit kleinen, einfachen Mole-

külen beschäftigten, wandte sich Manfred Eigen später komplexen Reaktionen zu, speziell der Evolution von biologischen Makromolekülen. Die Beschreibung des sog. Hyperzyklus, einer komplexen Reaktion von Nukleinsäuren und Proteinen, erlaubte es ihm und seinen Mitarbeitern Grundprinzipien der Evolution und der Entstehung einfacher Lebensformen zu studieren. Dabei beschränkte er sich jedoch nicht allein auf die theoretische Durchdringung des Problems, sondern entwickelte auch experimentelle Ansätze zur Überprüfung der Konzepte gemäß seinem Wahlspruch: »*In biology, pure theory – in the absence of experimental results – proves to be poor theory.*« Er beließ es auch nicht bei der akademischen Aufarbeitung der Fragestellungen, sondern war Pionier in der Anwendung evolutionärer Prozesse bei der gezielten Veränderung und Optimierung von Biomolekülen.

Seine diesbezügliche Weitsicht wurde vor kurzem erneut ins Gedächtnis gerufen bei der Verleihung des letztjährigen Nobelpreises für Chemie. Der Preis über »Gerichtete Evolution von Enzymen« ging an die amerikanische Wissenschaftlerin Frances Arnold. In ihrer Laudatio stellte die Nobelkommission jedoch fest: »In 1984, Manfred Eigen published a theoretical paper outlining a possible work flow for directed evolution of enzymes ... Eigen predicted that it would be possible to construct a stepwise iterative »evolutionary machine««. Dazu kann man hinzufügen: Er hat solche Maschinen nicht nur vorhergesagt, sondern auch gebaut und zum Einsatz gebracht.

Manfred Eigen war in vielen Dingen seiner Zeit voraus.

Mit seinem Tod verlieren wir einen herausragenden Denker, genialen Forscher und hochgeachteten Kollegen, dem wir tiefgreifende Erkenntnisse auf zwei Gebieten verdanken: der Kinetik chemischer Reaktionen und der Mechanismen biologischer Evolution. Wir verlieren ein Mitglied unseres Ordens, das durch sein Wissen, seine angenehme Persönlichkeit und seine breit gestreuten Interessen unsere Tagungen wesentlich bereichert hat.

AUFNAHME NEUER MITGLIEDER
LAUDATIONES UND DANKESWORTE

Aushändigung des Ordenszeichens durch die Ordenskanzlerin

CHRISTIANE NÜSSLEIN-VOLHARD an

ANDREA BRETH

bei der Öffentlichen Sitzung im Großen Saal des Konzerthauses,
Berlin, am 2. Juni 2019

PETER VON MATT sprach die Laudatio auf ANDREA BRETH

Wenn Andrea Breth inszeniert, wird das Uralte zu einer erschreckenden Gegenwart. Wir richten uns ein auf ein klassisches Stück und auf die seltsamen Probleme, welche die Gestalten aus einer fernen Vergangenheit vor uns ausbreiten, und plötzlich ist alles umgekehrt: Plötzlich pressen wir die Hand vor den Mund, um nicht zu schreien. Dabei sehen wir die Kostüme, wir hören eine Sprache, die nicht mehr ganz die unsrige ist, und wir haben uns großzügig darauf vorbereitet, das Fremdartige für zwei, drei Stunden interessant zu finden. Aber da erfaßt einen dieser Sturmwind, den es nur auf Andrea Breths Bühne gibt. Er reißt uns mitten unter die Figuren, die hier triumphieren oder scheitern, hinein in dieses geschaute und gehörte Jetzt, von dem niemand wirklich weiß, wie es unter der Anleitung von Andrea Breth überhaupt entsteht.

Dabei spielt sie keineswegs die geheimnisvolle Magierin. Im Gegenteil, wenn sie sich über ihre Arbeit äußert, geschieht dies handfest und unverblümt. Sie schreckt auch nicht vor Begriffen zurück, von denen sie weiß, daß man sie auf dem heutigen Theater veraltet findet. So

spricht sie ohne Zögern von der Schönheit als einer Gewalt, die seit Jahrhunderten zum Theater gehört. Schönheit ist ein Ereignis, das uns verwandeln kann, weil es uns an unsere eigenen Grenzen führt. Damit rückt Andrea Breth nahe an Rainer Maria Rilke heran, an seinen berühmten Vers im Auftakt zu den Duineser Elegien: »Denn das Schöne ist nichts/als des Schrecklichen Anfang.«

Wenn diese Regisseurin die Kammeroper »Jakob Lenz« von Wolfgang Rihm inszeniert, 2017 in Berlin, oder die Familientragödie »Eines langen Tages Reise in die Nacht« von Eugene O’Neill, 2018 in Wien, dann streift uns Menschen des 21. Jahrhunderts jene archaische Erfahrung eines unausweichlichen Schicksals, aus der einst die griechische Tragödie entstanden ist, und zugleich begegnen wir den schneidenden Analysen, welche die Psychologie der Moderne erarbeitet hat.

Zur Wucht der Bilder tritt bei Andrea Breth die Kraft der geformten Sprache. Kompromißlos steht ihre Kunst im Dienst des gesetzten Wortes, sei es von Shakespeare oder Kleist, von Tschechow oder Schiller, von Harold Pinter oder Sean O’Casey. Die Abwertung der Sprache zu einem Theaterelement unter vielen, einem Spielzeug für die Schauspieler, die nicht unbedingt zu verstehen brauchen, was sie sagen, hat sie nie mitgemacht. Zu leidenschaftlich arbeitet sie an jeder Szene, reibt sie sich auf am Gewicht, das eine einzige Bühnensekunde für den ganzen Abend haben kann. Daß sie seit neunzehn Jahren zunehmend auch für die Oper arbeitet, in Leipzig, Stuttgart, Brüssel, Amsterdam und immer wieder in Berlin, könnte mit der Strenge der musikalischen Form zusammenhängen, die eine Parallele findet in Andrea Breths Leidenschaft für die vollkommene Bühnensekunde.

Wenn diese Regisseurin sich dem öffentlichen Disput über ihre Kunst und das heutige Theater stellt, fällt unweigerlich der Begriff »Handwerk«. Dann rühmt sie die Regisseure, von denen sie selbst einst gelernt hat. Aber sie rühmt sie nicht wegen ihrer Visionen oder ihrer Konzepte zur Weltveränderung, sondern weil sie sie beobachtet hat im Vollzug ihres Handwerks. Da fallen Namen wie Peter Palitzsch und Hans Neuenfels, Frank-Patrick Steckel und Claus Peymann, und

immer wieder Rudolf Noelte. Als Zuschauer im Theater wissen wir von den Einzelheiten dieses Handwerks ja fast nichts. Andrea Breths öffentliches Nachdenken ist daher eine Schule für alle, die sich über die heutige Schauspielkultur ihre Gedanken machen. Zudem finden wir darin die Signale, die es uns ermöglichen, der unerhörten Bannkraft ihrer eigenen Inszenierungen auf die Spur zu kommen.

Ihre heutige Stellung als überragende Künstlerin hat sich Andrea Breth einst in kleinen Schritten erarbeitet. Sie mußte dabei auch bittere Rückschläge einstecken, bis ihre Gestaltungskraft so mächtig durchbrach, daß die wichtigsten Bühnen sie fast gleichzeitig zu gewinnen suchten. Dies tun sie heute noch.

Wer je eine Aufführung von ihr gesehen hat, erinnert sich nicht nur an einen bewegenden Abend, sondern auch an winzige Geschehnisse, in denen eine Handbewegung, der Klang eines Wortes oder eine totenstille Pause dem Publikum sich förmlich in die Seele brannten.

Dahinter aber entwickelte sich in epischer Gelassenheit das Bauwerk der dramatischen Konstruktion, ein Gefüge von musikalischer Dynamik. Dieses verlangt von der Regieführung eine rhythmische Begabung weit über das dramatische Verstehen hinaus.

Andrea Breth besitzt sie.

ANDREA BRETH dankte mit folgenden Worten

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
sehr verehrte Ordensmitglieder,
meine Damen und Herren

wie sehr war ich verblüfft und sprachlos, als ich erfuhr, daß ich in diesen ehrenvollen Orden aufgenommen wurde. Natürlich habe ich mich umgehend gefragt, auf was hin? Was ist denn mein Verdienst? Wenn ich die Liste der Künstler betrachte, dann sind zu Recht die Komponisten, die Dichter, die bildenden Künstler, die Filmemacher Mitglieder des Ordens. Aber eine Theaterregisseurin ist meiner Mei-

nung nach eine Sekundärkünstlerin. Unsere künstlerische Aufgabe ist es, das Drama in die Sicht- und Hörbarkeit zu bringen. Verzweifelt dafür zu sorgen, daß Dramen, Tragödien und Opern noch eine Wichtigkeit in der Gesellschaft haben. Die Verarmung der Sprache und die damit verbundene Unfähigkeit, genau zu denken, ist und muß ein Antrieb sein, durch eine nahezu obsessive Lust des Erzählens, die Menschen zu verführen, in das Theater oder in die Oper zu gehen. Das empfinde ich als wunderbare Verpflichtung, aber nicht als Verdienst. Ohne die Dichter, die Komponisten wären wir arbeitslos, ohne die Philosophen, bildenden Künstler, Photographen, Historiker ignorant dem zu inszenierenden Werk gegenüber. Die eigene, ständige Fortbildung empfinde ich als Geschenk und nicht als Verdienst. Aber etwas Wunderbares, verehrte Ordensmitglieder, ist es, darüber nachzudenken, was Wissenschaft und Kunst miteinander verbinden könnte. Nicht der Gleichklang ist es, es ist die Differenz von Wahrheit und Ästhetik, von Vernunft und Sinnlichkeit, von Einbildungskraft und Empirie, von Rationalität und Emotionalität. Das alles könnte zum Zwiegespräch werden. Die strikte Trennung von Wissenschaft und Kunst, die ja doch die Welt definieren, ist nicht gut und für die Welt nicht förderlich.

Gorki sah es so: Die Wissenschaft ist der Verstand der Welt – die Kunst ihre Seele.

Phantasie hat keine Grenzen. Die Kunst ist eine Vermittlerin des Unaussprechlichen, schrieb Goethe.

Auch die Wissenschaft genau wie die Kunst bestehe aus einem überlieferbaren, realen, erlernbaren Teil und aus einem unüberlieferbaren, idealen, unerlernbaren Teil.

Ich bin sehr gespannt auf den Austausch und das Lernen und danke Ihnen sehr für die große Ehre.

BEGRÜSSUNGSWORTE DES
BUNDESPRÄSIDENTEN IM GROSSEN SAAL,
ABENDESSEN ANLÄSSLICH DER JAHRESTAGUNG
DES ORDENS POUR LE MÉRITE FÜR
WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE
AM 2. JUNI 2019 IM SCHLOSS BELLEVUE

BUNDESPRÄSIDENT
FRANK-WALTER STEINMEIER

Ich freue mich, Sie hier im Schloss Bellevue begrüßen zu dürfen – diese so illustre und so außerordentlich vielfältige Versammlung von Gästen. Jeder von Ihnen stellt fast so etwas wie eine eigene Welt dar. Vielfalt und Exzellenz: das ist das Geheimnis dieses Ordens. Das bringt mich auf einen Gedanken, den ich vor dem gemeinsamen Essen mit Ihnen teilen möchte:

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* konnte man neulich zu einem ganzseitigen Artikel fantastische, sehr ins Auge fallende Illustrationen sehen. Über die ganze Seite verteilt sah man acht Frösche. Und zwar in den unterschiedlichsten Farben und Hautpigmentierungen: grün-gelb-schwarz gestreift oder knallgelb mit schwarzen Flecken oder feuerrot oder im schwarz gepunkteten Blau. Offenbar Zeugnisse von Genmutationen, die einer einzelnen Art vollkommen verschiedene Erscheinungsformen bescherten. Als hätten sie sich wie Fußballfans in die verschiedensten Vereinsfarben gekleidet oder seien zu einem phantasiereichen amphibischen Karneval unterwegs. Alexander von Humboldt, den Sie vorhin im Konzerthaus anlässlich seines 250. Geburtstags als ersten Kanzler des Ordens Pour le mérite

gebührend gefeiert haben, hätten diese Illustrationen sicher sehr gefreut. Hat er doch gesucht und gesammelt, katalogisiert, erforscht und dargestellt, was immer er an verschiedenartigen Erscheinungsformen in der Natur finden konnte.

Weniger erfreut, wahrscheinlich zutiefst erschrocken und entsetzt hätte ihn der Inhalt des Artikels. Unter der Überschrift »*Rettet den Reichtum der Gene*« beschreibt der Autor nicht nur den feststellbar dramatischen Verlust von Arten, sondern eine andere, für viele bisher noch unsichtbare Gefahr.

Mit dem Berliner Biologen Thomas Borsch, dem Direktor des Botanischen Gartens, weist er auf genetische Auszehrung noch vorhandener Arten hin. Wenn Pflanzen und Tiere weniger werden oder nur noch in wenigen oder gar nur noch einem Lebensraum vorkommen, entwickeln sie keine oder kaum noch Genvarianten. Eine Inzucht, die auf die Dauer auch sie tödlich gefährdet. Der Biologe stellt fest: »*Die genetische Vielfalt ist wichtig, um der Art wirklich eine Chance zum Überleben zu geben.*« Genvarianten, heißt es, sind das Rohmaterial der Evolution. Und der Artikel fasst zusammen: »*Natur verschwindet hinter tiefer Eintönigkeit.*«

Eintönigkeit ist lebensgefährlich, Vielfalt hält lebendig. Diese sehr einfache Botschaft der genetischen Grundlagen der Evolution geht über die Biologie weit hinaus.

Ob es kleine oder große Variationen sind, kleine oder große Veränderungen: Wandel und Vielfalt halten nicht nur lebendig, sie machen auch die Schönheit unserer Welt und unseres Lebens aus. Hier treffen sich Ästhetik und Ethik, Ökologie und Kultur.

Als Ende April Notre-Dame in Paris brannte, war das Erschrecken und Entsetzen groß. Es gab viele Reaktionen. Nur eines hat zu Recht niemand gesagt: Es gebe doch noch so viele andere gotische Dome in Nordfrankreich und in ganz Europa, da käme es doch auf einen mehr oder weniger nicht an. Denn das ist ja das Geheimnis der großen Kunst: Einerseits erkennen wir sofort den gotischen Stil, andererseits braucht es nur wenig Erfahrung, um zu sehen: Notre-Dame ist nicht der Kölner Dom, Reims ist nicht Canterbury, der Mailänder Dom ist nicht das Ulmer Münster. Überall Gotik und überall eine ganz

andere Ausprägung. Abgesehen von der überragenden Bedeutung von Notre-Dame und ihrer Geschichte für Frankreich: Jede einzelne gotische Kirche ist unaustauschbar und unverwechselbar.

Und das gilt auch anderswo in der Kunst. *Figaros Hochzeit* ist nicht *Don Giovanni*, die Entführung aus dem Serail ist nicht die *Zauberflöte*. Keine Mozart-Oper ist wie die andere. Sie sind unverkennbar schon beim Hören der ersten Takte von Mozart, aber keine ist austauschbar. Und so geht es in der Kunst und der Kultur überall zu. Zur Verschiedenheit gehört die Unersetzbarkeit des einzelnen.

Variation und Verschiedenheit: Was in der Biologie Grundgesetz des Überlebens ist, ist in der Kultur Basis der Schönheit. So verbindet Naturwissenschaft, Geisteswissenschaft und Kunst ein zentrales Thema. Das wird Sie, als Orden, der Wissenschaft und Künste zusammenführt, nicht überraschen. Aber ab und zu müssen wir uns auch wieder Einsichten vor Augen führen, die wir zwar längst gewonnen haben oder längst hätten gewinnen können, aber die auch gelegentlich wieder vergessen werden.

Dass hier auch ein Thema des menschlichen Zusammenlebens überhaupt angesprochen ist, ein Thema der politischen Kultur, möchte ich ganz zum Schluss nur noch antippen. Auch hier müssen wir uns immer vor Augen halten: Eintönigkeit, vor allem verordnete, befohlene, durch Manipulation erzwungene Eintönigkeit lähmt, erstickt, vergiftet das lebendige Zusammenleben. Vielfalt belebt, macht lebendig, ja: ist überlebenswichtig. Und jeder einzelne ist unersetzbar. Ich freue mich, heute abend mit Ihnen, liebe Mitglieder des Ordens Pour le mérite, zusammen zu sein. So viel lebendige Vielfalt ist selten in einem Raum versammelt.

Vielen Dank.

DIE HERBSTTAGUNG IN BAMBERG
VOM 20. BIS 23. SEPTEMBER 2019

VORTRÄGE IM TAGUNGSHOTEL

MICHAEL STOLLEIS

BAMBERGISCHE HALSGERICHTS-ORDNUNG

Die Bambergische Halsgerichts-Ordnung, was mag das sein? Was mute ich Ihnen zu? Diese Halsgerichtsordnung liegt vermutlich allen, die nicht Rechtsgeschichte (oder gar Strafrechtsgeschichte) betreiben, so fern wie unsereinem die nagelneuesten naturwissenschaftlichen Erkenntnisse zwischen dem Urknall und der Physik der Elementarteilchen. Aber die sog. Bambergensis gehört zur deutschen Geschichte, genauer: zur Geschichte des heutigen strafenden Staates. In Bamberg muß über die Bambergensis gesprochen werden!

I. Drei Komponenten

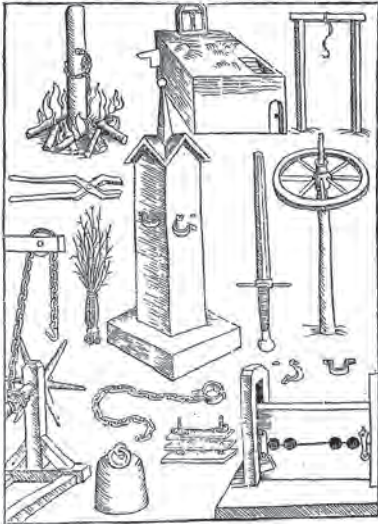
Zunächst das Adjektiv Bambergische. Seit dem 8. Jahrhundert stand auf dem heutigen Domberg eine Kirche. Sie wurde 1007 Bischofskirche, der Zentralort des durch Kaiser Heinrich II. und Kaiserin Kunigunde gegründeten Bistums. Bamberg wurde im Hochmittelalter »kaiserliches Stift« (Hochstift) und emanzipierte sich von der Mainzer Metropolitangewalt. Eingeklemmt zwischen den Bistümern Würzburg und Regensburg, vergrößerte es nur langsam

sein weltliches Territorium. In dem fast überall in Bischofsstädten zu beobachtenden Konflikt zwischen Bürgerschaft und Bischof, obsiegte hier 1435 der Bischof.

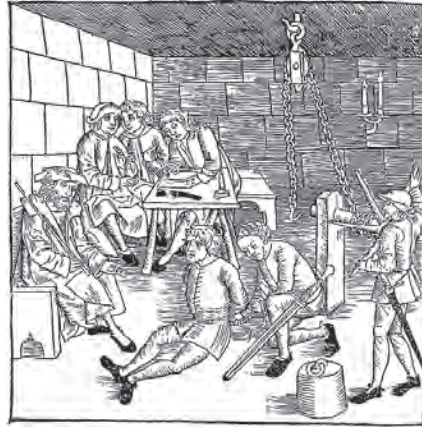
Bamberg geriet zwar mit der Ausbreitung des Luthertums in Franken in Bedrängnis, weil Städte und Adel lutherisch wurden, aber nach dem Konzil von Trient gab es eine teilweise Rekatholisierung der Landschaft. Durch das Eingreifen Gustav Adolfs kippte die Lage 1631 erneut zugunsten des Luthertums, aber 1648 stabilisierte sich das katholische Bistum wieder. So blieb es bis 1802/03, als das Fürstbistum von Bayern übernommen wurde. Der Bischof war nun nicht mehr Landesherr, sondern »nur noch« geistliches Oberhaupt seiner Diözese. So viel mag zur Erläuterung des Adjektivs »bambergische« genügen. Nun zweitens zum bambergischen Halsgericht. Sein Name bezeichnet die Zuständigkeit für Strafen an »Hals und Hand«, für Leibes- und Lebensstrafen, also für schwere Verbrechen. Für die kleineren Delikte waren die sog. Zentgerichte oder die städtische Obrigkeit oder die Grundherren (Salgerichte) zuständig.

Das Halsgericht war um 1500 obrigkeitlich-weltliches Gericht, ein Gericht des entstehenden modernen Staates, der in einem langen Entwicklungsprozeß versuchte, das »staatliche Gewaltmonopol« in die Hand zu bekommen. Das heißt, die früheren Modelle des »privaten« Ausgleichs von Konflikten wurden verdrängt, etwa die Geldbußen (Wergeld) zwischen streitenden Sippen, die Sühneverfahren, die Fehde, die Privatrache. Diese früheren Modelle waren im Spätmittelalter entweder nicht mehr praktikabel oder führten zu heilloser Unordnung. Wo sollte man ansetzen? Die Zentralmacht blieb in Deutschland traditionell schwach und fern, der Adel war kein »Staatsersatz«, er war zersplittert, egoistisch, von den neuen Söldnerheeren verdrängt und z. T. in Raubrittertum abgesunken. Auch die Kirche war seit den Konzilen zu Konstanz (1414-1418) und Basel (1431-1449) keine effektive Ordnungsmacht mehr. Für die Kriminalitätsbekämpfung und die »Blutgerichtsbarkeit« war sie ohnehin nicht zuständig. Die Städte bildeten zwar lokale Ordnungskerne, konnten aber weiträumige Territorien nicht beherrschen. Schließlich begünstigte das System, Strafen durch Bußgeldzahlungen abwenden

Bambergische Halsgerichts ordenung



Geystlich außdich erfunden hat
 Redlich anzeigen der missethat
 Furst mit vnschuld auß nach radt
 Die peynlich frag sol haben stat



Dem trewe straff nit banget frucht
 Der kumpt dich in des meysters sucht
 Das werck vns zug wilt sic anseygt
 Wol dem der sich zu tugent neygt



Zuff böß gewonheit vnterst geben
 Die dem rechten wider streben
 Ist daz plunders warden leben



Bambergische Halsgerichts Ordenung,
 Bamberg (Hans Pfeil) 1507.
 Holzschnitte von Fritz Hamer
 und Albrecht Rodner, beide Nürnberg

zu können, die Reichen, während die Armen an »Haut und Haar«, »Leib und Leben«, »leyb oder gliedern« gestraft wurden. So lag im 15. Jahrhundert die zentrale Aufgabe der Gemeinwesen im Argen, die »öffentliche Ordnung«. Die Zeitgenossen waren überzeugt, in einer Zeit der Gesetzlosigkeit, der grassierenden Kriminalität und der Ohnmacht der Obrigkeiten zu leben.

Die Gegenkräfte formierten sich langsam. Zunächst versuchte man seit dem 13. Jahrhundert das Übel der (an sich erlaubten) Fehden durch Erklärung von »Landfrieden« einzudämmen. 1495 wurde endlich der »Ewige Landfriede« verkündet. Gleichzeitig gingen die städtischen und territorialen Obrigkeiten verstärkt zur »öffentlichen« Strafe über. Der Rechtsbrecher verletzte nun nicht mehr seinen privaten Gegner oder dessen Familie, sondern die öffentliche Ordnung. Nun mußte öffentlich gestraft werden, und zwar sichtbar und drastisch: an Leib und Leben, mit Hängen und Vierteilen, Enthaupten oder Ertränken, in leichten Fällen mit Pranger und Ausweisung. Die Strafen an Leib und Leben sollten variantenreich und sinnbildlich dem Delikt entsprechen, so durch Abhauen der Schwurfinger oder von Hand oder Fuß, Abschneiden oder »Schlitzen« der Ohren (Schlitzohr), Abschneiden der Zunge, Ausstechen der Augen, Kastration, Haarescheren und öffentliche Zurschaustellung am Pranger, Auspeitschung mit Ruten (*fustigatio*), Brandmarkung u. a. m.¹

Da es keine Gefängnisse für Daueraufenthalte gab, mußte man entweder sichtbar strafen und/oder ausweisen, und zwar nach einem Schwur, nicht wiederzukommen, der sog. Urphede. Noch der mecklenburgische Volksdichter Fritz Reuter mußte 1840 »Urfehde« schwören, nie wieder preußisches Gebiet zu betreten, bevor man ihn nach sieben Jahren Festungshaft freiließ.²

Neben der »Ausweisung«, die zunächst nur in Städten praktikabel war, weil es effektive Grenzkontrollen gar nicht gab, kamen im 17. und 18. Jahrhundert die seit der Antike bekannten Formen der Zwangsarbeit hinzu (Galeere, Erzgruben – *ad metallos*, Salzgewinnung), nun im 16. und 17. Jahrhundert meist zum Festungs- und Straßenbau. Für Jugendliche, Frauen oder resozialisierbare Täter

richtete man im 18. Jahrhundert nach niederländischem Vorbild Spinn- und Raspelhäuser, Korrektions- oder Zuchthäuser ein. So viel zu »Halsgericht« und den nachfolgenden Formen des Strafens.

Die im 15. Jahrhundert in Städten und Territorien entstandenen Halsgerichte bedurften der »Ordnungen«. Deshalb also (drittens) Halsgerichts-Ordnung. Diese Ordnungen dienten der Unterweisung der Laienrichter, sie enthielten Umriss eines Verfahrens der Strafprozesse, entsprechende Formulare für Richter und Urteiler, sie beschrieben die Straftatbestände, erläuterten die Unterschiede zwischen Tätern und Teilnehmern, zwischen Versuch und vollendeter Tat, sie benannten die jeweils passenden Strafarten. Die Richter wurden ermahnt, unparteiisch und unbestechlich zu urteilen, sich genau zu informieren, nicht nur »Gerechtigkeit« zu üben, sondern auch den »gemeinen Nutzen« zu befördern, konkret auf Bekämpfung der Kriminalität durch Abschreckung zu achten.⁵ Sie sind ein Normtypus besonderer Art, der Form nach ein frühmodernes Gesetz, dem Inhalt nach eine Mischung von Instruktion, Verfahren, materiellem Strafrecht und moralischer Ermahnung der Richter – weit entfernt von den heutigen »Ordnungen«, von Strafprozeßordnung und Strafgesetzbuch, von rechtsstaatlicher Präzision und den Straftheorien der Gegenwart.

Die Halsgerichtsordnungen tauchen in dichter Folge auf, in Ellwangen 1466, in Nürnberg 1485, 1499 ergeht die Tiroler Malefizordnung,⁴ 1506 die Radolfszeller Halsgerichtsordnung, 1616 die Bayerische Malefizordnung, die dann 1751 im Codex Maximilianeus Bavaricus Criminalis fortgeführt wurde. Typischerweise wurden die Malefizordnungen in die umfassenden Landesordnungen oder Landrechte eingearbeitet, so etwa 1588 im 5. Teil des Landrechts für Baden-Baden, 1622 im 7. Teil des Landrechts Baden-Durlach, schließlich 1794 im Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten (II, 20).

Die Bambergische Halsgerichts-Ordnung von 1507 fügt sich in diese Entwicklungslinie ein. Sie galt in Bamberg formell bis 1795. Sie war zeittypisch, aber – auf dem Weg über die Carolina von 1532 und die Doktrin – auch zukunftsweisend. Seit dem 19. Jahrhundert wurden

die Umstände ihrer Entstehung erforscht, und man versuchte, je nach politischer Gestimmtheit, eher »deutsch-« oder »römischrechtliche« Elemente festzustellen, und weiter, an ihr den Übergang von mittelalterlicher zu neuzeitlicher Strafpraxis zu ermitteln, ihren offenkundigen Einfluß auf das große Reichsstrafgesetzbuch »Carolina« von 1532 zu präzisieren. Viele der dabei erörterten Fragen rankten sich um den angeblichen Verfasser der Bambergensis, nämlich Johann Freiherrn von Schwarzenberg und Hohenlandsberg (1465 oder 1463-1528).

II.

Schwarzenberg stammte aus fränkischem Adel.⁵ Er war einziger Sohn und Erbe, ein Reiter, Fechter und Schwimmer von ungewöhnlicher Körperstärke. Nachdem der junge Mann zunächst an einem rheinischen Fürstenhof mit Trinken, Spielen usw. zu entgleisen drohte, gab es ein väterliches Donnerwetter mit dem Hinweis, er (der Vater) werde sein Erbe einem »leichtfertigen Weyberhaus« überweisen, wenn er (der Sohn) nicht heimkehre.⁶ Das wirkte. Schwarzenberg ging zurück, heiratete standesgemäß, bekam vier Söhne und acht Töchter. Es folgten Heeresdienst bei Kaiser Maximilian I. sowie 1493 sogar eine erste Fahrt ins Heilige Land im Gefolge des sächsischen Kurfürsten Friedrich d. Weisen.⁷ Schwarzenberg diente anschließend dem Bischof von Würzburg, wurde aber ab 1501 (bis 1524) Hofmeister in Bamberg, zugleich Mitglied und öfter Vorsitzender des Hofgerichts. Aus seinen eigenen Besitzungen, die er 1502 übernahm, brachte er Erfahrungen als Zent-Richter in Seinsheim mit.

1502 verlor er allerdings seine Frau, schrieb ein Büchlein »Kummertröst«, versenkte sich in ein juristisch-philosophisches Laienstudium, ohne Latein oder gar Griechisch gelernt zu haben. Humanistenfreunde halfen mit Übersetzungen, so sein jüngerer Freund Sebastian von Rotenhan (ca. 1478-1534), ein in Bologna ausgebildeter Jurist und Oberhofmeister des Fürstbischofs von Würzburg.⁸ Zum

**Herzen Johansenn Freyherzn zu Schwarzzen-
Berg etc. bildnus/wie die scyns alters/ bey fünfzig Jahren/ Letzlich durch Al-
brechten Dürer/ abconterfect/ vnd zu diesem nachdruck/ zu wegen bracht worden.**



**Starb Anno 1c. 8. seyn Alters bey 64. jaren/ vnd ist nachgesetz/ schwar-
zen stichs/ zwayma laua gewesen.**

Holzschnitt nach Albrecht Dürer,
in: Klebeband Nr. 2 der
Fürstlich Waldeckischen Hofbibliothek Arolsen

Freundeskreis gehören auch Ulrich von Hutten, Willibald Pirckheimer und Albrecht Dürer, dem wir ein Porträt Schwarzenbergs verdanken.⁹ Als Jurist könnte auch der Kirchenjurist und Humanist Lorenz Behaim (1457-1521) wichtig sein, langjähriger Haushofmeister bei Rodrigo Borgia (Papst Alexander VI.). Zur Zeit der Abfassung der Bambergensis war er im Ruhestand Kanonikus in Bamberg.¹⁰ Überzeugend hat der Würzburger Rechtshistoriker Winfried Trusen auch auf Dr. Leonhard von Egloffstein und andere in diesem Kreis hingewiesen.¹¹ Schwarzenberg stand also den »Humanisten«

sehr nahe, blieb aber der führende Mann der Bamberger Verwaltung und des Hofgerichts.¹² Trusen hat auch gezeigt, daß die Anstöße zur Reform des Gerichtswesens primär vom Domkapitel ausgingen. Dessen rechtskundige Domherren drängten auf Übernahme des römisch-italienischen gelehrten Rechts, im Landgericht und Hofgericht sowie in den Salgerichten (Eigengerichte des Grundherrn). Sie kannten die maßgebenden italienischen Traktate zum Strafrecht und erhofften sich von der neuen Ordnung die Abstellung von Mißbräuchen, eine bessere Bekämpfung der Kriminalität, eine bessere Unterweisung der Laienrichter und nicht zuletzt eine Stärkung des zentralen weltlichen Organs, des Hofrats.¹⁵

Schwarzenberg kann also heute nicht mehr wie in der älteren Literatur als kerndeutscher Rechtsdenker, als Pionier der Strafgesetzgebung gefeiert werden.¹⁴ Dennoch war er als leitender Politiker des Bistums führend, zuerst in Bamberg, später in der Reichspolitik und in Brandenburg. Sein bischöflicher Dienstherr, Georg II. Schenk von Limpurg, war offen für weltliche und kirchliche Reformen. Nebenbei: 1520 ließ sich dieser Bischof im Kanonikatshof (heute Stephansplatz 1) von dem berühmten reisenden »Zauberkünstler« Dr. Faustus das Horoskop stellen.

Schwarzenberg, unter anderem also mit der Verbesserung des Gerichtswesens beschäftigt,¹⁵ erlebte im Bambergischen – wie in anderen Territorien – eine vernachlässigte Justiz. Allgemein war die Klage der Zeit über unkundige, saumselige oder bestechliche Richter, über deren Unwissen oder mangelnde Anleitung, über unklare Straftatbestände, vor allem aber über wachsende Kriminalität und über zu viele leichtfertig verhängte Todesurteile.¹⁶ Die Juristen, die in Bologna studiert hatten, äußerten sich besonders scharf über die Unwissenheit der Laienrichter.

Der äußere Befund war unstrittig. Es gab massenhaft wanderndes Proletariat. An die Stelle der Ritterheere waren Söldner (Soldaten) getreten, die, wenn der Sold ausblieb, raubten, stahlen, vergewal-

tigten. Überall gab es fahrendes Volk, Bettelmönche, Betteljuden, Entwurzelte aller Art, dazu Prostitution, Wahrsagerei, Zauberei. Auf dem Lindauer Reichstag von 1496/97 wurden die Klagen und die Rufe nach besserer »Ordnung« besonders laut. Seit dem Reichstag von 1495 setzte die systematische Bekämpfung der Zigeuner auf Reichsebene ein,¹⁷ die bald von den meisten Reichsständen umgesetzt wurde. Auf dem Reichstag zu Freiburg 1497/98 beschloß man dann, ein »Strafgesetzbuch« zu schaffen.

Da aber vom Reich wegen der notorischen Uneinigkeit der Reichsstände nichts Durchgreifendes zu erwarten war, handelten zunächst die Territorien. Schwarzenberg in Bamberg schwebte vor, den traditionellen Gerichtsgebrauch zu nutzen, ihn aber unter Zuhilfenahme des römisch-italienischen Rechts neu zu ordnen, und zwar, wie er sagte, nach den »gemeyn gescriben keyserlichen rechten« (Digesten Buch 48, den *libri terribiles*). Praktisch bedeutete dies, daß Verfahren und Delikte unter dem Einfluß des gelehrten Rechts vereinheitlicht und rationaler gestaltet wurden.¹⁸

Langfristig führte das zu einer Trennung zwischen privatrechtlichen Streitigkeiten und öffentlichem Strafrecht (*iudicium publicum*). Strafrecht wurde zentrale Aufgabe der Obrigkeit, die auch die Untersuchung (*inquisitio*) zu führen hatte. Deshalb mußte man den Laienrichtern, denen nicht immer ein Jurist zur Verfügung stand, erklären, was sie zu beachten hatten.

Die ältere These, der sog. römisch-kanonische Inquisitionsprozeß habe sich, von der Kirche ausgehend, im Spätmittelalter auf die weltliche Seite ausgedehnt und dort den alten sog. Akkusationsprozeß »verdrängt«, wird heute viel differenzierter gesehen.¹⁹ Vor allem die Zusatzthese, der Inquisitionsprozeß habe die Folter als normales Erkenntnismittel der »Wahrheit« eingeschleppt, ist so nicht haltbar. Denn der Akkusationsprozess setzte einen »Ankläger« voraus (wo kein Kläger, da kein Richter). Dieser Ankläger war aktiv am Prozeß beteiligt, und es konnte auch in diesem Verfahren durchaus zur Folter kommen. Im Inquisitionsprozeß, der den Obrigkeiten eine stärkere Position einräumte, wurde die Folter ebenso gebraucht, sobald kein Geständnis vorlag (Art. 80 Bambergensis; anders Art. 69 CCC).

Die Folter war in beiden miteinander verschlungenen Verfahren gewissermaßen selbstverständlich. Auch Schwarzenberg zweifelte nicht an der Berechtigung der Folter, aber die Bambergensis suchte ihre Anwendung zu ordnen und mit Kautelen zu versehen. Daß die Folter auch zu Falschaussagen führen konnte, war gewiß bekannt. Doch auf sie zu verzichten schien unmöglich. Schwarzenberg konnte deshalb nur eindringlich zu »Fürsichtigkeit« raten und in Zweifelsfällen die Heranziehung von Rechtskundigen vorschreiben.

Auf dem speziellen Gebiet der Bekämpfung von Häresie, Hexerei und Zauberei bahnten sich allerdings exakt in diesen Jahren die fatalen, von den Dominikanern betriebenen Verfolgungen an. In dem 1486 veröffentlichten sog. Hexenhammer (*Malleus maleficarum*) von Jacob Sprenger und Heinrich Kramer (Institor) wurde eine ausgefeilte »rationale« Dogmatik geliefert, wie man solche Schadenszufügung erkennen und durch Aussagen unter Folter »beweisen« könne.²⁰ Rationalisierung des Irrationalen also, mit unermeßlichen Folgen bis ins 18. Jahrhundert. Zwischen 1595 und 1632 kam es gerade in Bamberg zu drei Wellen von Hexenprozessen mit insgesamt ca. 1000 Opfern, zwar auf der Grundlage (Art. 55, 64, 131), nicht aber »wegen« der Bambergensis, angetrieben von dem fanatischen Hexenjäger Generalvikar und Weihbischof Friedrich Förner (1570-1630).²¹

Rationalisierung des Strafprozesses bedeutete aber primär, die in der gelehrten Literatur ausgebildeten Sätze zu nutzen, die für alle Taten galten, also das, was wir heute im Strafgesetzbuch den »Allgemeinen Teil« nennen.²² Dort wird die Unterscheidung von Kapitalverbrechen und leichten Delikten ausgeformt, unverzichtbar für die Zuordnung zu bestimmten Gerichten. Dort wird definiert, was »fürsetzlich« (vorsätzlich) und »verlich« (fahrlässig) ist, wann innerhalb des Vorsatzes Mord oder nur Totschlag im Affekt anzunehmen sei.²³ Beim fehlgeschlagenen Mordversuch hatte man dann nur den »bösen Willen« als Ansatzpunkt. Auch bei der Notwehr, der erlaubten Selbstverteidigung, mußte nun neben der Situation selbst die innere Seite des »Sichbedrohtfühlers« beachtet werden.

Mit anderen Worten: Der im mittelalterlichen Kirchenrecht entwickelte Gedanke der persönlichen »Schuld« drang ins Strafrecht ein. Was eigentlich der Staffelung der Kirchenbußen diente, wird nun genutzt, um Täter und Teilnehmer zu unterscheiden, um Milderungen bei Jugendlichen oder schwangeren Frauen zu begründen, sowohl bei der Untersuchung selbst als auch bei den Strafen, die nun als Leibes- und Lebensstrafen weiter differenziert werden. Daneben gab es Geldbußen, deren Festsetzung weitgehend dem Ermessen der Richter oblag. Gefängnisse im heutigen Sinn gab es nicht, nur den »Turm« als Schuldurm bei Zahlungsunwilligen oder -unfähigen, und den Karzer zur zeitweiligen Aufbewahrung bis zum Prozeß.²⁴

Ebenso bot das gelehrte Recht Hilfe bei der Ausbildung eines Besonderen Teils des Strafrechts, also bei der Benennung und Umgrenzung der Delikte, der Schwere nach, in der römischen Reihenfolge:²⁵ Majestätsverbrechen,²⁶ Ehebruch, Bigamie, Sodomie, Inzest, Päderastie, Waffen- und Giftgebrauch, Meuchelmord, Vaternord, Fälschungen, Veruntreuungen von öffentlichem Geld oder von Tempelgeld, Verleumdungen, Raub und Erpressung,²⁷ arglistige Täuschung,²⁸ Brandstiftung, offene oder heimliche Diebstähle usw.²⁹ Aber nochmals: Die Bambergensis ist keine moderne Strafprozeßordnung samt Strafgesetzbuch, sondern die dem späten Mittelalter gemäße, funktional »richtige« Entwicklungsstufe. Sie ließ den Richtern einen sehr breiten Spielraum von Ermessensentscheidungen. Deshalb mußte die »Ordnung« die Richter zu korrektem Verhalten mahnen, ihnen ihre Grenzen einschärfen, damit sie sich in komplizierten Fällen Rat bei gelehrten Juristen holten. Insofern ist die Bambergensis nur »eine Art Gesetzbuch«, aber auch ein Ratgeber bei Zweifelsfällen und ein Schrittmacher für den komplexen Prozeß, den man in der Rechtsgeschichte traditionell »Rezeption« nennt, konkret also die Übernahme des an italienischen Universitäten vermittelten Kriminalrechts auf der Grundlage des römischen Rechts. Ganz Europa strömte in jenen Jahrzehnten nach Bologna, Padua, Pavia, Neapel, aber auch nach Montpellier, Salamanca, Toulouse, Orléans, schließlich nach Prag, Heidelberg, Köln, um die ältesten zu

nennen. Das einheimische Recht wurde überformt, vereinheitlicht, durchdacht und mit präziseren Kategorien versehen. Franz Wieacker und andere haben daher auch in der »Verwissenschaftlichung« des europäischen Rechtsdenkens die eigentliche Leistung gesehen. Das war eine Überwindung der nationalistisch-germanistischen Behauptung des 19. Jahrhunderts, die Aufnahme des römisch-italienischen Rechts sei ein »Nationalunglück« gewesen (Georg Beseler). Gleichzeitig konnte man dem Nationalsozialismus, der die Eliminierung des römischen Rechts im Programm hatte, entgegenhalten, bei der Rezeption sei es »nur« um Verwissenschaftlichung gegangen.

Die Bambergische Halsgerichts-Ordnung von 1507 ist jedenfalls Teil einer großen Reformanstrengung der weltlichen Gewalt, die innere Ordnung zu stabilisieren, die Kriminalität zurückzudrängen. Schon die Reformschriften des frühen und mittleren 15. Jahrhunderts versuchten, die Weltkirche und das Reich, die Diözesen und die örtlich zuständigen Obrigkeiten zu »bessern«. Die Halsgerichtsordnungen des ausgehenden 15. Jahrhunderts beschränkten sich darauf, die weltliche Seite in »Ordnung« zu bringen. Das konnte nur durch bessere Instruktion der Laienrichter, durch relativ präzise Beschreibung der Straftatbestände, durch ein besseres Verfahren gelingen. Im Richtereid hieß es: »Mein Amt und pflicht mir gepeut/zu straffen Boshafftige leut«. Die Bekämpfung der Kriminalität wurde nun eine klare Aufgabe der Obrigkeit, die natürlich als »christliche Obrigkeit« verstanden werden muß. Schwarzenberg hat dies als energischer, wohlinformierter Praktiker geleistet, begleitet von juristisch ausgebildeten Ratgebern und Humanisten.

1516 gelang ihm die Einführung der Bambergischen Halsgerichts-Ordnung in Brandenburg, also eine beträchtliche Ausweitung »seiner« Ordnung über das kleine Bamberg hinaus.⁵⁰ Eine zweite Reise ins Heilige Land schloß sich an.⁵¹ Seine Halsgerichtsordnung (Bambergensis und Brandenburgensis) wurde in vielen Drucken – meist zusammen mit der *Constitutio Criminalis Carolina* (CCC) – im 16. und 17. Jahrhundert verbreitet und »allen stetten, Communen, Regimenten, Amtleuten, Vögten, Verwesern, Schultheißen, Schöffen und Richtern« empfohlen.

III. Carolina 1532

Bevor ich abschließend zur Carolina komme, ist das Ende von Schwarzenbergs Diensten im Bamberg erwähnenswert. Seit dem Auftreten Luthers neigte sich Schwarzenberg dessen Lehre zu. Seine Tochter Barbara, die schon Priorin des bambergischen Klosters zum Heiligen Grabe war, wollte den geistlichen Stand verlassen, und der Vater unterstützte sie dabei. Er wandte sich an Luther und bat um Rat. Luther antwortete am 21. Dezember 1524 hochofreut, er wünsche ihm Heil und Gnade ... dass er nicht allein die Wahrheit erkannt, sondern auch Mut und Sinn gehabt habe, »solches mit der Tat zu beweisen und ohne Scheue zu vollziehen, tröstlicher Hoffnunge, es solle viel andern Herren zum starken Exempel geraten, auch dergleichen armen, gefangenen Kindern auszuhelfen, und die Wahrheit des Evangelii zu bestätigen«. ⁵² In einem Sendbrief an seinen Bischof, nun Weigand von Redwitz (1476-1556), der seit 1522 in Bamberg amtierte, ⁵³ rechtfertigte sich Schwarzenberg. ⁵⁴ Obwohl er nun aus dem Amt ausscheiden mußte, blieb Schwarzenberg ein auf Reichsebene anerkannter Politiker, er wurde Mitglied des »Reichsregiments« und Mitwirkender auf den Reichstagen, mäßigend gegenüber den katholischen Kräften, die zu scharfem Durchgreifen gegen die »Lutherischen« drängten. Zu diesen Scharfmachern gehörte übrigens auch sein Sohn in bayerischen Diensten.

Wegen der Bambergensis war es naheliegend, Schwarzenberg bei den Planungen zum Reichsstrafgesetzbuch »Carolina« heranzuziehen, und zwar schon seit dem Reichstag in Worms 1521, der einen ersten Entwurf beriet. Dieser Entwurf wurde revidiert und erneut 1524 in Nürnberg präsentiert. 1529 gab es dann einen dritten Entwurf, der in Speyer beraten werden sollte. Diesmal war Schwarzenberg als Mitglied des Reichsregiments eindeutig beteiligt. Eine vierte Stufe der Überarbeitung erreichte der Text auf dem Reichstag zu Augsburg 1530, aber immer noch fürchteten die Reichsstände eine Einengung ihrer Rechte durch die Reichsgesetzgebung.

Diese Befürchtungen wurden dann durch eine »Salvatorische Klausel« beschwichtigt. Sie besagte, das Reich wolle »Churfürsten und Stenden,

an jren alten wohlherbrachten rechtmessigen vnnd billichen gebreuchen nichts benommen haben«. ⁵⁵ Damit war der Zersplitterung der Materie wieder Tür und Tor geöffnet. Aber die Carolina gewann doch durch ihre zentrale Stellung eine bis ins 18. Jahrhundert reichende Anerkennung, ja eine bis zum Reichstrafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes von 1869 reichende formelle Geltung. Sie wurde Teil des »gemeinen« Strafrechts, das dann im 19. Jahrhundert vom aufgeklärten, rechtsstaatlichen Strafrecht abgelöst wurde. Ihre Geschichte kann hier nicht mehr erzählt werden. ⁵⁶ Es kam mir vielmehr darauf an, die Bambergische Halsgerichts-Ordnung und ihren Schöpfer, den Freiherrn von Schwarzenberg, zu skizzieren, die Bedeutung der Carolina aber, deren Inkrafttreten er nicht mehr erlebte, wenigstens anzudeuten.

Schwarzenbergs letzte Lebensjahre waren erfüllt von ständiger Tätigkeit auf den Reichstagen, auch diplomatischen Missionen im Schatten der Türkenkriege, speziell aber im Dienst der Markgrafen von Brandenburg. 1522 wurde er Rat bei den Markgrafen Georg und Casimir von Brandenburg. Eine Mission zu Herzog Albrecht von Preußen schloß sich an. In Königsberg disputierte er als Lutheraner mit dem Bischof Tomicki von Krakau und veröffentlichte eine Schrift zugunsten der Priesterehe. Am Ende übertrug man ihm 1527 sogar die erste Visitation der brandenburgischen Kirche. Ein Jahr später, am 21. Oktober 1528, verstarb Schwarzenberg in Nürnberg, wo er auch bestattet wurde.

Anmerkungen

- 1 A. Deutsch, Leibesstrafen, HRG 2. Aufl. Bd. III, 778 ff.
- 2 Siehe auch M. Reimann, Die Carolina im Schwurgerichtsprozeß gegen die badischen Revolutionäre Struve und Blind, in: P. Landau, Fr.-Chr. Schroeder, Strafrecht, Strafprozeß und Rezeption, Frankfurt 1984, 205-213.
- 3 G. Radbruch, Aus Lieb der Gerechtigkeit und um gemeines Nutz willen. Eine Formel des Johann von Schwarzenberg, in: Schweiz. Zeitschr. f. Strafrecht 55 (1941), 114 ff.
- 4 A. Buschmann, Textbuch zur Strafrechtsgeschichte der Neuzeit, München 1998, 7-18.
- 5 Frühe biographische Studien H. Zoepfl, Zur Biographie des Freiherrn Johann von Schwarzenberg, in: Zeitschrift für deutsches Strafverfahren Bd. I, 1840; L. Weissel, Hanns Freiherr von Schwarzenberg. Ein Bild aus deutscher Rechts- und Culturgeschichte, Grünberg/Schl. 1878; J. Wagner, Johann Freiherr von Schwarzenberg, Berlin 1893; zusammenfassend E. Wolf, Große Rechtsdenker der Deutschen Geistesgeschichte, Tübingen 1939, 4. Aufl. 1963, 102 ff.; F. Merzbacher, in: Fränkische Lebensbilder 4, Würzburg 1971, 173-185; R. Lieberwirth, Schwarzenberg, Johann v., in: Handwörterbuch z. Dt. Rechtsgeschichte Bd. IV, 1990, 1561-1564; auf dem neuesten Forschungsstand A. Deutsch, NDB 24 (2010), 20 f.
- 6 Wolf (Anm. 5) 2. Aufl. 1944, 98 Anm. 1.
- 7 Der Kurfürst sammelte leidenschaftlich »Reliquien«; aus Palästina soll er 20.000 Nummern mitgebracht haben. Auf der Rückreise trennte sich Schwarzenberg von der Gruppe und reiste über Italien zurück, wobei er in Rom Beziehungen knüpfte, die für ihn in bambergischen Diensten wichtig wurden. Siehe W. Paravicini (Hrsg.), Europäische Reiseberichte des späten Mittelalters. Eine analytische Bibliographie, Teil 1: Deutsche Reiseberichte, bearb. von Christian Halm, Frankfurt 1994, 244-247.
- 8 F. X. v. Wegele, ADB 29 (1889), 299-301; Rud. Endres, NDB 22 (2005), 102 f.
- 9 Bei Wolf (Anm. 5), 2. Aufl. 1944, 97, ein Holzschnitt (angeblich nach einer Vorlage Dürers aus dem Jahre 1514) von Hans Weiditz in der Erstausgabe des »Teutschen Cicero«.
- 10 K. Pilz, NDB 1 (1953), 749.
- 11 W. Trusen, Strafprozeß und Rezeption. Zu den Entwicklungen im Spätmittelalter und den Grundlagen der Carolina, in: P. Landau, Fr.-Chr. Schroeder, Strafrecht, Strafprozeß und Rezeption, Frankfurt 1984, 102 f.
- 12 Carl Josef Seitz, Das Bamberger Hofgerichtsbuch mit den Urteilen Schwarzenbergs, Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Bd. 2, 1863, 435 ff.

- 13 Trusen (Anm. 11), 29-118, 95 ff.
- 14 W. Scheel, Johann Freiherr von Schwarzenberg, 1905 (Neudruck 1978).
- 15 E. Brunnenmeister, Die Quellen der Bambergensis, Leipzig 1879. Hierzu kritisch F. Schaffstein, Die Bedeutung der Carolina für die Entwicklung strafrechtlicher Deliktstatbestände, in: Landau, Schroeder (Anm. 2), 145 f.
- 16 Vorrede zur Bambergensis, Buschmann (Anm. 4), 19.
- 17 K. Härter, Zigeuner, in: HRG V, Berlin 1998, 1699-1707.
- 18 Grundlegend F. Schaffstein, Die allgemeinen Lehren vom Verbrechen in ihrer Entwicklung durch die Wissenschaft des gemeinen Strafrechts, 1931; ders., Abhandlungen zur Strafrechtsgeschichte und zur Wissenschaftsgeschichte, Aalen 1986.
- 19 Lange Zeit prägend E. Schmidt, Inquisitionsprozeß und Rezeption. Studien zur Geschichte des Strafverfahrens in Deutschland vom 13. bis 16. Jahrhundert, in: Festschrift Siber, Leipzig 1940.
- 20 Malleus maleficarum (Jakob Sprenger, Heinrich Kramer/Institoris), Speyer 1486 (Darmstadt 1980 u. ö.). Kommentierte Neuübersetzung von G. Jerouschek und W. Behringer. 3. Aufl. München 2003.
- 21 P. Gams, ADB 7 (1877), 157-159; F. Merzbacher, NDB 5 (1961) 270.
- 22 Betont von Brunnenmeister (Anm. 15).
- 23 Eingehend Schaffstein (Anm. 15), 106-180, insbesondere zu Tötungsdelikten, Diebstahl und Fälschungen samt ihren Differenzierungen.
- 24 »Carcer enim ad continendos homines, non ad puniendos haberi debet« (Dig. 48, 19. 8.9.). Andererseits erlaubt die Bambergensis, ausnahmsweise gemeingefährliche Personen auf »ewiglich« einzusperren (Art. 221a).
- 25 F. Schaffstein, Studien zur Entwicklung der Deliktstatbestände im Gemeinen deutschen Strafrecht, Göttinger Akademie der Wissenschaften, Göttingen 1985, 123-176.
- 26 F. Schaffstein Verräterei und Majestätsdelikt in der gemeinrechtlichen Strafrechtsdoktrin, in: Festschr. W. Weber, Berlin 1974, 53-68.
- 27 G. Radbruch, Der Raub in der Carolina, Festgabe für Pappenheim, 1931, 45 ff.; F. Schaffstein, Raub und Erpressung in der deutschen gemeinrechtlichen Strafrechtsdoktrin, in: Festschr. Michaelis, Göttingen 1971, 281-293.
- 28 F. Schaffstein, Das Delikt des Stellionatus in der gemeinrechtlichen Strafrechtsdoktrin, in: Festschrift Wieacker, Göttingen 1978, 28-295.
- 29 Thomas Würtenberger, Das System der Rechtsgüterordnung in der deutschen Strafgesetzgebung seit 1532, Breslau 1933.
- 30 R. Philippi, Freiherr Johann von Schwarzenberg in Preußen. Ein Beitrag zu seiner Biographie, in: Zeitschr. des westpreußischen Geschichtsvereins 1, 1880, 45-69.
- 31 Belegt durch den Reisebericht des Bernhard von Hirschfeld (1490-1551).

Diesmal hatten Hans von Schwarzenberg und der Mainzer Domherr Froben von Hutten sogar einen gemeinsamen Koch und den Dolmetscher Christoph Hemmerlin dabei. Siehe W. Paravicini (Hrsg.), *Europäische Reiseberichte des späten Mittelalters. Eine analytische Bibliographie*, Teil 1: *Deutsche Reiseberichte*, bearb. von Christian Halm, Frankfurt 1994, 322-324. – Möglicherweise liegt auch durch einen Lesefehler eine Verwechslung mit dem Grafen Heinrich XXII. von Schwarzburg-Sondershausen (1473-1526) vor.

- 32 Wolf (Anm. 5), 121 Anm. 1.
- 33 Weigand von Redwitz (1476-1556), Fürstbischof von Bamberg 1522-1556, vertrat die altgläubige Richtung, auch im Bauernkrieg, der in Franken mit großer Härte geführt wurde. Siehe F. Leitschuh, *ADB* 42 (1897), 442-445; *Fränkische Lebensbilder* Bd. 11, Neustadt/Aisch, 1984.
- 34 Ein schöner Sendtbrief des wolgepornen und edlen Herrn Johannsen, Herrn zu Schwarzenberg, an Bischoff zu Bamberg ausergangen, darinn er treffentliche und christenliche Ursachen anzeigt, wie und warumb er sein Tochter aus dem Kloster daselbst (zum heiligen Grab genannt) hinweggeführt und wieder unter sein vätterlichen Schutz und Oberhand zu sich genommen hat. Gedruckt 1524 in Nürnberg bei Andreas Osiander. Nach Wolf (Anm. 5), 2. Aufl., 121 Anm. 2.
- 35 C. Güterbock, *Die Entstehungsgeschichte der Carolina*, Würzburg 1876; eine Darstellung aller Entwürfe bot H. Zoepfl, *Die peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karl's V. von den Jahren 1521 und 1529*, beide zu ersten mal vollständig nach Handschriften herausgegeben, Heidelberg 1842. Zu Zoepfl D. Mußnug, – M. Stolleis (Hrsg.), *Heinrich Zoepfl (1807-1877)*, Heidelberger Universitätsprofessor und Rechtsgutachter, Heidelberg 2019.
- 36 F. Schaffstein, *Die Carolina in ihrer Bedeutung für die strafrechtliche Begriffsbildung*, in: *Zeitschr. f. d. ges. Strafrechtswissenschaft* Bd. 52 (1932), 781-802; ders. (Anm. 15), 145-159.

BILDER

BILDER DER HERBSTTAGUNG 2017
IN BREMEN

Besuch des Deutschen Auswandererhauses in Bremerhaven,
Begrüßung der Ordensmitglieder durch die Direktorin Simone Eick
und Christoph Bongert

Die Ordensmitglieder zu Gast im Bremer Rathaus

BILDER DER FRÜHJAHRSTAGUNG 2018
IN BERLIN

Die 2018 gewählte Mikrobiologin
Emmanuelle Charpentier stellt sich vor

Robert Huber, Svante Pääbo und Erwin Neher im Gespräch

Yuri Manin und Michael Stolleis

Besuch der Ausstellung »Unvergleichlich« mit afrikanischen und mittelalterlichen Skulpturen im Bode-Museum unter Führung von Horst Bredekamp, Hermann Parzinger und Julien Chapuis, dem Direktor der Skulpturensammlung

Emmanuelle Charpentier mit Stig Strömholm
und Christoph Wolff in der Kapitalsitzung

Rolf Zinkernagel, Gedenkworte für H. G. Zachau

Robert Weinberg, Gedenkworte für Günter Blobel

Svante Pääbo hält den Festvortrag
»Die Neandertaler in uns – wie unsere Vorfahren in uns weiterleben«

Bernard Andreae hält die Laudatio für Rebecca Horn

Hermann Parzinger hält die Laudatio für Jürgen Osterhammel

Dankesworte Jürgen Osterhammel

Dankesworte Karl Schlögel

Der Laudator Erwin Neher
und die Ordenskanzlerin Christiane Nüsslein-Volhard
bei der Aufnahme von Emmanuelle Charpentier

Der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier,
die Ordenskanzlerin Christiane Nüsslein-Volhard und die neuen
Ordensmitglieder Jürgen Osterhammel, Karl Schlögel
und Emmanuelle Charpentier

BILDER DER HERBSTTAGUNG 2018
IN LEIPZIG

Die Ordensmitglieder im Hof des Bach-Archivs mit
Oberbürgermeister Burkhard Jung (letzte Reihe Mitte)

Peter Wollny, Direktor des Bach-Archivs,
zeigt historische Partituren

Vortrag von Christoph Wolff mit Konzert im
Sommersaal des Bach-Archivs

BILDER DER FRÜHJAHRSTAGUNG 2019
IN BERLIN

Gerhard Casper bei seinem Vortrag
»Der amerikanische Präsident im
Verfassungsrecht und in der Verfassungswirklichkeit«

Willem J. M. Levelt und Andrea Breth
im Festsaal der Humboldt Universität

Albrecht Schöne und Karl Schlögel im Gespräch

Die Schloßherrin Christine von Heinz, deren Familie zu den Nachfahren
der Familie von Humboldt gehört, begrüßt die Ordensmitglieder im
Schloß Tegel

Kranzniederlegung anlässlich des 250. Geburtstages
von Alexander von Humboldt an seinem Grab in Tegel

Besichtigung der James-Simon-Galerie

Julien Chapuis, Monika Grütters und Hermann Parzinger
vor dem Bode-Museum

Die Staatsministerin Monika Grütters
und die Ordenskanzlerin Christiane Nüsslein-Volhard
beim Empfang im Bode-Museum

Brigitte Fassbaender und Rudolf Jaenisch in der Kapitalsitzung

Ins Gespräch vertieft: Das neue Ordensmitglied Jürgen Osterhammel
und die Ordenskanzlerin Christiane Nüsslein-Volhard

Gruppenbild der Ordensmitglieder im Hotel Intercontinental in Berlin

Brigitte Fassbaender und Aribert Reimann im Konzerthaus Berlin

Erwin Neher, Gedenkworte für Manfred Eigen

Konzert mit Werken der Ordensmitglieder und Komponisten
Sofia Gubaidulina, Heinz Holliger, György Kurtág,
Aribert Reimann und Wolfgang Rihm im Konzerthaus Berlin

Die Ordenskanzlerin und Aribert Reimann danken den Ausführenden:
Axel Bauni (Klavier), Nurit Stark (Violine)
und Caroline Melzer (Sopran)

Peter von Matt hält die
Laudatio auf Andrea Breth

Die neu aufgenommene Theaterregisseurin Andrea Breth und die
Ordenskanzlerin Christiane Nüsslein-Volhard

BILDER DER HERBSTTAGUNG 2019
IN BAMBERG

Im Bamberger Dom

Domführung

Die Ordensmitglieder vor dem Bamberger Reiter

ORDEN POUR LE MÉRITE
FÜR WISSENSCHAFTEN UND KÜNSTE
SATZUNG

Der Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste,

- den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, beraten durch Alexander von Humboldt, am 31. Mai 1842 dem 1740 von Friedrich dem Großen gestifteten Orden Pour le mérite als dessen Friedensklasse für die Verdienste um die Wissenschaften und die Künste hinzugefügt hat,
- der nach dem Ende der Monarchie und einem allgemeinen Ordensverbot im Deutschen Reich mit Genehmigung des Preußischen Staatsministeriums vom 4. März 1924 als eine sich selbst ergänzende »Freie Vereinigung von Gelehrten und Künstlern« weiter bestehen konnte,
- und der nach 1933 an Neuwahlen gehindert war,

hat sich in der Bundesrepublik Deutschland auf Anregung von Bundespräsident Theodor Heuss mit dem 31. Mai 1952 durch Kooptationen gemäß den Statuten von 1924 wieder ergänzt und erneuert.

Das Ordenskapitel hat am 31. Mai 1954 den Herrn Bundespräsi-

ten gebeten, das Protektorat des Ordens zu übernehmen. Bundespräsident Heuss hat durch Schreiben vom 4. August 1954 dieser Bitte entsprochen und erklärt, »daß das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland die Verpflichtungen eines pfleglichen Schutzes übernimmt.«

Die erste, auf der Grundlage der Stiftungsurkunde vom 31. Mai 1842 formulierte Satzung des Ordens aus dem Jahr 1956 wurde jeweils 1963, 1969 und 1990 geändert und ergänzt, im Jahre 2010 neu gefaßt. Am 1. Juni 2014 hat das Ordenskapitel weitere Änderungen beschlossen.

§ 1

(1) Mitglieder des Ordens können nur Frauen und Männer werden, die durch weit verbreitete Anerkennung ihrer Verdienste in der Wissenschaft oder in der Kunst einen ausgezeichneten Namen erworben haben.

(2) Sie tragen den Orden *Pour le mérite* für Wissenschaften und Künste in seiner durch die Stiftungsurkunde vom 31. Mai 1842 bestimmten Form: »Der doppelt gekrönte Namenszug Friedrichs des Zweiten umgibt, viermal wiederholt, in Kreuzesform, ein rundes goldenes Schild, in dessen Mitte der Preußische Adler steht. Die Ordens-Devise umgibt ringförmig, auf blau emallirtem Grunde, das Ganze, die Namenszüge mit den Kronen verbindend.«

(3) Dieses Ordenszeichen ist Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Jedes Mitglied ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß nach seinem Tode sein Ordenszeichen an den Eigentümer zurückgegeben wird.

§ 2

(1) Das Ordenskapitel setzt sich aus inländischen und ausländischen Mitgliedern zusammen.

(2) Inländische Mitglieder sind in Deutschland tätige deutsche Staatsangehörige, können aber auch Angehörige anderer Staaten sein, die seit Jahren als Gelehrte oder Künstler in Deutschland leben und wirken.

(3) Die Zahl der inländischen Mitglieder ist auf vierzig begrenzt.

(4) Ausländische Mitglieder sind Angehörige anderer Staaten, können aber auch deutsche Staatsangehörige sein, die seit Jahren als Gelehrte oder Künstler im Ausland leben und wirken.

(5) Die Zahl der ausländischen Mitglieder soll die der inländischen Mitglieder nicht übersteigen.

§ 3

Von den inländischen wie den ausländischen Mitgliedern des Ordenskapitels soll etwa die gleiche Anzahl auf die Klassen der Geisteswissenschaften, der Naturwissenschaften und der Künste entfallen.

§ 4

Das Ordenskapitel tritt wenigstens einmal im Jahr in zeitlicher Nähe zum 31. Mai als dem Stiftungstag des Ordens zusammen.

§ 5

(1) Das Ordenskapitel wählt aus dem Kreis der inländischen Mitglieder durch Stimmzettel mit einfacher Mehrheit der Anwesenden einen Kanzler und zwei Vizekanzler. Der Ordenskanzler bestimmt einen der Vizekanzler zu seinem Stellvertreter.

(2) Kanzler und Vizekanzler müssen deutsche Staatsbürger sein. Der Kanzler muß, die Vizekanzler sollten inländischen Wohnsitz haben.

(3) Jede der in § 3 genannten Klassen soll durch den Kanzler oder einen Vizekanzler vertreten sein.

(4) Die Amtszeit des Kanzlers und der Vizekanzler beträgt vier Jahre. Einmalige Wiederwahl ist möglich.

§ 6

(1) Für die Wahl neuer Mitglieder machen der Kanzler und die Vizekanzler Vorschläge.

(2) Zur Vorbereitung von Wahlen werden Anregungen regelmäßig in den Kapitelsitzungen erörtert.

(3) Die Vorschläge der Kanzler werden frühzeitig vor einer Wahl in schriftlicher Form allen Mitgliedern des Ordenskapitels übermittelt.

(3a) Wahlvorschläge können auch von den Mitgliedern des Ordenskapitels gemacht werden. Ein solcher Vorschlag bedarf der Unterstützung durch mindestens ein Drittel der Mitglieder. Er muß mindestens drei Monate vor dem geplanten Wahltermin eingereicht werden. Im Übrigen gilt § 6 Abs. 3 entsprechend.

(4) Eine Wahl kann nur stattfinden, wenn sich mindestens zwei Drittel der inländischen Mitglieder des Kapitels an ihr beteiligen. Ausdrückliche Stimmenthaltung gilt als Teilnahme an der Wahl.

(5) Gewählt wird in der Kapitelsitzung durch Stimmzettel. Mitglieder, die verhindert sind, an der Sitzung teilzunehmen, können ihre Stimme in geschlossenem Umschlag an den Kanzler senden.

(6) Es sollten in einem Jahr nicht mehr als vier neue Mitglieder gewählt werden.

§ 7

Gewählt ist, wer zwei Drittel der Stimmen der in der Kapitelsitzung anwesenden Mitglieder und die Mehrheit der Stimmen der insgesamt an dieser Wahl teilnehmenden Mitglieder auf sich vereinigt.

§ 8

(1) Hat die gewählte Person die Wahl angenommen, teilt der Kanzler dem Protektor des Ordens diese Wahl mit und unterrichtet die Mitglieder des Ordenskapitels.

(2) Nachdem dem Protektor des Ordens das Ergebnis der Wahl mitgeteilt worden ist, wird die Öffentlichkeit durch den Kanzler informiert.

(3) Auf der nächsten öffentlichen Sitzung soll dem neu gewählten Mitglied das in § 1, Absatz 2 und 3 beschriebene Ordenszeichen übergeben werden.

Der in der Kapitelsitzung am 1. Juni 2014 in Berlin beschlossenen und mir vorgelegten Neufassung der Satzung des Ordens erteile ich die Genehmigung.

Berlin, den 20. April 2015

Der Bundespräsident
Joachim Gauck

MITGLIEDER

I = Inländische Mitglieder

A = Ausländische Mitglieder

Stand: Oktober 2020

HORST ALBACH (I) IN BONN

BERNARD ANDREAE (I) IN BERLIN

ALEIDA ASSMANN (I) IN KONSTANZ

JAN ASSMANN (I) IN KONSTANZ

DANIEL BARENBOIM (A) IN BERLIN

HANS BELTING (I) IN BERLIN

HORST BREDEKAMP (I) IN BERLIN

ALFRED BRENDEL (A) IN LONDON, ENGLAND

ANDREA BRETH (A) IN WIEN, ÖSTERREICH

PETER BUSMANN (I) IN KÖLN

CAROLINE W. BYNUM (A) IN ATLANTA, GA, USA

GERHARD CASPER (A) IN STANFORD, CA, USA

EMMANUELLE CHARPENTIER (A) IN BERLIN

CHRISTOPHER CLARK (A) IN CAMBRIDGE,

GROSSBRITANNIEN

BETRIEBSWIRTSCHAFTLER

ARCHÄOLOGE

ANGLISTIN UND

KULTURWISSEN-

SCHAFTLERIN

ÄGYPTOLOGE

DIRIGENT UND PIANIST

KUNSTHISTORIKER

KUNSTHISTORIKER

PIANIST UND

MUSIKSCHRIFTSTELLER

THEATERREGISSEURIN

ARCHITEKT

MEDIÄVISTIN

RECHTSGELEHRTER

MIKROBIOLOGIN

HISTORIKER

HANS CLEVERS (A) IN AMSTERDAM, NIEDERLANDE	ZELLBIOLOGE
LORRAINE DASTON (A) IN BERLIN	WISSENSCHAFTS- HISTORIKERIN
HANS MAGNUS ENZENSBERGER (I) IN MÜNCHEN	SCHRIFTSTELLER
JOSEF VAN ESS (I) IN TÜBINGEN	ISLAMWISSENSCHAFTLER
ALBERT ESCHENMOSER (A) IN KÜSNACHT, SCHWEIZ	CHEMIKER
BRIGITTE FASSBAENDER (I) IN OBING	SÄNGERIN
LORD NORMAN FOSTER (A) IN LONDON, ENGLAND	ARCHITEKT
REINHARD LUDWIG GENZEL (I) IN GARCHING	ASTROPHYSIKER
WOLFGANG GEROK (I) IN FREIBURG IM BREISGAU	MEDIZINER
ANTHONY GRAFTON (A) IN PRINCETON, NJ, USA	HISTORIKER
DURS GRÜNBEIN (I) IN BERLIN	LYRIKER
SOFIA GUBAIDULINA (A) IN APPEN BEI HAMBURG	KOMPONISTIN
THEODOR W. HÄNSCH (I) IN MÜNCHEN	PHYSIKER
HERMANN HAKEN (I) IN SINDELFINGEN	PHYSIKER
MICHAEL HANEKE (A) IN ÖSTERREICH	FILMEMACHER
HEINZ HOLLIGER (A) IN BASEL, SCHWEIZ	MUSIKER
REBECCA HORN (I) IN BAD KÖNIG	OBJEKTKÜNSTLERIN
ROBERT HUBER (I) IN GERMERING	CHEMIKER
RUDOLF JAENISCH (A) IN CAMBRIDGE, MA, USA	VIROLOGE, IMMUNOLOGE
EBERHARD JÜNGEL (I) IN TÜBINGEN	THEOLOGE
ERIC R. KANDEL (A) IN NEW YORK, USA	NEUROBIOLOGE
DANI KARAVAN (A) IN TEL AVIV, ISRAEL	BILDHAUER UND ARCHITEKT
BARBARA KLEMM (I) IN FRANKFURT A. M. seit 2017: VIZEKANZLERIN	FOTOGRAFIN
KLAUS VON KLITZING (I) IN STUTTGART	PHYSIKER
GIDON KREMER (A) IN RIGA, LETTLAND	KOMPONIST
GYÖRGY KURTÁG (A) IN PARIS, FRANKREICH	KOMPONIST
JUTTA LAMPE (I) IN BERLIN	SCHAUSPIELERIN
JEAN-MARIE LEHN (A) IN STRASSBURG, FRANKREICH	CHEMIKER

WILLEM J. M. LEVELT (A) IN AMSTERDAM, NIEDERLANDE	SPRACHWISSENSCHAFTLER
CLAUDIO MAGRIS (A) IN TRIEST, ITALIEN	LITERATUR- WISSENSCHAFTLER UND SCHRIFTSTELLER
YURI MANIN (I) IN BONN	MATHEMATIKER
PETER VON MATT (A) IN DÜBENDORF, SCHWEIZ	GERMANIST
ERNST-JOACHIM MESTMÄCKER (I) IN HAMBURG	RECHTSGELEHRTER
ERWIN NEHER (I) IN GÖTTINGEN	BIOPHYSIKER
CHRISTIANE NÜSSLEIN-VOLHARD (I) IN TÜBINGEN seit 2013: KANZLERIN DES ORDENS	ENTWICKLUNGSBIOLOGIN
ONORA O'NEILL (A) IN LONDON	PHILOSOPHIN
JÜRGEN OSTERHAMMEL (I) IN FEIBURG	HISTORIKER
SVANTE PÄÄBO (I) IN LEIPZIG	PALÄOGENETIKER
HERMANN PARZINGER (I) IN BERLIN	ARCHÄOLOGE UND PRÄHISTORIKER
HUBERTUS VON PILGRIM (I) IN PULLACH	BILDHAUER UND KUPFERSTECHER
ARIBERT REIMANN (I) IN BERLIN	KOMPONIST UND PIANIST
WOLFGANG RIHM (I) IN KARLSRUHE	KOMPONIST
BERT SAKMANN (I) IN MARTINSRIED	MEDIZINER
SIR ANDRÁS SCHIFF (A) IN BUDAPEST, UNGARN	PIANANIST UND DIRIGENT
KARL SCHLÖGEL (I) IN BERLIN	HISTORIKER
ALBRECHT SCHÖNE (I) IN GÖTTINGEN	GERMANIST
RICHARD SERRA (A) IN NEW YORK, USA	BILDHAUER
JAMES J. SHEEHAN (A) IN STANFORD, CA, USA	HISTORIKER
ROBERT M. SOLOW (A) IN CAMBRIDGE, MA, USA	WIRTSCHAFTSWISSEN- SCHAFTLER
PETER STEIN (A) IN AMELIA, ITALIEN	REGISSEUER
MICHAEL STOLLEIS (I) IN KRONBERG seit 2017: VIZEKANZLER	JURIST UND RECHTSHISTORIKER
STIG STRÖMHOLM (A) IN UPPSALA, SCHWEDEN	RECHTSGELEHRTER
JACQUES LÉON TITS (A) IN PARIS, FRANKREICH	MATHEMATIKER
MICHAEL TOMASELLO (A) IN DURHAM, NC, USA	ANTHROPOLOGE
CHRISTIAN TOMUSCHAT (I) IN BERLIN	JURIST

GÜNTHER UECKER (I) IN DÜSSELDORF	BILDHAUER
MARTIN WALSER (I) IN ÜBERLINGEN	SCHRIFTSTELLER
ROBERT WEINBERG (A) IN BERLIN	KREBSFORSCHER
CHARLES WEISSMANN (A) IN ZÜRICH, SCHWEIZ	MOLEKULARBIOLOGE
WIM WENDERS (I) IN BERLIN	REGISSEUR
ERIC WIESCHAUS (A) IN PRINCETON, NJ, USA	ENTWICKLUNGSBIOLOGE
NIKLAUS WIRTH (A) IN ZÜRICH, SCHWEIZ	INFORMATIKER
CHRISTOPH JOHANNES WOLFF (A)	MUSIKHISTORIKER
IN BELMONT, MA, USA	
ADAM ZAGAJEWSKI (A) IN KRAKOW, POLEN	SCHRIFTSTELLER
ANTON ZEILINGER (A) IN WIEN, ÖSTERREICH	PHYSIKER
ROLF ZINKERNAGEL (A) IN ZÜRICH, SCHWEIZ	IMMUNOLOGE

Sekretariat des
Ordens Pour le mérite für
Wissenschaften und Künste
bei der Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien
Dr. Nicole Zeddies
Stefanie Hagen
Katrín Brendler
Köthener Str. 2
10963 Berlin

Tel.: 030 18 681 44 215
Telefax: 030 18 681 5 44 215
E-Mail: Ordenplm@bkm.bund.de
Internet: www.orden-pourlemerite.de

Bildnachweise
S. 23-30 gemeinfrei •
S. 61, 69, 193 Bundesbildstelle Berlin •
S. 90-93 zur Verfügung gestellt von Rebecca Horn •
S. 217, 221 gemeinfrei •
S. 237-238, 258-259, 283-285 Sekretariat Orden Pour le mérite •
S. 257 Fotografie Gert Mothes •
S. 241, 242-254, 263-279 Fotografenmeister Andreas Amann

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2020
www.wallstein-verlag.de
Satz: FEINSATZ, Florian Grundei, Sankt Augustin
Lithographie: SchwabScantechnik, Göttingen
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen
ISSN 0473-145X
ISBN 978-3-8353-3933-0